



Monitor Nachhaltige Kommune

Bericht 2016 – Teil 2

Kernindikatoren aus
dem Wegweiser Kommune

Monitor Nachhaltige Kommune

Bericht 2016 – Teil 2

Kernindikatoren

aus dem Wegweiser Kommune

Wir verwenden in dieser Publikation keine durchgängig geschlechtergerechte Sprache. Mit „Bürger“, „Teilnehmer“, etc. sind immer Männer und Frauen gemeint.

Titelbild: alphaspirt / Shutterstock Images

Autoren

Henrik Riedel / Oliver Haubner / Dr. Nils Zumbansen / Dr. Kirsten Witte
Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Str. 256
33311 Gütersloh
Telefon 05241 81-81266
Fax 05241 81-681266
henrik.riedel@bertelsmann-stiftung.de

Stand: 14.11.2016

Danksagung

Neben Generationengerechtigkeit, Ganzheitlichkeit und globaler Verantwortung ist das gemeinsame Vorgehen ein wesentliches Prinzip der nachhaltigen Entwicklung. Auch der vorliegende, zweite Teil des Berichts 2016 zum Monitor Nachhaltige Kommune ist ein Gemeinschaftswerk, an dem viele Personen mitgewirkt haben. Zu aller erst möchten wir uns beim Projektteam des Deutschen Instituts für Urbanistik für die gute Zusammenarbeit bei der Erstellung des ersten Berichtsteils, aus dem wir die Steckbriefe der Indikatoren – unverändert – übernommen haben, bedanken. Auch Mareike Rehl und Hannah Moser von der Stadt Freiburg i. Brsg. danken wir sehr für die gute Kooperation bei der beispielhaften Aufbereitung ausgewählter Kernindikatoren. Herzlich bedanken möchten wir uns zudem bei Dr. Raimund Pahs und Regina Sidel vom Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung (ZEFIR) an der Ruhr-Universität Bochum sowie Gerhard Micosatt von der FORA Forschungsgesellschaft für Raumfinanzpolitik mbH für die Auswertung und graphische Aufbereitung der in diesem Berichtsteil dargestellten Kernindikatoren aus dem Wegweiser Kommune. Unserer Kollegin, Petra Vollmer, danken wir herzlich für die Erstellung der Kartengrafiken. Schließlich sind wir zahlreichen Kolleginnen und Kollegen in der Bertelsmann Stiftung dankbar für ihre Anmerkungen zu den ersten Berichtsentwürfen.

Inhalt

1	Zusammenfassung	6
1.1	Angebot und Aufbereitung von Kernindikatoren.....	6
1.2	Darstellung von Kernindikatoren in aggregierter Form.....	6
1.3	Darstellung von Kernindikatoren am Beispiel der Stadt Freiburg i. Brsg. ..	9
2	Angebot und Aufbereitung von Kernindikatoren	10
2.1	Aufbau und Inhalte des Wegweisers Kommune	10
2.2	Angebot von Kernindikatoren	11
2.3	Aufbereitung von Kernindikatoren.....	12
3	Darstellung von Kernindikatoren in aggregierter Form.....	14
3.1	Arbeitslosenquote (Prozent)	14
3.2	Beschäftigungsquote (Prozent)	20
3.3	Erwerbstätige ALG II-Bezieher („Aufstocker“) (Prozent)	26
3.4	Arbeitsplatzzentralität (Prozent).....	32
3.5	Auszubildende (Prozent)	38
3.6	Hochqualifizierte (Prozent)	44
3.7	Gewerbe- und Einkommenssteuer (Euro pro Ew.).....	50
3.8	SGB II-/ SGB XII-Quote (Prozent)	56
3.9	Plätze in Pflegeheimen (je 1.000 Ew.)	62
3.10	Betreuung von Kindern (unter 3-Jährige) (Prozent)	68
3.11	Betreuung von Kindern (3- bis 5-Jährige) (Prozent).....	74
3.12	Schulabbrecherquote (Prozent).....	80
3.13	Schulabgänger mit Fachhochschulreife / Hochschulreife (Prozent)	86
3.14	Exklusionsquote (Prozent).....	92
3.15	Liquiditätskredite (Euro pro Ew.).....	98
3.16	Schuldendeckungsquote (Prozent).....	104
3.17	Verschuldung (Euro pro Ew.).....	110
3.18	Bruttoinvestitionen (Euro pro Ew.)	116
4	Darstellung von Kernindikatoren am Beispiel der Stadt Freiburg i. Brsg.....	122
4.1	Einführung und Überblick	122
4.2	Nachhaltigkeitsziele der Stadt Freiburg i. Brsg.	123
4.3	Exemplarische Aufbereitung ausgewählter Kernindikatoren	125
5	Anhang	131

1 Zusammenfassung

1.1 Angebot und Aufbereitung von Kernindikatoren

Der Wegweiser Kommune der Bertelsmann Stiftung beinhaltet für alle Städte und Gemeinden mit mehr als 5.000 Einwohnern sowie alle Landkreise in Deutschland Daten und Visualisierungen, gute Beispiele und Handlungsempfehlungen. Neben Informationen über die demographische Entwicklung auf kommunaler Ebene enthält der Wegweiser Kommune Zahlen, Daten und Fakten zu den Themen Bildung, Finanzen, Integration, Pflege, Soziale Lage sowie Wirtschaft und Arbeit.

Von den 37 Kernindikatoren, die bisher im Rahmen des Projekts „Monitor Nachhaltige Kommune“ definiert wurden, werden zurzeit 18 im Wegweiser Kommune angeboten. Diese 18 Kernindikatoren werden in dem vorliegenden, zweiten Teil des Berichts 2016 zum Monitor Nachhaltige Kommune jeweils in Form von Kartengrafiken, Liniendiagrammen und als Übersichtstabellen dargestellt.

1.2 Darstellung von Kernindikatoren in aggregierter Form

Die Darstellung aggregierter Werte der Länder sowie der Kreise und kreisfreien Städte in den einzelnen Ländern bezieht sich insgesamt auf folgende Kernindikatoren:

Nr.	Indikator	Definition
1	Arbeitslosenquote	Anteil der Arbeitslosen an der Summe aus den SvB am Wohnort und den Arbeitslosen
2	Beschäftigungsquote	Anteil der 15- bis 64-jährigen SvB am Wohnort an allen 15- bis 64-jährigen Einwohnern
3	Erwerbstätige ALG II-Bezieher („Aufstocker“)	Anteil der erwerbstätigen ALG II-Bezieher an allen erwerbsfähigen Leistungsbeziehern
4	Arbeitsplatzzentralität	Anteil der SvB am Arbeitsort an SvB am Wohnort
5	Auszubildende	Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Auszubildenden an den SvB am Arbeitsort
6	Hochqualifizierte	Anteil der SvB mit akademischem Berufsabschluss am Arbeitsort an allen SvB am Arbeitsort
7	Gewerbe- und Einkommensteuer	Summe aus Gewerbesteuer (netto) und Gemeindeanteil an der Einkommensteuer pro Einwohner
8	SGB II-/ SGB XII-Quote	Anteil der Empfänger von SGB II-/ SGB XII-Leistungen an der Bevölkerung
9	Plätze in Pflegeheimen	Anzahl der verfügbaren Plätze in Pflegeheimen pro 1.000 Einwohner ab 65 Jahren
10	Betreuung von Kindern (unter 3-jährige)	Betreute Kinder in Tageseinrichtungen für unter 3-jährige
11	Betreuung von Kindern (3- bis 5-jährige)	Betreute Kinder in Tageseinrichtungen für 3- bis 5-jährige
12	Schulabbrecherquote	Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss an allen Abgängern allgemeinbildender / berufsbildender Schulen mit allgemeinbildendem Abschluss
13	Schulabgänger mit Fachhochschulreife / Hochschulreife	Anteil der Schulabgänger mit Fachhochschulreife / allgemeine Hochschulreife an allen Abgängern allgemeinbildender / berufsbildender Schulen mit allgemeinbildendem Abschluss
14	Exklusionsquote	Anteil der Schüler an Förderschulen an allen Schülern
15	Liquiditätskredite	Liquiditätskredite (Kernhaushalt) pro Einwohner
16	Schuldendeckungsquote	Schulden im Verhältnis zum Anlagevermögen (Auslagerungen)
17	Verschuldung	Gesamtverschuldung (Konzern Kommune) pro Einwohner
18	Bruttoinvestitionen	Bruttoinvestitionen (Konzern Kommune) pro Einwohner

Tab. 1: Überblick über die dargestellten Kernindikatoren

Die Kartengrafiken und Liniendiagramme zu den einzelnen Kernindikatoren werden in Kapitel 3 jeweils kurz beschrieben. Darüber hinaus werden auch gute Beispiele für Maßnahmen angegeben, die für eine Verbesserung der Indikatorenwerte in Frage kommen.

Im Folgenden werden die wesentlichen Entwicklungstrends bei den ausgewählten Kernindikatoren zusammengefasst. Mit Hilfe der Entwicklungstrends soll angegeben werden, ob sich die Indikatorenwerte der Länder, der kreisfreien Städte sowie der Kreise in Deutschland tendenziell eher positiv, eher negativ oder eher stabil entwickelt haben. Die zu Grunde gelegten Werte beziehen sich dabei auf die durchschnittlichen Werte der 13 deutschen Flächenländer sowie der jeweiligen länderspezifischen Durchschnittswerte der kreisfreien Städte bzw. Kreise. Je nach Verfügbarkeit der Daten erstreckt sich der Betrachtungszeitraum auf die Jahre 2006, 2007 oder 2008 bis 2014. Die Werte, auf deren Basis die Entwicklungstrends ermittelt worden sind, entsprechen damit den in Kapitel 3 im Rahmen der Übersichtstabellen dargestellten Veränderungswerte. Als positiv („+“) wurde ein Entwicklungstrend dann bezeichnet, wenn sich alle verfügbaren Durchschnittswerte – im Sinne der Nachhaltigkeit – positiv entwickelt haben (z. B. wurde eine rückläufige Arbeitslosenquote mit „+“ bewertet). Als negativ („–“) wurde ein Entwicklungstrend angegeben, wenn sich die verfügbaren Durchschnittswerte nicht nachhaltig entwickelt haben (z. B. wurde eine steigende Aufstockerquote mit „–“ bewertet). Stabile oder gleichbleibende Entwicklungen wurden mit „=“ gekennzeichnet. Sofern bei einem Indikator für alle 13 Landes-, kreisfreie Städte- bzw. Kreiswerte der gleiche Entwicklungstrend ermittelt werden konnte, wurde der Trend mit einem Symbol („+“, „–“ oder „=“) angegeben. Wenn unterschiedliche Entwicklungstrends bei den durchschnittlichen Werten der Länder der jeweiligen länderspezifischen Durchschnittswerte der kreisfreien Städte bzw. Kreise festgestellt worden sind, wurde alle festgestellten Trends mit dem jeweiligen Symbol angegeben (z. B. „+ / –“).

Ausgewählte Themen und Kernindikatoren	Entwicklungstrends für Deutschland		
	Länder	Kreisfreie Städte (nach Ländern)	Kreise (nach Ländern)
Arbeit und Beschäftigung			
Arbeitslosenquote	+	+	+
Beschäftigungsquote	+	+	+
Erwerbstätige ALG II-Bezieher ('Aufstocker')	–	–	–
Arbeitsplatzzentralität	+ / – / =	+	+ / – / =
Auszubildende	–	–	–
Wirtschaftsstruktur			
Hochqualifizierte	+	+	+ / –
Gewerbe- und Einkommenssteuer	+	+	+
Armut			
SGB II-/ SGB XII-Quote	+ / –	+ / –	+
Gesundheit und Pflege			
Plätze in Pflegeheimen	+ / –	+	+ / –
Bildung			
Betreuung von Kindern (unter 3-Jährige)	+	+	+
Betreuung von Kindern (3- bis 5-Jährige)	+	+	+
Schulabbrecherquote	+ / –	+ / –	+ / –
Schulabgänger mit (Fach-)Hochschulreife	+ / –	+ / –	+ / –
Exklusionsquote	+ / – / =	+ / –	+ / –
Haushaltsführung			
Liquiditätskredite	+ / –	+ / – / =	+ / –
Schuldendeckungsquote	+ / –	+ / –	+ / –
Verschuldung	+ / –	+ / –	+ / –
Bruttoinvestitionen	+ / –	+ / –	+ / –

Tab. 2: Entwicklungstrends für Deutschland

Die indikatorenbezogenen Entwicklungstrends für die Länder bzw. die kreisfreien Städte (nach Ländern) und die Kreise (nach Ländern) können wie folgt kurz erläutert werden:

Beim Thema „**Arbeit und Beschäftigung**“ haben sich die Arbeitslosen- und die Beschäftigungsquote sowohl für die Länder, als auch für die kreisfreien Städte und die Kreise von 2006 bis 2014 tendenziell positiv entwickelt (d. h. im Allgemeinen ist die Arbeitslosenquote gesunken und die Beschäftigungsquote gestiegen). Bei der Aufstocker- und der Ausbildungsquote ist die Entwicklung in der Tendenz negativ verlaufen (d. h., dass die Werte bei der Aufstockerquote allgemein gestiegen und bei der Ausbildungsquote allgemein gesunken sind). Hinsichtlich der Arbeitsplatzzentralität sind die Entwicklungstrends bei den Durchschnittswerten – wie aufgrund der wechselseitigen Bezüge zwischen städtisch und ländlich geprägten Gebieten nicht anders zu erwarten war – uneinheitlich.

Beim Thema „**Wirtschaftsstruktur**“ sind für den Anteil der hochqualifizierten Beschäftigten sowie für das Gewerbe- und Einkommensteueraufkommen pro Kopf positive Entwicklungstrends bei den Ländern, den kreisfreien Städten und den Kreisen festzustellen. Lediglich bei den länderbezogenen Durchschnittswerten der Kreise sind zum Teil negative Entwicklungstrends zu beobachten.

Beim Thema „**Armut**“ sind die Entwicklungstrends für die SGB II-/ SGB XII-Quote auf Ebene der Länder und der kreisfreien Städte zum Teil positiv (tendenziell sinkende Quoten) und zum Teil negativ (tendenziell steigende Quoten). Die länderbezogenen Durchschnittswerte der Kreise haben sich hingegen durchgehend positiv entwickelt. Bei der näheren Interpretation der SGB II-/ SGB XII-Quote ist allerdings zu berücksichtigen, dass durch die Änderung des SGB II im Jahr 2016 die Armutsquoten – auch rückwirkend – neu zu berechnen sind.

Beim Thema „**Gesundheit und Pflege**“ sind auf Ebene der Länder und der Kreise uneinheitliche Entwicklungstrends für die Plätze in Pflegeheimen pro 1.000 EinwohnerInnen ermittelt worden. Zum Teil ist die Entwicklung positiv verlaufen (d. h. das Angebot an Pflegeheimplätzen ist gestiegen), zum Teil ist die Entwicklung negativ gewesen (d. h. das Platzangebot ist gesunken). Nur bei den landesbezogenen Durchschnittswerten der kreisfreien Städte sind die Entwicklungstrends generell positiv zu bewerten.

Beim Thema „**Bildung**“ haben sich die Betreuungsquoten für unter 3-Jährige sowie für 3- bis 5-Jährige durchgehend positiv entwickelt. Bei der Schulabbrecherquote (steigende Werte: negativ), bei der Schulabgängerquote mit (Fach-)Hochschulreife (steigende Werte: positiv) sowie bei der Exklusionsquote (steigende Werte: negativ) sind bei den Durchschnittswerten der Länder, der kreisfreien Städte und der Kreise jeweils unterschiedliche Entwicklungstrends festgestellt worden.

Beim Thema „**Finanzen**“ sind ebenfalls uneinheitliche Entwicklungstrends zu beobachten. Dies gilt für alle betrachteten Kernindikatoren: Liquiditätskredite, Schuldendeckungsquote und Verschuldung (steigende Werte sind hier negativ bewertet worden) sowie Bruttoinvestitionen (steigende Werte sind hier positiv bewertet worden).

Insgesamt zeigen sich bei den ausgewählten Themen und Kernindikatoren neben gemeinsamen auch unterschiedliche Entwicklungstrends zwischen den Ebenen der Länder, der kreisfreien Städte und der Kreise. Eine nähere Analyse der Unterschiede zwischen den Ebenen ermöglicht die Lektüre des Kapitels 3. Darüber hinaus sind grundsätzlich auch kommunalspezifischen Betrachtungen zu empfehlen.

1.3 Darstellung von Kernindikatoren am Beispiel der Stadt Freiburg i. Brsg.

Mit der Darstellung von Kernindikatoren am Beispiel der Stadt Freiburg i. Brsg. werden drei Ziele verfolgt:

- Erstens wird die Stadt Freiburg i. Brsg. durch die Aufbereitung von ausgewählten Daten bei der Suche nach geeigneten Indikatoren zur Abbildung der modifizierten Nachhaltigkeitsziele unterstützt (= Ziel des Teilprojekts).
- Zweitens wird beispielhaft gezeigt, wie der Monitor Nachhaltige Kommune (insbesondere der Indikatorenkatalog) praktisch eingesetzt werden kann, um das Nachhaltigkeitsmanagement (hier: die Weiterentwicklung von Nachhaltigkeitszielen) in einer Kommune zu befördern.
- Drittens wird geschildert, welches Angebot an Daten und Visualisierungsmöglichkeiten durch den Wegweiser Kommune bereitgestellt werden und wie dieses Angebot für einen konkreten Anwendungszweck genutzt werden kann.

Im Einzelnen beziehen sich die Aufbereitungen für die Stadt Freiburg i. Brsg. auf folgende Kernindikatoren, die grundsätzlich zur Abbildung von Nachhaltigkeitszielen im Handlungsfeld „Wirtschaft und Wissenschaft“ geeignet erscheinen:

- Arbeitslosenquote
- Beschäftigungsquote
- Erwerbstätige ALG II-Bezieher („Aufstocker“)
- Arbeitsplatzzentralität
- Auszubildende

Abgebildet werden die Indikatorenwerte für die Stadt Freiburg i. Brsg. sowie die aus Sicht der Stadt relevanten Vergleichsmaßstäbe, die durch den Wegweiser Kommune bereitgestellt werden (Landesdurchschnittswerte sowie die Werte der übrigen acht kreisfreien Städte in Baden-Württemberg in anonymisierter Form).

2 Angebot und Aufbereitung von Kernindikatoren

2.1 Aufbau und Inhalte des Wegweisers Kommune

Für alle Städte und Gemeinden mit mehr als 5.000 Einwohnern sowie alle Landkreise in Deutschland beinhaltet der Wegweiser Kommune der Bertelsmann Stiftung Daten und Visualisierungen, Projekte bzw. gute Beispiele und Handlungsempfehlungen. Einen besonderen Schwerpunkt stellen dabei Informationen über die demographische Entwicklung auf kommunaler Ebene dar. Darüber hinaus enthält der Wegweiser Kommune Informationen zu den Themen Bildung, Finanzen, Integration, Pflege, Soziale Lage sowie Wirtschaft und Arbeit.

Im Einzelnen besteht der Wegweiser Kommune aus folgenden Komponenten:

- kommunale Daten zu den o. g. Themen;
- eine Bevölkerungsvorausberechnung bis 2030 auf Gemeinde- und Kreisebene;
- Wanderungsdaten nach Ziel und Herkunft auf Gemeindeebene;
- eine Pflegevorausberechnung bis 2030 auf Kreisebene;
- interaktive Werkzeuge zur anschaulichen Darstellung unterschiedlicher Themen;
- kommunenspezifische Berichte mit Daten, Grafiken und Karten zum Download (mit der Option, Vergleichskommunen bzw. andere Vergleichsmaßstäbe auszuwählen);
- Projekte bzw. gute Beispiele (mit Informationen zu den Rubriken Ausgangslage, Ziele, Umsetzung und Erfolge);
- Handlungskonzepte für Kommunen auf Basis unterschiedlicher Demographietypen, die im Rahmen einer bundesweiten Clusteranalyse entwickelt wurden (Datenbasis 2013);
- wissenschaftliche Studien und konkrete Handlungsempfehlungen zu einzelnen Themen;

Die Informationsplattform ist über das Internet frei zugänglich (<http://www.wegweiser-kommune.de/home>) und richtet sich an kommunale Entscheider in Politik und Verwaltung sowie an alle weiteren interessierten kommunalen Akteure.

Im Wegweiser Kommune werden derzeit Datensätze für die Jahre 2006 bis 2014 angeboten. Die Bertelsmann Stiftung stellt im Wegweiser Kommune grundsätzlich die aktuell verfügbaren Daten ein. Datensätze werden bei Abfragen prinzipiell für das jüngste Jahr ausgegeben; für vergangene Jahre sind Zeitreihen vorhanden. Die Ausgabe von Daten orientiert sich in allen Fällen am aktuellen kommunalen Gebietsstand.

Die verwendeten statistischen Daten stammen von den statistischen Ämtern der Bundesländer, dem statistischen Bundesamt, der Bundesagentur für Arbeit sowie weiteren Quellen und sind mit größter Sorgfalt nach Quelle und Datenstand gekennzeichnet.

Die aktuellen Ist-Daten wurden vom Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung (ZEFIR) der Ruhr-Universität Bochum und der Forschungsgesellschaft für Raumfinanzpolitik mbH Bottrop (FORA) zusammengestellt und berechnet.

2.2 Angebot von Kernindikatoren

Im Rahmen des Projekts „Monitor Nachhaltige Kommune“ wurden bisher 37 Kernindikatoren, die für eine Abbildung des aktuellen Stands der nachhaltigen Entwicklung in Kommunen flächendeckend gut geeignet erscheinen, definiert. Von den 37 Kernindikatoren werden zurzeit 18 im Wegweiser Kommune der Bertelsmann Stiftung angeboten. Die folgende Tabelle enthält eine Übersicht über die 18, im Wegweiser Kommune vorgehaltenen Indikatoren. Für jeden Indikator wird angegeben, bei welcher Dimension bzw. welchem Thema im Rahmen des Monitors Nachhaltige Kommune und bei welchem Thema bzw. welchem Unterthema im Rahmen des Wegweisers Kommune der Indikator angesiedelt ist. Sofern ein Indikator bei mehreren Themen im Rahmen des Wegweisers Kommune zugeordnet sein sollte, wird in der folgende Tabelle nur ein Thema genannt.

Nr.	Indikator	Monitor Nachhaltige Kommune: Dimension – Thema	Wegweiser Kommune: Thema – Unterthema (ggf.)
1	Arbeitslosenquote	Ökonomie – Arbeit und Beschäftigung	Soziale Lage
2	Beschäftigungsquote	Ökonomie – Arbeit und Beschäftigung	Wirtschaft & Arbeit – Beschäftigung
3	Erwerbstätige ALG II-Bezieher („Aufstocker“)	Ökonomie – Arbeit und Beschäftigung	Wirtschaft & Arbeit – Beschäftigung
4	Arbeitsplatzzentralität	Ökonomie – Arbeit und Beschäftigung	Wirtschaft & Arbeit – Beschäftigung
5	Auszubildende	Ökonomie – Arbeit und Beschäftigung	Integration – Sozialökon. Integration
6	Hochqualifizierte (am Arbeitsort)	Ökonomie – Wirtschaftsstruktur	Wirtschaft & Arbeit – Qualifikation
7	Gewerbe- und Einkommensteuer	Ökonomie – Wirtschaftsstruktur	Finanzen – Kernhaushalt / Einzelpos.
8	SGB II-/ SGB XII-Quote	Soziales – Armut	Integration – Sozialökon. Integration
9	Plätze in Pflegeheimen	Soziales – Gesundheit und Pflege	Pflege
10	Betreuung von Kindern (unter 3-jährige)	Soziales – Bildung	Bildung – Kindertageseinrichtungen
11	Betreuung von Kindern (3- bis 5-jährige)	Soziales – Bildung	Bildung – Kindertageseinrichtungen
12	Schulabbrecherquote (Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss)	Soziales – Bildung	Bildung – Schulabgänger/-abschlüsse
13	Schulabgänger mit Fachhochschulreife / Hochschulreife	Soziales – Bildung	Bildung – Schulabgänger/-abschlüsse
14	Exklusionsquote (Schüler an Förderschulen)	Soziales – Bildung	Bildung – Anteile Schüler nach Schulf.
15	Liquiditätskredite	Governance – Haushaltsführung	Finanzen – Kernhaushalt / Abschluss
16	Schuldendeckungsquote	Governance – Haushaltsführung	Finanzen – Auslagerung
17	Verschuldung	Governance – Haushaltsführung	Finanzen – Konzern Kommune
18	Bruttoinvestitionen	Governance – Haushaltsführung	Finanzen – Konzern Kommune

Tab. 3: Zuordnung der Indikatoren (Monitor Nachhaltige Kommune – Wegweiser Kommune)

2.3 Aufbereitung von Kernindikatoren

Die Aufbereitung der im Wegweiser Kommune angebotenen Indikatoren erfolgt in Kapitel 3 jeweils in drei Formen: als Kartengrafik, als Liniendiagramm und als Übersichtstabelle.

In den bundesweiten Kartengrafiken werden die Landeswerte der Kernindikatoren zum einen für das Jahr 2014 und zum anderen für die Veränderung der Landesdurchschnittswerte von 2006 bis 2014 dargestellt. Die Landeswerte wurden dabei auf Basis der Rohdaten bzw. als „gewichtete“ Durchschnittswerte berechnet. Beispiel: Für die Ermittlung der Ausbildungsquote wurde die Gesamtzahl aller sozialversicherungspflichtig beschäftigten Auszubildenden eines Landes durch die Gesamtzahl aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten des jeweiligen Landes dividiert.

In den landesspezifischen Liniendiagrammen werden die Durchschnittswerte der Länder sowie der kreisfreien Städte und der Kreise für die einzelnen Kernindikatoren in Form von Zeitreihen abgebildet (i. d. R. für den Zeitraum 2006 bis 2014). Die Durchschnittswerte wurden dabei wiederum auf Basis der Rohdaten bzw. als „gewichtete“ Durchschnittswerte berechnet.

In den landesspezifischen Übersichtstabellen werden die folgenden, statistischen Kenngrößen für die jeweiligen Kernindikatoren dargestellt:

Abkürzung	Bedeutung	Erläuterung
N	Number (Anzahl)	Anzahl der Kreise oder / und der kreisfreien Städte
Mean	Mittelwert	Hier: gewichteter arithmetischer Mittelwert
Median	Zentralwert	Wenn die Werte der Kreise oder / und der kreisfreien Städte der Größe nach sortiert werden, handelt es sich bei dem Median um den Wert, der an der mittleren bzw. zentralen Stelle der Auflistung positioniert ist.
Min	Minimum	Höchster Wert aller arithmetischen Mittelwerte der Kreise oder / und der kreisfreien Städte
Max	Maximum	Niedrigster Wert aller arithmetischen Mittelwerte der Kreise oder / und der kreisfreien Städte
SD	Standard Deviation (Standardabweichung)	Bei der Standardabweichung handelt es sich um ein Maß für die Streuung der Einzelwerte eines Indikators um seinen arithmetischen Mittelwert. Mit der Standardabweichung wird konkret die durchschnittliche Entfernung aller Einzelwerte eines Indikators vom seinem arithmetischen Mittelwert angegeben.

Tab. 4: Bedeutung und Erläuterung statistischer Kenngrößen

Bei den Mittelwerten bzw. den auf Basis der Rohdaten berechneten Durchschnittswerten treten zum Teil Datenlücken auf. Sofern Datenlücken bei den vom Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung (ZEFIR) an der Ruhr-Universität Bochum aufbereiteten Indikatoren 1 bis 14 (siehe Kapitel 2.2) bestehen, kann dies folgende Gründe haben:

- Es liegen keine Rohdaten zu diesem Indikator vor, da es Datenlieferungsprobleme der Statistischen Ämter der Länder gibt.
- Es liegen in den Jahrgängen 2006 und 2007 keine Rohdaten zu bestimmten Indikatoren vor, da dem ZEFIR die Rohdaten nicht vorlagen. Daher konnte in diesen Fällen eine Berechnung der Mittelwerte nicht vorgenommen werden. In diesem Fall sind die Indikatoren in den Tabellen nicht aufgeführt.

- Es fehlten zur Summenbildung der Mittelwerte einer oder mehrere Teilwerte (ein oder mehrere Kreise oder kreisfreie Städte innerhalb des Landes).

Sofern Datenlücken bei den von der FORA Forschungsgesellschaft für Raumfinanzpolitik mbH aufbereiteten Indikatoren 15 bis 18 (siehe Kapitel 2.2) bestehen, kann dies folgende Gründe haben:

- Schuldendeckungsquote:
 - Für 2014 liegen die Jahresabschlüsse der kommunalen Unternehmen noch nicht vor.
 - Für folgenden Länder und Jahre sind Werte für den „Konzern Stadt“ nicht darstellbar, weil dafür die Angaben der kommunalen Beteiligungsgesellschaften fehlen. Sie wurden von den statistischen Ämtern nicht geliefert:
 - Sachsen (alle Jahre);
 - Hessen (alle Jahre);
 - Sachsen-Anhalt (2013: keine kommunale Differenzierung).
 - Für das Jahr 2011 ergeben sich im Zuge der Umstellung der Schuldenstatistik Erfassungsprobleme. Dies ist insbesondere für Rheinland-Pfalz erkennbar. Hier sind die Eigenbetriebe untererfasst.
- Verschuldung:
 - Für folgenden Länder und Jahre sind Werte für den „Konzern Stadt“ nicht darstellbar, weil dafür die Angaben der kommunalen Beteiligungsgesellschaften fehlen. Sie wurden von den statistischen Ämtern nicht geliefert.
 - Schleswig-Holstein (2006);
 - Sachsen (alle Jahre);
 - Hessen (alle Jahre);
 - Sachsen-Anhalt (2013: keine kommunale Differenzierung).
 - Für das Jahr 2011 ergeben sich im Zuge der Umstellung der Schuldenstatistik Erfassungsprobleme. Dies ist insbesondere für Rheinland-Pfalz erkennbar. Hier sind die Eigenbetriebe untererfasst.
- Bruttoinvestitionen:
 - Für 2014 liegen die Jahresabschlüsse der kommunalen Unternehmen noch nicht vor.
 - Für folgenden Länder und Jahre sind Werte für den „Konzern Stadt“ nicht darstellbar, weil dafür die Angaben der kommunalen Beteiligungsgesellschaften fehlen. Sie wurden von den statistischen Ämtern nicht geliefert:
 - Sachsen (alle Jahre);
 - Hessen (bis einschließlich 2011).
 - Für das Saarland sind Werte für den Konzern Stadt für die Jahre 2009 bis 2012 nicht darstellbar, weil wegen der Umstellung der kommunalen Kernhaushalte auf das doppelte Rechnungswesen die Daten der Kernhaushalte nicht brauchbar waren und deshalb von Statistischen Landesamt nicht herausgegeben wurden.

Darüber hinaus weisen wir daraufhin, dass sich mit der Änderung des SGB II auch die Modalitäten zur Berechnung der SGB II-Quote sowie der Aufstockerquote geändert haben. Im Wegweiser Kommune sowie in dem vorliegenden Monitorbericht werden noch die Quoten nach den bisherigen Berechnungsmodalitäten dargestellt.

Schließlich ist zu sagen, dass in Excel – aus technischen Gründen – alleinstehende (Punkt-)Werte nicht abgebildet werden.

3 Darstellung von Kernindikatoren in aggregierter Form

3.1 Arbeitslosenquote (Prozent)

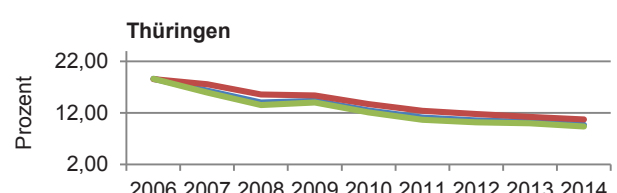
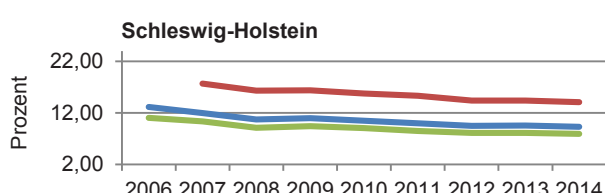
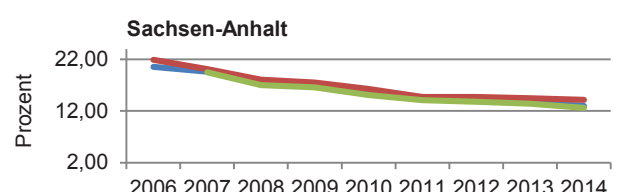
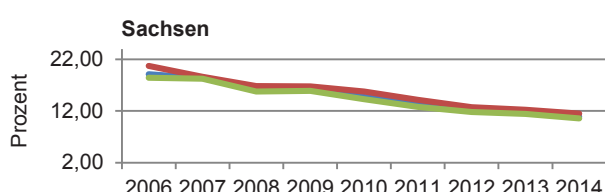
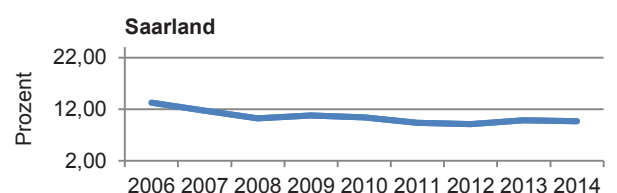
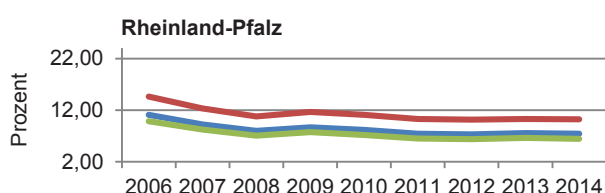
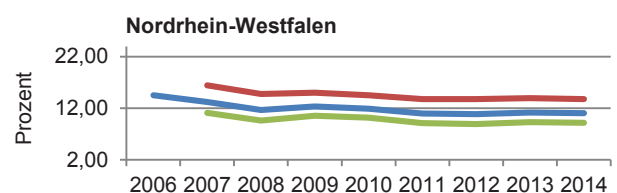
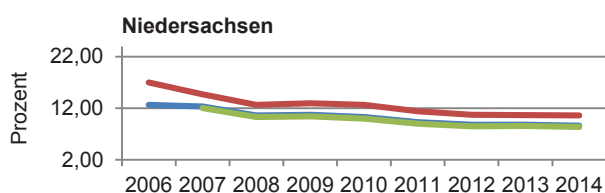
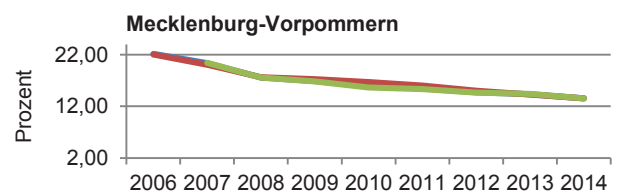
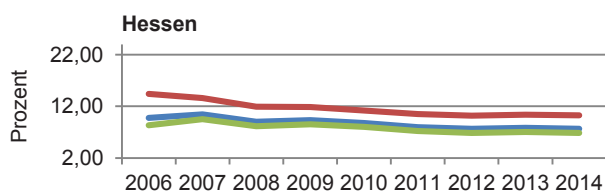
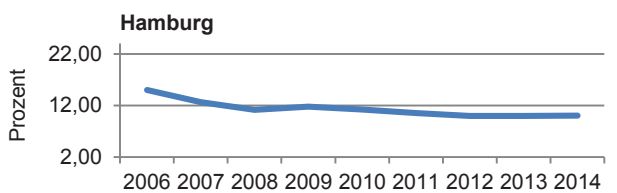
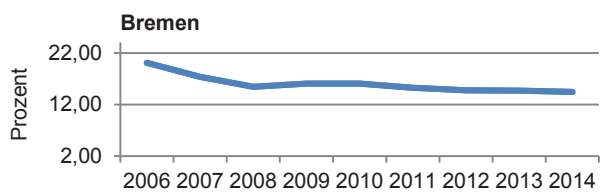
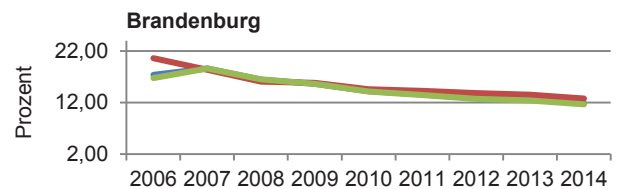
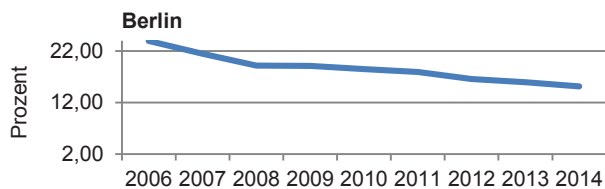
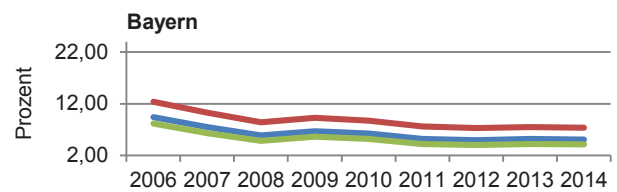
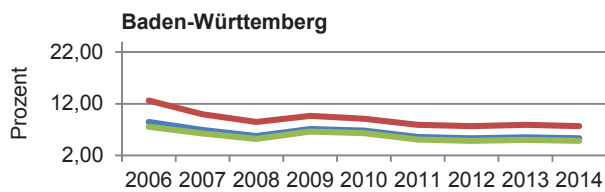
Indikator: Arbeitslosenquote	
Dimension	Ökonomie
Thema	Arbeit und Beschäftigung
Ziel	Integration in den Arbeitsmarkt fördern und Arbeitslosigkeit verringern
Kernindikator	Arbeitslosenquote – Anteil der Arbeitslosen an der Summe aus den Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SvB) am Wohnort und den Arbeitslosen
Nachhaltigkeitsrelevanz	Die Arbeitslosenquote ist Ausdruck einer ökonomischen Strukturschwäche. Daneben gibt es aber u. a. auch konjunkturell bedingte Arbeitslosigkeit (etwa in Zeiten einer Rezession bzw. Wirtschaftskrise) bzw. saisonale Arbeitslosigkeit. Arbeitslosigkeit hat finanzielle, soziale und nicht zuletzt gesundheitliche Folgen für die einzelnen Betroffenen und deren Angehörigen. Für Jugendliche hat Arbeitslosigkeit weitreichende Folgen für die weitere Erwerbsbiographie. Für die Kommune hat eine hohe Arbeitslosenquote Auswirkungen auf die ökonomische Situation (Steuereinnahmen); sie kann zur Abwanderung und demographischen Schrumpfung beitragen und beeinträchtigt das öffentliche Leben und die Lebensqualität. Maßnahmen zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit sollten den Zusammenhang zwischen der ökonomischen und der sozialen Dimension und damit das Prinzip der Ganzheitlichkeit berücksichtigen. Aufgrund der benachteiligenden Wirkung auf betroffene Kinder und Jugendliche ist das Prinzip der Generationengerechtigkeit adressiert.
Herkunft	Dieser Indikator wird in vielen kommunalen Nachhaltigkeitsberichten (z. B. Augsburg 2010, Münster 2013) sowie anderen Indikatorensammlungen verwendet (z. B. Ministerium für Umwelt, Klima und Energie Baden-Württemberg 2015; Agenda-Transfer 2003; Deutsche Umwelthilfe 2004).
Validität	Der Indikator bildet das Ziel „Arbeitslosigkeit reduzieren“ ab. Allerdings grenzen die unten genannten Einschränkungen der Datenqualität auch die Validität ein.
Datenqualität	Die Arbeitslosenzahl, die hohe saisonale Schwankungen aufweist, bezieht sich auf die arbeitslos gemeldeten Personen. Nicht enthalten sind: Erwerbslose, die sich nicht arbeitslos gemeldet haben, Kurzarbeiter und Arbeitslose, die sich in einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme befinden. Zu den SvB zählen alle Arbeitnehmer (inkl. der Auszubildenden, sozialversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu entrichten sind).
Datenverfügbarkeit	Die Daten werden regelmäßig erhoben, sind mit hoher Aktualität und in Zeitreihen verfügbar.
Funktion	Outcome-Indikator.
Wechselwirkungen	Der Indikator steht mit vielen anderen Indikatoren im Zusammenhang, etwa mit der Langzeitarbeitslosigkeit, der Beschäftigungsquote, der Verschuldung, der SGB-II-/SGB-XII-Quote und ggf. mit der Schulabbrecherquote. Weitergehende Erkenntnisse lassen sich gewinnen, wenn die Arbeitslosenquote mit der Gewerbesteuer oder dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Beziehung gesetzt wird, da dies auf eine mögliche Diskrepanz zwischen einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung und einem geringen Abbau der Arbeitslosigkeit hinweisen kann.
Rahmenbedingungen	Die Arbeitslosenquote hängt von strukturellen Rahmenbedingungen ab, die durch Kommunen schwer zu beeinflussen sind. Strukturschwache, schrumpfende Regionen, die besonders stark von Fortzügen und demographischem Wandel betroffen sind, weisen eine besonders hohe Arbeitslosigkeit auf.
Berechnung	$\text{Arbeitslose 15–64 Jahre} / (\text{SvB am Wohnort 15–64 Jahre} + \text{Arbeitslose 15–64 Jahre}) * 100$ (Stichtag für SvB: 30.06.)
Quelle	Wegweiser Kommune (Statistische Ämter der Länder, Bundesagentur für Arbeit, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung)
Einheit	%
Abgerufen für	2006–2014



Bei den landesspezifischen Arbeitslosenquoten für das Jahr 2014 ist sowohl ein Ost-West-, als auch ein Nord-Süd-Gefälle zu beobachten. In den westdeutschen Bundesländern fallen die Arbeitslosenquoten tendenziell geringer aus als in den ostdeutschen Bundesländern. Allerdings liegen die Arbeitslosenquoten in den Stadtstaaten Bremen und Hamburg sowie in den Flächenländern Nordrhein-Westfalen und Saarland ungefähr auf dem Niveau einzelner ostdeutscher Bundesländer. Die geringsten Arbeitslosenquoten sind in Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz zu verzeichnen.



Im Betrachtungszeitraum von 2006 bis 2014 sind die Arbeitslosenquoten in den ostdeutschen Bundesländern – allerdings ausgehend von einem relativ hohen Niveau – grundsätzlich stärker zurückgegangen als in den westdeutschen Bundesländern. Ausnahmen bilden hier die Länder Bremen, Hamburg und Bayern, in denen die Arbeitslosenquoten ebenfalls vergleichsweise deutlich gesunken sind.



Legende: Rote Linie (Kreisfreie Städte) – Grüne Linie (Kreise) – Blaue Linie (Land)

Bei der Betrachtung der Arbeitslosenquoten in der Zeitreihe fällt zunächst auf, dass die Quoten in den Jahren 2006, 2007 und 2008 in nahezu allen Bundesländern rückläufig waren. Im Jahr 2009 stagnierten die Arbeitslosenquoten in den meisten Ländern oder stiegen wieder leicht an. Ein Anstieg ist z. B. in den Ländern Baden-Württemberg und Bayern zu beobachten. Als Gründe hierfür können vor allem die Folgen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise sowie die relativ hohe Exportabhängigkeit in den westdeutschen Bundesländern angeführt werden. In den ostdeutschen Bundesländern, deren Absatzmärkte stärker regional und national ausgerichtet sind, gingen die Arbeitslosenquoten i. d. R. – trotz der Wirtschafts- und Finanzkrise – weiter zurück. Die Folgejahre bis 2014 sind in den westdeutschen Bundesländern tendenziell durch stagnierende und in den ostdeutschen Bundesländern tendenziell durch weiterhin sinkende Arbeitslosenquoten (allerdings auf einem noch relativ hohen Niveau) gekennzeichnet. Zu beachten ist jedoch, dass die Arbeitslosenzahlen ab 2009 mit denen der Vorjahre nur eingeschränkt vergleichbar sind: So wurde zum 1. Januar 2009 die Regelung des § 53a Abs. 2 SGB II eingeführt, wonach ältere erwerbsfähige Hilfebedürftige ab 58 Jahren nicht mehr als arbeitslos gelten, wenn ihnen ein Jahr oder mehr nach dem Empfang von Grundsicherung kein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsangebot gemacht wurde. Weitere Einschränkungen in der Vergleichbarkeit ergeben sich durch das ebenfalls im Jahr 2009 verabschiedete Gesetz zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente, das u. a. weitere Maßnahmen zur Aktivierung und zur beruflichen Eingliederung beinhaltet.

In den westdeutschen Flächenländern liegen die Arbeitslosenquoten der kreisfreien Städte – mehr oder weniger deutlich – über denjenigen der Kreise. Demgegenüber bewegen sich die Arbeitslosenquoten in den Kreisen und kreisfreien Städten der ostdeutschen Flächenländer weitgehend auf dem gleichen Niveau.

Die Entwicklung der Arbeitslosenquote steht generell in einem Zusammenhang mit der Entwicklung der Beschäftigungsquote (vgl. Kapitel 3.2). Niedrige Beschäftigungsquoten sind i. d. R. mit hohen Arbeitslosenquoten korreliert (vgl. Lisakowski et al. 2015, 79-81). Insofern ist es nachvollziehbar, dass die Arbeitslosenquoten der kreisfreien Städte in den westdeutschen Flächenländern insgesamt über und die Beschäftigungsquoten der kreisfreien Städte insgesamt unter denjenigen der Kreise liegen.

Bei der Analyse der Arbeitslosenquote ist – neben der Beschäftigungsquote – auch die Entwicklung der Bevölkerung zu berücksichtigen. Hohe Arbeitslosenquoten sind i. d. R. mit einer negativen Bevölkerungsentwicklung bzw. einem Rückgang der Einwohnerzahl verbunden (vgl. Liskowski et al. 2015, 73-76).

Im Zusammenhang mit der Bevölkerungsentwicklung ist – bei der Analyse der Arbeitslosenquote – auch die Entwicklung der Arbeitsplatzzentralität zu betrachten (vgl. Kapitel 3.4). Eine hohe Arbeitsplatzzentralität ist i. d. R. mit einer positiven Entwicklung der Bevölkerung bzw. einem Anstieg der Einwohnerzahl korreliert (vgl. Liskowski 2015, 70-71).

Arbeitslosenquote (Prozent)							
	2014						Veränderung 2006-2014
	N	Mean	Median	Min	Max	SD	
Baden-Württemberg	44,00	5,33	4,98	3,46	9,66	1,45	-3,12
Kreisfreie Städte insg.	9,00	7,67	7,52	6,25	9,66	0,91	-4,98
Kreise insg.	35,00	4,82	4,73	3,46	7,02	0,76	-2,73
Bayern	96,00	5,07	4,41	1,84	9,86	1,74	-4,31
Kreisfreie Städte insg.	25,00	7,35	7,55	4,64	9,86	1,35	-5,02
Kreise insg.	71,00	4,10	4,08	1,84	7,21	0,96	-4,06
Brandenburg	18,00	11,83	11,98	8,08	19,20	3,05	-5,52
Kreisfreie Städte insg.	4,00	12,82	15,07	9,18	16,88	2,98	-7,81
Kreise insg.	14,00	11,65	11,51	8,08	19,20	2,95	-5,09
Hessen	26,00	7,67	6,94	4,84	14,07	2,17	-2,11
Kreisfreie Städte insg.	5,00	10,27	9,89	8,96	14,07	2,14	-4,14
Kreise insg.	21,00	6,84	6,83	4,84	9,47	1,16	-1,53
Mecklenburg-Vorpommern	8,00	13,57	13,63	10,08	16,48	2,32	-8,63
Kreisfreie Städte insg.	2,00	13,57	13,63	13,47	13,80	0,16	-8,46
Kreise insg.	6,00	13,57	13,39	10,08	16,48	2,67	k.A.
Niedersachsen	46,00	8,65	8,87	4,96	16,50	2,44	-3,99
Kreisfreie Städte insg.	8,00	10,63	11,66	6,00	16,50	2,98	-6,35
Kreise insg.	38,00	8,35	8,41	4,96	12,97	1,89	k.A.
Nordrhein-Westfalen	53,00	11,03	10,00	4,57	19,55	3,33	-3,51
Kreisfreie Städte insg.	22,00	13,79	13,41	8,26	19,55	2,77	k.A.
Kreise insg.	31,00	9,19	8,56	4,57	14,79	2,01	k.A.
Rheinland-Pfalz	36,00	7,42	6,98	4,96	17,11	2,58	-3,65
Kreisfreie Städte insg.	12,00	10,23	9,53	7,19	17,11	2,70	-4,41
Kreise insg.	24,00	6,45	6,00	4,96	9,41	1,18	-3,42
Saarland	6,00	9,67	7,94	5,47	12,82	2,38	-3,59
Kreisfreie Städte insg.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Kreise insg.	6,00	9,67	7,94	5,47	12,82	2,38	-3,59
Sachsen	13,00	10,88	10,29	9,41	14,54	1,48	-8,25
Kreisfreie Städte insg.	3,00	11,48	12,27	10,29	12,39	0,96	-9,26
Kreise insg.	10,00	10,59	9,85	9,41	14,54	1,53	-7,88
Sachsen-Anhalt	14,00	12,99	13,39	9,40	16,51	2,06	-7,58
Kreisfreie Städte insg.	3,00	14,19	14,18	13,87	14,54	0,28	-7,71
Kreise insg.	11,00	12,63	12,62	9,40	16,51	2,22	k.A.
Schleswig-Holstein insg.	15,00	9,31	8,78	5,45	15,61	3,01	-3,82
Kreisfreie Städte insg.	4,00	14,07	14,23	13,44	15,61	0,81	k.A.
Kreise insg.	11,00	7,97	8,20	5,45	10,77	1,44	-3,06
Thüringen	23,00	9,69	9,77	5,37	14,12	2,29	-8,90
Kreisfreie Städte insg.	6,00	10,75	10,32	9,01	14,12	1,69	-7,78
Kreise insg.	17,00	9,35	9,01	5,37	13,59	2,38	-9,25

Gute Beispiele

Schleswig-Holstein – MarktTreff

Kurzbeschreibung: MarktTreffe sichern Nahversorgung, fördern die dörfliche Gemeinschaft und schaffen Arbeitsplätze – alles unter einem Dach. Hier wird eingekauft. Hier treffen sich Menschen. Hier entsteht Bürgerengagement. Gemeinsam mit Akteuren aus den Regionen, aus Wirtschaft, Verbänden und Gesellschaft hat die Landesregierung Schleswig-Holstein das MarktTreff-Konzept entwickelt. Heute sorgt das vorbildhafte Modell bereits in 30 Gemeinden für zufriedene Kunden, Gäste und Bürger – und stärkt so den ländlichen Raum.

- <https://www.wegweiser-kommune.de/projekte/kommunal/schleswig-holstein/schleswig-holstein-markttreff>

Stadt Eggesin – Gemeinschaftszentrum-Zeitbank e.V.

Kurzbeschreibung: Die Stadt Eggesin hat aufgrund von Arbeitsplatzabbau rund die Hälfte der Einwohner durch Abwanderung verloren. Besonders junge und gut ausgebildete Menschen wandern ab. Das Durchschnittsalter beträgt ca. 47 Jahre. Der Verein „Gemeinschaftszentrum-Zeitbank e. V.“ fördert bargeldlose, nachbarschaftliche Aktivitäten und Hilfen. Diese ermöglichen jedem Bürger, Zeit sinnvoll zu nutzen, sich mit seinen Fähigkeiten einzubringen und im Gegenzug die Hilfe anderer in Anspruch zu nehmen.

- <https://www.wegweiser-kommune.de/projekte/kommunal/mecklenburg-vorpommern/eggesin-gemeinschaftszentrum-zeitbank-e-v->

Gemeinde Pulow – Idealismus als Wirtschaftsmotor

Kurzbeschreibung: In der Gemeinde Pulow im Lassaner Winkel, einer schönen Moränenlandschaft im Hinterland der Ostseeküste, haben einige wirtschaftlich denkende Idealisten seit Mitte der 90er Jahre Marktnischen kultiviert, die zunehmend Kreise ziehen: Immer neue Projekte, Vereine, Unternehmen und Ideen sorgen für Arbeitsplätze, neue Identität, touristische Attraktivität – und einen positiven Wanderungssaldo.

- <https://www.wegweiser-kommune.de/projekte/kommunal/mecklenburg-vorpommern/pulow-idealismus-als-wirtschaftsmotor>

Stadtgemeinde Bremerhaven – Strukturwandel durch Tourismus und Wissenschaft

Kurzbeschreibung: Durch die abnehmende Bedeutung von Hochseefischerei und Schiffsbau verlor Bremerhaven viele Arbeitsplätze und Einwohner. Durch eine stärkere Konzentration auf Seehandel, maritimen Tourismus, Wissenschaft und Offshore-Windenergie versucht die Stadt, den Strukturwandel zu bewältigen.

- <https://www.wegweiser-kommune.de/projekte/kommunal/bremen/bremerhaven-strukturwandel-durch-tourismus-und-wissenschaft>

3.2 Beschäftigungsquote (Prozent)

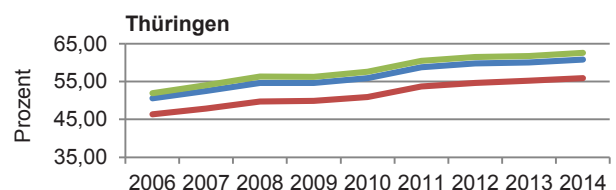
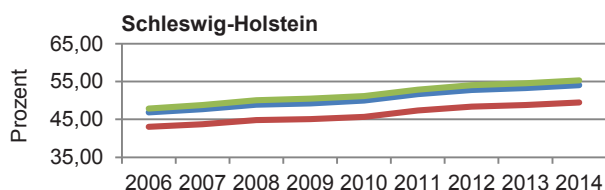
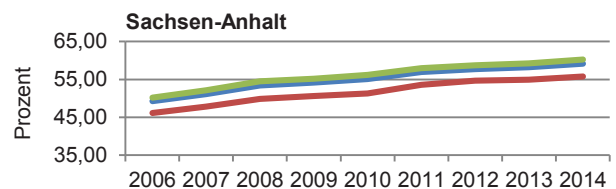
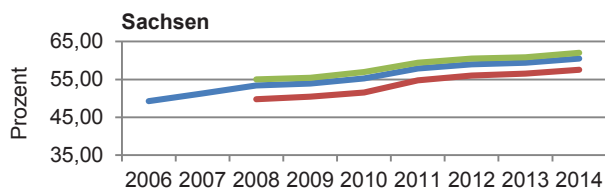
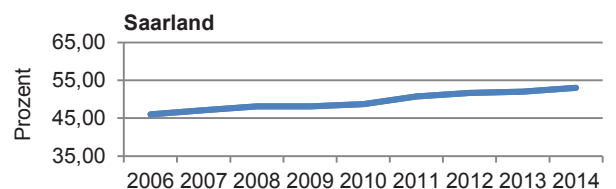
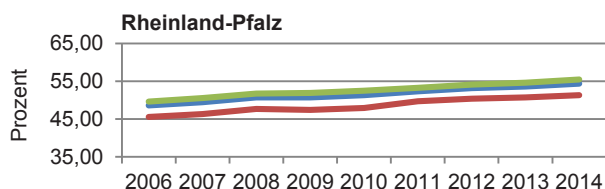
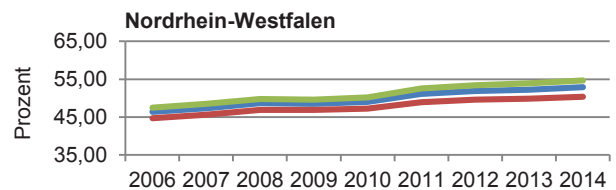
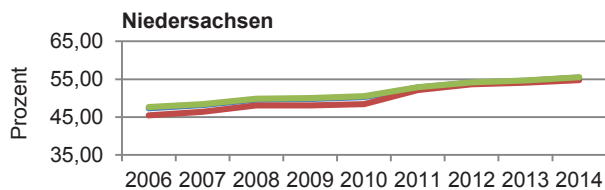
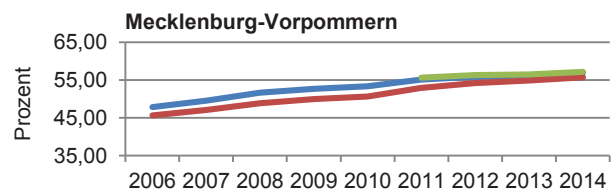
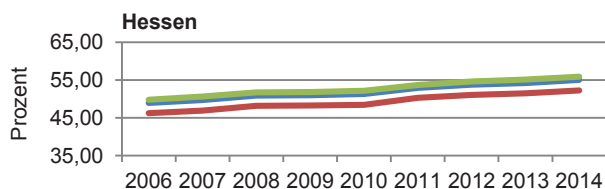
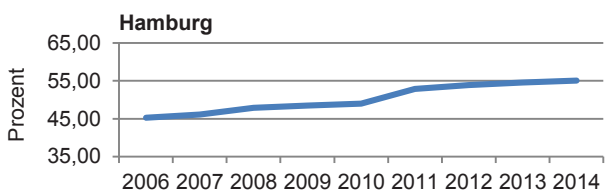
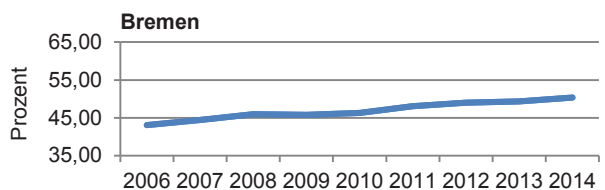
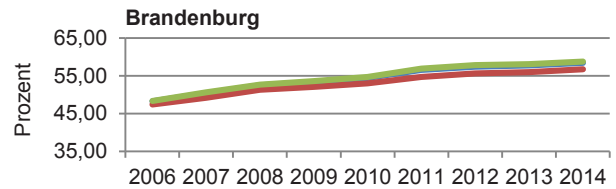
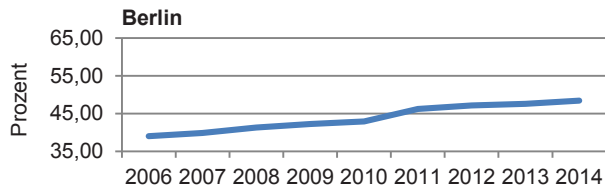
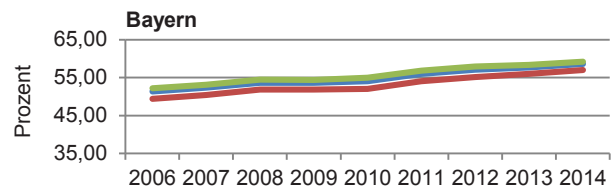
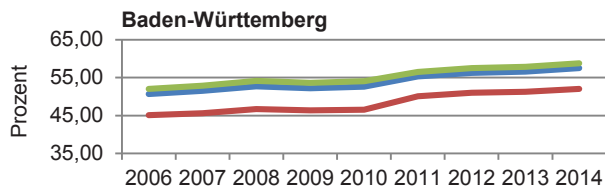
Indikator: Beschäftigungsquote	
Dimension	Ökonomie
Thema	Arbeit und Beschäftigung
Ziel	Arbeitsplätze schaffen und existenzsicherndes Einkommen fördern
Kernindikator	Beschäftigungsquote – Anteil der 15- bis 64-jährigen SvB am Wohnort an allen 15- bis 64-jährigen Einwohnern
Nachhaltigkeitsrelevanz	Die Beschäftigungsquote lässt Rückschlüsse auf die wirtschaftliche Lage ansässiger Unternehmen sowie die damit zusammenhängende soziale Situation der Bewohner und der finanziellen und infrastrukturellen Ausstattung einer Kommune zu. Eine hohe Beschäftigungsquote zeigt eine hohe Übereinstimmung von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt und sichert das Qualifikationsniveau der Bürger – sie steht aber auch in Wechselwirkung mit dem Verkehrsaufkommen, den Emissionenswerten und dem Flächenverbrauch. Die Bedeutung der Beschäftigungsquote für die Zukunftsfähigkeit einer Kommune und die enge Verbindung zwischen der ökonomischen, ökologischen und sozialen Dimension (Prinzip der Ganzheitlichkeit) geben diesem Indikator eine hohe Nachhaltigkeitsrelevanz.
Herkunft	Dieser Indikator wird bislang vor allem in allgemeinen Indikatorensammlungen empfohlen (z. B. Internationale Standard ISO 37120, 2014; Statistisches Bundesamt 2014; Ministerium für Umwelt, Klima und Energie Baden-Württemberg 2015).
Validität	Der Indikator bildet das Ziel mit leichten Einschränkungen ab. Beamte, Selbstständige und andere nicht sozialversicherungspflichtige Erwerbstätige sind in der Kennzahl nicht berücksichtigt. Personen in Vollzeit- und in Teilzeitbeschäftigung werden gleichermaßen gezählt, sodass unterschiedliche Arbeitszeitvolumina keinen Einfluss auf den Indikator haben.
Datenqualität	Die Daten basieren auf den Meldungen zur Sozialversicherung mit einer Verzögerung von sechs Monaten (Abgabefristen der Meldungen) und haben eine hohe Datenqualität.
Datenverfügbarkeit	Die Daten werden regelmäßig erhoben und sind langfristig in einer Zeitreihe auf kommunaler Ebene (Städte, Gemeinden und Kreise) verfügbar.
Funktion	Outcome-Indikator.
Wechselwirkungen	Geburtenentwicklung und Lebenserwartung wirken eher langfristig auf diesen Indikator; kurz-, mittel- und langfristigen Einfluss haben Wanderungen und Pendlerströme. Weitere Erkenntnisse können gewonnen werden, wenn die Beschäftigtenquote ins Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt oder zur Arbeitslosenquote gesetzt wird, da dies Hinweise auf Ursachen und Diskrepanzen zur wirtschaftlichen Entwicklung geben kann (z. B. unterdurchschnittliche Beschäftigtenquote aufgrund eines hohen Anteils an „Hausfrauen“ in gut verdienenden Haushalten oder durch Arbeitslosigkeit bedingt). Ebenfalls aufschlussreich ist das Verhältnis zu den kommunalen Einnahmen.
Rahmenbedingungen	Diverse Rahmenbedingungen können den Indikator beeinflussen, etwa die Erwerbsneigung der Bevölkerung (z. B. regionale Unterschiede in der Erwerbstätigkeit von Ehefrauen/Müttern), die allgemeine Wirtschaftslage, die Entsprechung von Arbeitskräfteangebot und -nachfrage oder die Arbeitsmarktpolitik.
Berechnung	$\text{SvB am Wohnort 15–64 Jahre} / \text{Bevölkerung 15–64 Jahre} * 100$ (Stichtag für SvB: 30.06.)
Quelle	Wegweiser Kommune (Statistische Ämter der Länder, Bundesagentur für Arbeit, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung)
Einheit	%
Abgerufen für	2006–2014



Im Jahr 2014 sind die Beschäftigungsquoten in den ostdeutschen Bundesländern (ohne Berlin) und in den süddeutschen Bundesländern höher ausgeprägt als in den übrigen Bundesländern. Bei den Ländern mit relativ hohen Beschäftigungsquoten handelt es sich um Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Bayern. Vergleichsweise niedrige Beschäftigungsquoten weisen Berlin und Bremen sowie Nordrhein-Westfalen auf.



In allen Bundesländern haben sich die Beschäftigungsquoten im Zeitraum von 2006 bis 2014 positiv entwickelt. Besonders stark war das Wachstum in den ostdeutschen Flächenländern Sachsen, Thüringen, Brandenburg und Sachsen-Anhalt. Am geringsten ist das Wachstum in den westdeutschen Flächenländern Rheinland-Pfalz, Hessen und Nordrhein-Westfalen ausgefallen.



Legende: Rote Linie (Kreisfreie Städte) – Grüne Linie (Kreise) – Blaue Linie (Land)

Für den Zeitraum von 2006 bis 2014 ist in allen Bundesländern ein weitgehend stetiger Anstieg der Beschäftigungsquote zu verzeichnen. Eine gewisse Stagnation hat sich in den meisten Ländern nur in den Jahren 2008 bis 2010, d. h. während der Wirtschafts- und Finanzkrise, bemerkbar gemacht. Das allgemeine Beschäftigungswachstum kann u. a. auf einen Anstieg der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren (vgl. Statistisches Bundesamt 2014, 54) sowie Migranten (vgl. MUKE 2014, 65) zurückgeführt werden. Gegenläufig, den Gesamttrend aber nicht umkehrend, entwickelte sich die geringer werdende Erwerbsbeteiligung bei den jüngeren Beschäftigten im Alter von 15 bis 24 Jahren: „Dies hängt auch damit zusammen, dass sich mit zunehmenden Qualifikationsanforderungen die durchschnittlichen Ausbildungszeiten in Schule und Universität verlängern und sich dadurch der Eintritt in das Berufsleben verschiebt“ (Statistisches Bundesamt 2014, 55). Die tendenziell höheren Beschäftigungsquoten in den neuen Bundesländern basieren im Wesentlichen auf einer traditionell hohen Erwerbsbeteiligung von Frauen in Ostdeutschland.

In allen Bundesländern und im gesamten Betrachtungszeitraum liegen die durchschnittlichen Beschäftigungsquoten der kreisfreien Städte – mehr oder weniger deutlich – unter denen der Kreise. Niedrige Beschäftigungsquoten sind i. d. R. mit hohen Arbeitslosenquoten korreliert (vgl. Liskowski et al. 2015, 79-81). Dies zeigt sich auch daran, dass die kreisfreien Städte – zumindest in den westdeutschen Flächenländern – neben niedrigeren Beschäftigungsquoten im Allgemeinen auch höhere Arbeitslosenquoten zu verzeichnen haben als die Kreise (vgl. Kapitel 3.1).

Bei der Analyse der Beschäftigungsquote ist – neben der Arbeitslosenquote – auch die Entwicklung der Bevölkerung zu berücksichtigen. Hohe Beschäftigungsquoten sind i. d. R. mit einer positiven Bevölkerungsentwicklung bzw. einem Anstieg der Einwohnerzahl verbunden (vgl. Liskowski et al. 2015, 76-79).

Im Zusammenhang mit der Bevölkerungsentwicklung ist – bei der Analyse der Beschäftigungsquote – auch die Entwicklung der Arbeitsplatzzentralität zu betrachten (vgl. Kapitel 3.4). Eine hohe Arbeitsplatzzentralität ist i. d. R. – ebenso wie eine hohe Beschäftigungsquote – mit einer positiven Entwicklung der Bevölkerung bzw. einem Anstieg der Einwohnerzahl korreliert (vgl. Liskowski 2015, 70-71).

Beschäftigungsquote (Prozent)							
	2014						Veränderung 2006-2014
	N	Mean	Median	Min	Max	SD	
Baden-Württemberg	44,00	57,49	59,28	40,29	63,28	4,82	6,80
Kreisfreie Städte insg.	9,00	52,06	53,96	40,29	58,26	5,52	6,94
Kreise insg.	35,00	58,79	59,75	47,11	63,28	3,64	6,80
Bayern	96,00	58,59	58,81	47,47	63,99	2,98	7,21
Kreisfreie Städte insg.	25,00	57,03	57,09	47,47	61,53	3,37	7,62
Kreise insg.	71,00	59,26	59,60	49,34	63,99	2,39	7,07
Brandenburg	18,00	58,46	58,62	54,50	61,80	1,86	10,23
Kreisfreie Städte insg.	4,00	56,72	56,38	54,50	58,26	1,82	9,29
Kreise insg.	14,00	58,79	58,82	55,32	61,80	1,54	10,42
Hessen	26,00	55,01	55,71	49,40	59,78	2,53	6,07
Kreisfreie Städte insg.	5,00	52,27	52,26	49,40	54,47	1,77	6,04
Kreise insg.	21,00	55,91	56,07	50,19	59,78	2,12	6,15
Mecklenburg-Vorpommern	8,00	56,88	57,25	53,21	60,83	2,30	9,03
Kreisfreie Städte insg.	2,00	55,76	56,47	54,68	58,25	1,79	10,14
Kreise insg.	6,00	57,13	57,25	53,21	60,83	2,41	8,81
Niedersachsen	46,00	55,45	54,99	48,93	61,69	2,82	8,12
Kreisfreie Städte insg.	8,00	54,79	53,17	49,67	61,69	3,54	9,32
Kreise insg.	38,00	55,55	55,08	48,93	60,39	2,59	7,95
Nordrhein-Westfalen	53,00	52,92	53,15	44,51	59,10	3,41	6,56
Kreisfreie Städte insg.	22,00	50,39	50,36	44,51	55,47	2,60	5,67
Kreise insg.	31,00	54,66	55,59	48,80	59,10	2,69	7,20
Rheinland-Pfalz	36,00	54,39	55,59	40,44	59,91	4,05	5,77
Kreisfreie Städte insg.	12,00	51,33	52,63	40,44	56,77	4,29	5,73
Kreise insg.	24,00	55,48	55,89	44,53	59,91	3,42	5,81
Saarland	6,00	52,99	54,61	48,62	56,38	2,79	7,00
Kreisfreie Städte insg.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Kreise insg.	6,00	52,99	54,61	48,62	56,38	2,79	7,00
Sachsen	13,00	60,50	62,04	56,27	63,29	2,28	11,21
Kreisfreie Städte insg.	3,00	57,55	57,74	56,27	58,79	1,03	11,22
Kreise insg.	10,00	62,00	62,13	58,09	63,29	1,44	11,44
Sachsen-Anhalt	14,00	59,13	59,75	53,41	64,04	2,97	9,88
Kreisfreie Städte insg.	3,00	55,77	56,93	53,41	59,32	2,43	9,65
Kreise insg.	11,00	60,23	60,00	55,80	64,04	2,61	10,05
Schleswig-Holstein insg.	15,00	54,02	53,88	47,76	58,89	3,31	7,20
Kreisfreie Städte insg.	4,00	49,52	49,71	47,76	52,43	1,94	6,43
Kreise insg.	11,00	55,35	54,72	50,26	58,89	2,63	7,46
Thüringen	23,00	60,85	61,87	52,21	67,44	3,84	10,26
Kreisfreie Städte insg.	6,00	55,94	56,87	52,21	61,87	3,47	9,55
Kreise insg.	17,00	62,56	62,73	58,26	67,44	2,59	10,61

Gute Beispiele

Erzgebirgskreis – Da steckt mehr drin, als Sie denken

Kurzbeschreibung: Als Initiative der elf größten Städte des Erzgebirges und des Erzgebirgskreises versteht sich das Regionalmanagement Erzgebirge als Dienstleister und Promoter der Region. Damit soll das Erzgebirge durch ein aktives Regional- und Standortmarketing als lebenswerte Region für Fachkräfte und als attraktiver Wirtschaftsstandort in Deutschland bekannt gemacht werden.

- <https://www.wegweiser-kommune.de/projekte/kommunal/sachsen/erzgebirge-da-steckt-mehr-drin-als-sie-denken>

Region Ems-Achse – Fachkräfteinitiative zur Anwerbung und Bindung von Fachkräften

Kurzbeschreibung: Seit 2010 unterstützt die Ems-Achse Arbeitgeber im Nordwesten im Zuge ihrer Fachkräfteinitiative erfolgreich bei der Fachkräftegewinnung und -bindung. Zu den umgesetzten Maßnahmen gehört neben einer bundesweiten Fachkräfteanwerbetour und Schülerunternehmensprojekten auch eine Kindernotfallbetreuung.

- <https://www.wegweiser-kommune.de/projekte/kommunal/niedersachsen/wachstumsregion-ems-achse-fachkraefteinitiative-zur-anwerbung-und-bindung-von-fachkraeften>

3.3 Erwerbstätige ALG II-Bezieher („Aufstocker“) (Prozent)

Indikator: Erwerbstätige ALG-II-Bezieher („Aufstocker“) *	
Dimension	Ökonomie
Thema	Arbeit und Beschäftigung
Ziel	Arbeitsplätze schaffen und existenzsicherndes Einkommen fördern
Kernindikator	Erwerbstätige ALG-II-Bezieher („Aufstocker“) – Anteil der erwerbstätigen ALG-II-Bezieher an allen erwerbsfähigen Leistungsbeziehern
Nachhaltigkeitsrelevanz	Der Indikator beinhaltet Empfänger von ALG II, die im rechtlich zulässigen Rahmen diese Leistung durch Erwerbseinkommen zur Verringerung ihrer Hilfebedürftigkeit ergänzen sowie Erwerbstätige, die ALG II beziehen, weil ihr Einkommen zum Lebensunterhalt nicht ausreicht. Eine hohe Zahl an „Aufstockern“ weist auf strukturelle Defizite der ansässigen Wirtschaft hin. Damit kommt eine ökonomische und soziale Situation der Betroffenen, ihrer Angehörigen (benachteiligende Entwicklungsbedingungen der Kinder) und der Kommune insgesamt (verringerte Steuereinnahmen, erhöhte Sozialausgaben) zum Ausdruck. In der Verknüpfung der ökonomischen mit der sozialen Dimension und aufgrund der Relevanz für die nachfolgende Generation bildet dieser Indikator die Nachhaltigkeitsprinzipien der Ganzheitlichkeit und der Generationengerechtigkeit ab.
Herkunft	Dieser Indikator ist in den im Monitor ausgewerteten Nachhaltigkeitsberichten und Indikatorenansammlungen nicht, sondern ausschließlich im Wegweiser Kommune enthalten.
Validität	Der Indikator bildet das Ziel, Arbeitsplätze zu schaffen und existenzsicherndes Einkommen zu fördern, vollständig ab.
Datenqualität	Neben der Bundesagentur für Arbeit (BA) sind ab 2005 unter anderem auch 69 zugelassene kommunale Träger (zKT) Lieferanten dieser Arbeitsmarktdaten (Optionskommunen). Es handelt sich um eine „integrierte“ Statistik aus unterschiedlichen Quellen, die in der BA zusammengeführt werden. Die Datenqualität ist hoch.
Datenverfügbarkeit	Die Daten werden regelmäßig erhoben; sie sind mit hoher Aktualität und in Zeitreihen verfügbar.
Funktion	Outcome-Indikator.
Wechselwirkungen	Unmittelbare Wechselwirkungen bestehen mit den regionalen ökonomischen Strukturmerkmalen (beispielsweise Branchenstruktur, Durchschnittseinkommen, Produktivität, Qualifikationsniveau). Weitere Erkenntnisse lassen sich gewinnen, wenn der Indikator mit Kennzahlen des Bereichs Arbeit und Beschäftigung sowie Armut (z. B. Durchschnittseinkommen, Kinderarmut), aber auch den kommunalen Steuereinnahmen in Bezug gesetzt wird, da sich hieraus Hinweise auf eine mögliche soziale Polarisierung ableiten lassen. Weitere Hinweise können aus dem Verhältnis mit Daten zur Gesundheit und zu kommunalen Ausgaben gewonnen werden (Bildung/Weiterbildung, Kinder- und Jugendarbeit, Sozialberatung).
Rahmenbedingungen	Unter anderem nehmen die Branchenstruktur der ansässigen Wirtschaft, die allgemeine Wirtschaftslage, regionale Unterschiede im Lohnniveau und allgemeine strukturelle Rahmenbedingungen (schrumpfende oder wachsende Region) Einfluss auf diesen Indikator.
Berechnung	Erwerbstätige ALG-II-Bezieher („Aufstocker“) gesamt / erwerbsfähige Leistungsbezieher (eLb) gesamt * 100
Quelle	Wegweiser Kommune (Bundesagentur für Arbeit, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung)
Einheit	%
Abgerufen für	2007–2014

* Mit der Änderung des SGB II haben sich die Berechnungsmodalitäten geändert (siehe Kapitel 2.3).

Erwerbstätige ALG II-Bezieher (Aufstocker) (Prozent)
2014

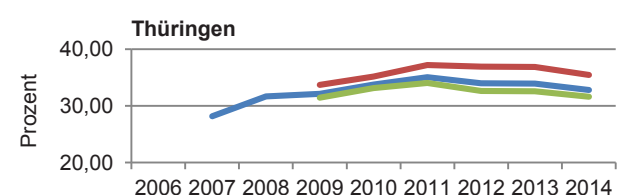
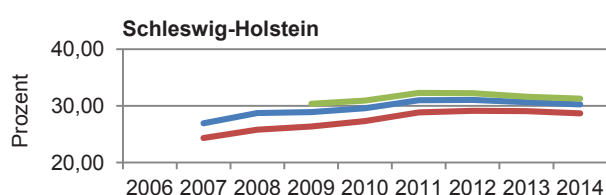
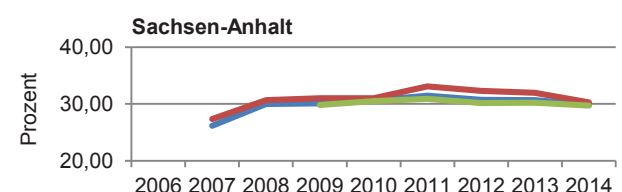
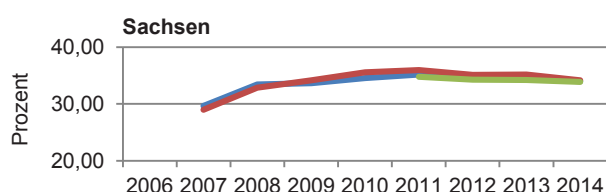
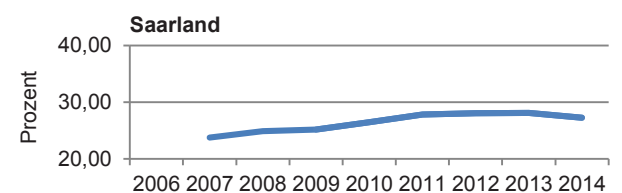
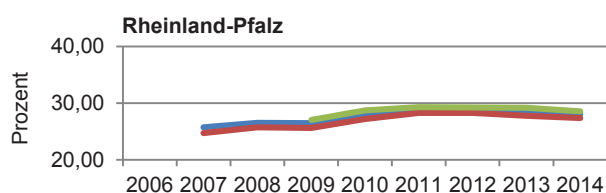
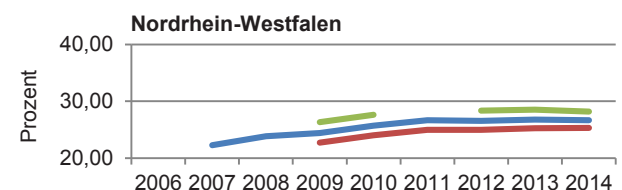
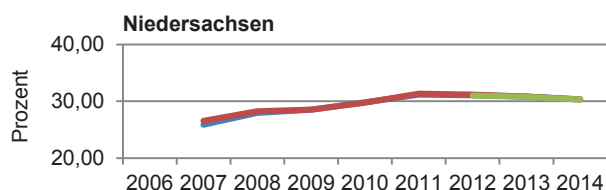
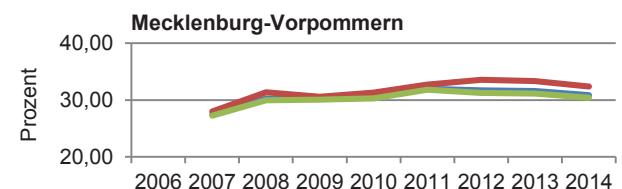
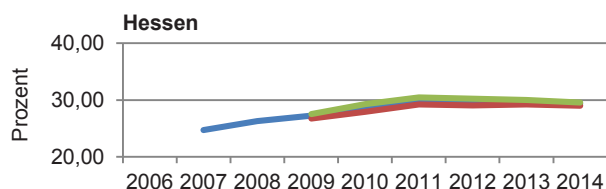
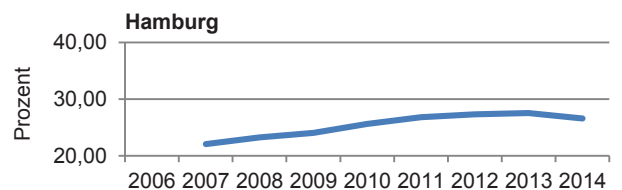
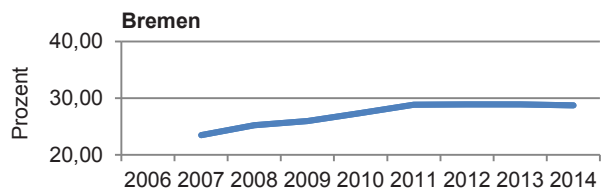
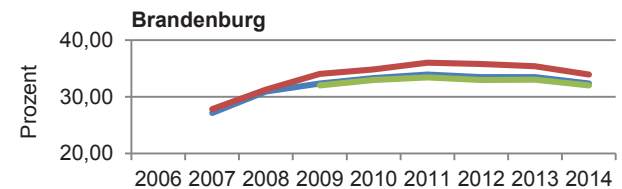
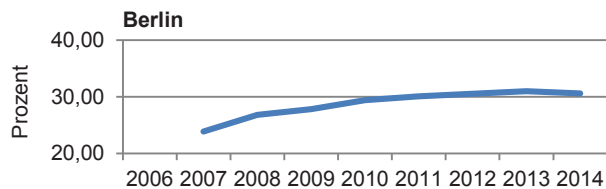
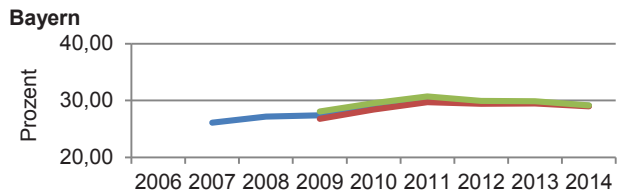
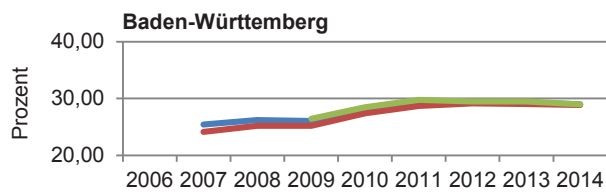


Im Jahr 2014 ist der Anteil der erwerbstätigen ALG II-Bezieher an allen erwerbsfähigen Leistungsbeziehern in den ostdeutschen Bundesländern Sachsen, Thüringen, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern relativ hoch und in den westdeutschen Bundesländern Hamburg, Nordrhein-Westfalen sowie im Saarland relativ gering. Insgesamt betrachtet wird das ALG II von ca. einem Viertel bis ca. einem Drittel der Bezieher aufgebessert.

Erwerbstätige ALG II-Bezieher (Aufstocker) (Prozent)
Veränderung von 2007 bis 2014



Am stärksten gestiegen ist der Anteil der Aufstocker in den Jahren von 2007 bis 2014 in Berlin, Bremen, Brandenburg und Hessen. Am geringsten war der Anstieg der Aufstockerquote in Rheinland-Pfalz, Bayern und Schleswig-Holstein.



Legende: Rote Linie (Kreisfreie Städte) – Grüne Linie (Kreise) – Blaue Linie (Land)

Bei der zeitlichen Entwicklung der Aufstockerquote in den Jahren von 2007 bis 2014 können – in allen Ländern – im Wesentlichen zwei Phasen unterschieden werden: In den Jahren 2007 bis 2011 ist – sofern die Daten vorliegen – ein mehr oder weniger starker Anstieg der Quote festzustellen; anschließend geht der Anstieg zurück oder stagniert die Entwicklung.

Zwischen den Durchschnittswerten der Kreise und der kreisfreien Städte können keine besonderen Unterschiede festgestellt werden: Zum Teil liegen die Durchschnittswerte der Kreise leicht über denjenigen der kreisfreien Städte (z. B. in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein), zum Teil ist es umgekehrt (z. B. in Brandenburg und Thüringen).

Erwerbstätige ALG II-Bezieher ('Aufstocker') (Prozent)							
	2014						Veränderung 2007-2014
	N	Mean	Median	Min	Max	SD	
Baden-Württemberg	44,00	28,97	28,82	25,46	32,91	1,90	3,56
Kreisfreie Städte insg.	9,00	28,89	29,26	25,81	30,56	1,71	4,77
Kreise insg.	35,00	29,00	28,81	25,46	32,91	1,94	k.A.
Bayern	96,00	29,08	29,64	24,30	34,43	2,27	2,98
Kreisfreie Städte insg.	25,00	29,00	30,08	25,92	33,51	1,96	k.A.
Kreise insg.	71,00	29,16	29,24	24,30	34,43	2,31	k.A.
Brandenburg	18,00	32,37	31,90	28,92	37,00	2,09	5,20
Kreisfreie Städte insg.	4,00	33,91	33,75	29,93	37,00	2,52	6,04
Kreise insg.	14,00	32,00	31,71	28,92	36,05	1,78	k.A.
Hessen	26,00	29,33	29,96	26,62	32,82	1,68	4,66
Kreisfreie Städte insg.	5,00	29,00	28,56	27,78	32,22	1,63	k.A.
Kreise insg.	21,00	29,53	30,13	26,62	32,82	1,67	k.A.
Mecklenburg-Vorpommern	8,00	30,82	29,93	28,29	33,82	2,11	3,43
Kreisfreie Städte insg.	2,00	32,38	31,60	29,38	33,82	2,22	4,40
Kreise insg.	6,00	30,40	29,93	28,29	33,69	2,04	3,16
Niedersachsen	46,00	30,32	30,59	25,39	36,22	2,28	4,43
Kreisfreie Städte insg.	8,00	30,31	31,22	25,39	33,18	2,70	3,75
Kreise insg.	38,00	30,32	30,59	26,79	36,22	2,16	k.A.
Nordrhein-Westfalen	53,00	26,63	27,23	21,93	35,20	2,71	4,35
Kreisfreie Städte insg.	22,00	25,29	25,09	21,93	31,52	2,23	k.A.
Kreise insg.	31,00	28,19	28,34	25,18	35,20	2,16	k.A.
Rheinland-Pfalz	36,00	28,07	28,33	22,13	33,20	1,97	2,33
Kreisfreie Städte insg.	12,00	27,35	27,57	22,13	33,20	2,58	2,62
Kreise insg.	24,00	28,57	28,98	25,29	30,95	1,55	k.A.
Saarland	6,00	27,23	27,28	26,30	30,44	1,32	3,47
Kreisfreie Städte insg.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Kreise insg.	6,00	27,23	27,28	26,30	30,44	1,32	k.A.
Sachsen	13,00	33,99	34,03	31,71	37,27	1,33	4,36
Kreisfreie Städte insg.	3,00	34,17	34,71	32,88	35,75	1,19	5,19
Kreise insg.	10,00	33,89	34,01	31,71	37,27	1,35	3,82
Sachsen-Anhalt	14,00	29,89	29,94	28,16	33,32	1,43	3,70
Kreisfreie Städte insg.	3,00	30,31	29,96	29,91	32,64	1,27	2,93
Kreise insg.	11,00	29,73	29,68	28,16	33,32	1,43	k.A.
Schleswig-Holstein insg.	15,00	30,28	30,63	26,30	35,07	2,34	3,36
Kreisfreie Städte insg.	4,00	28,70	28,40	27,45	30,02	0,98	4,37
Kreise insg.	11,00	31,25	31,80	26,30	35,07	2,25	k.A.
Thüringen	23,00	32,81	32,11	27,59	42,14	3,18	4,61
Kreisfreie Städte insg.	6,00	35,45	35,63	31,52	42,14	3,16	k.A.
Kreise insg.	17,00	31,59	31,06	27,59	35,98	2,26	k.A.

Gute Beispiele

Bundesministerium für Arbeit und Soziales et al. – Beratung von SGB II- Leistungsberechtigten

Kurzbeschreibung: Durch Beratungsfachkräfte sollen Minijobs von geringfügig Beschäftigten im SGB II-Leistungsbezug in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umgewandelt werden.

- http://www.sgb2.info/SharedDocs/Downloads/DE/Service/Studien-Publikationen/2014-02-03-pu-langzeitleistungsbeziehende.pdf?__blob=publicationFile&v=1 (S. 52)

Es gibt außerdem zahlreiche Projekte für „Aufstocker“ oder geringfügig Beschäftigte, die durch örtliche Jobcenter organisiert werden. Diese sollen hier jedoch nicht aufgeführt werden.

3.4 Arbeitsplatzzentralität (Prozent)

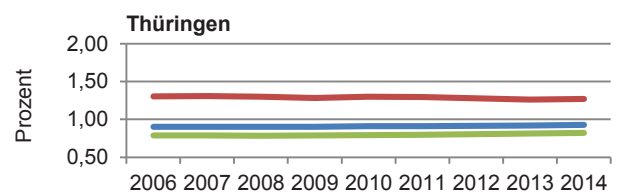
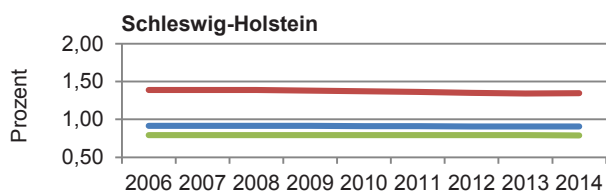
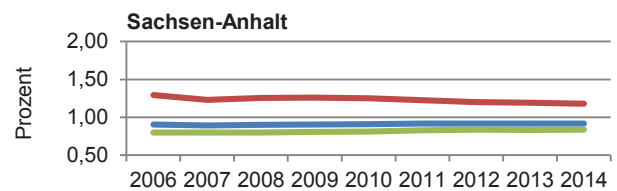
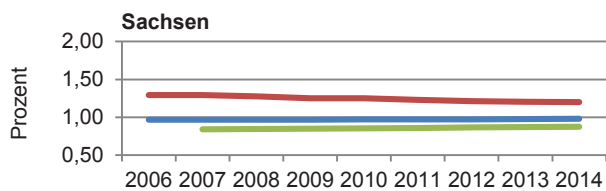
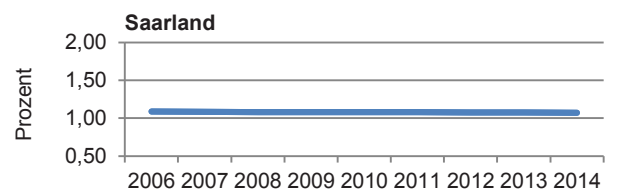
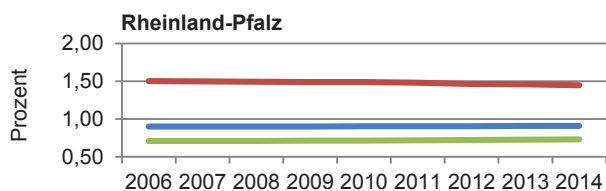
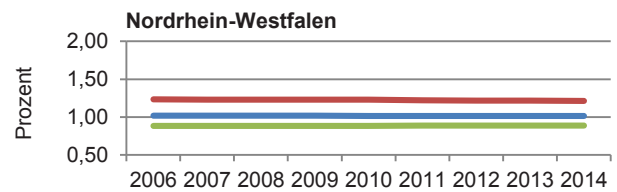
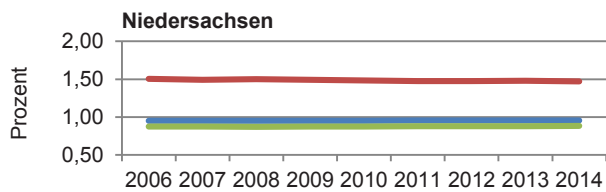
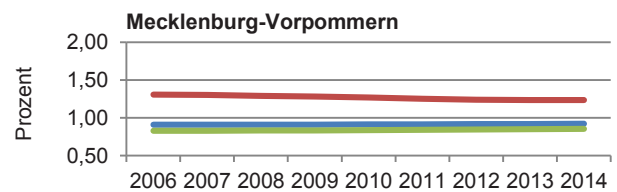
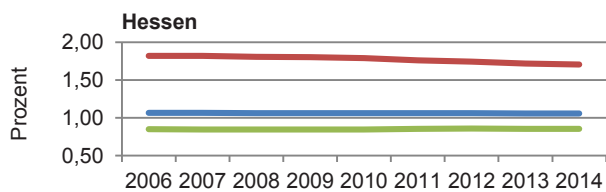
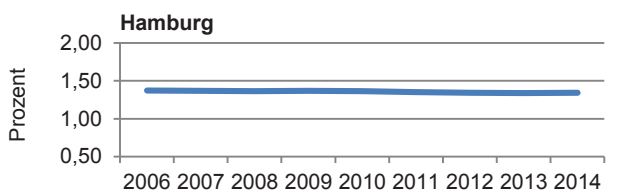
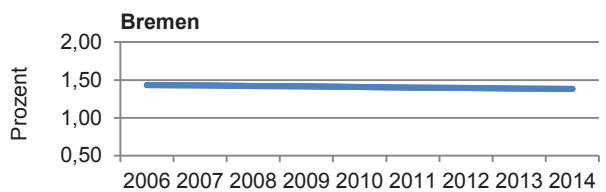
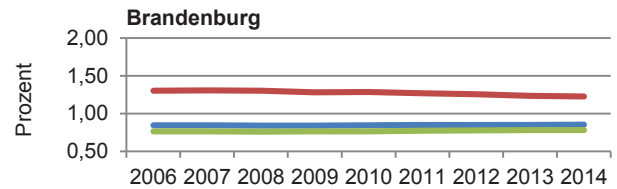
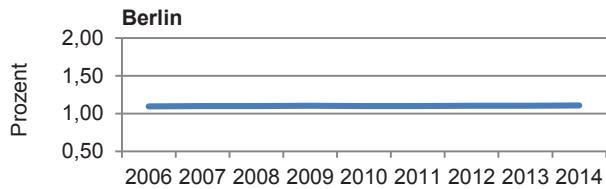
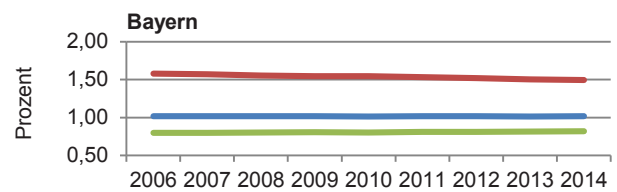
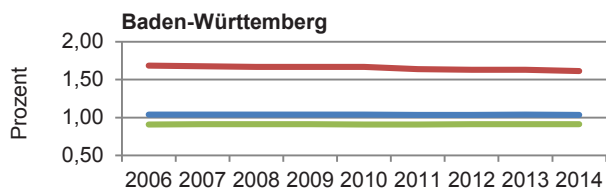
Indikator: Arbeitsplatzzentralität	
Dimension	Ökonomie
Thema	Arbeit und Beschäftigung
Ziel	Integration in den Arbeitsmarkt fördern und Arbeitslosigkeit verringern
Kernindikator	Arbeitsplatzzentralität – Anteil der SvB am Arbeitsort an SvB am Wohnort
Nachhaltigkeitsrelevanz	Die Übereinstimmung von Wohn- und Arbeitsort führt zu kurzen Arbeitswegen und damit zur Verringerung des Verkehrsaufkommens (Prinzip der Ganzheitlichkeit und der globalen Verantwortung). Sie ermöglicht gute Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie (Prinzip der intragenerationalen Gerechtigkeit) und kann zur stärkeren Identifikation mit dem Wohnort beitragen. Diese Vorteile können sich positiv auf Beteiligung (Prinzip des gemeinsamen Vorgehens), Integration und die allgemeine Lebensqualität auswirken. Generell ist es nachhaltiger, wenn die Bedeutung einer Kommune als Arbeitsort nicht höher ist denn als Wohnort – d. h., wenn der Wert in diesem Indikator klein ist.
Herkunft	Dieser Indikator wird in einzelnen kommunalen Nachhaltigkeitsberichten (z. B. Bonn 2012) verwendet.
Validität	Der Indikator bildet das Ziel, wohnortnahe Arbeitsplätze zu schaffen und weniger Pendelverkehr zu verursachen, mit leichten Einschränkungen ab: Die für das Ziel bedeutsamen, tatsächlich zurückgelegten Wege (Anzahl der Wege und Wegelänge) werden mit dem Indikator nicht bzw. nur indirekt erfasst. Der Wert hängt sehr stark von der Größe und der Lage der Kommune ab (siehe Rahmenbedingungen); für Kreise ist der Indikator bedingt aussagekräftig.
Datenqualität	Die Daten können ohne Einschränkungen durch die Datenqualität genutzt werden. (Bei einem Wert > 1 hat die Kommune eine primäre Bedeutung als Arbeitsstandort, bei einem Wert < 1 als Wohnstandort.)
Datenverfügbarkeit	Die Daten werden regelmäßig erhoben und sind langfristig in einer Zeitreihe auf kommunaler Ebene (Städte, Gemeinden und Kreise) verfügbar.
Funktion	Outcome-Indikator.
Wechselwirkungen	Der Indikator steht in Wechselwirkung mit dem Arbeitsplatzangebot vor Ort (Anzahl ansässiger Unternehmen, Beschäftigte). Weitere Erkenntnisse lassen sich gewinnen, wenn der Indikator mit der Wirtschaftsstruktur, dem Verkehrsaufkommen, der verkehrsbedingten Luftqualität und Lärmbelastung, dem Wohnraumangebot (Miet- und Grundstückspreise) und dem Flächenverbrauch in Beziehung gesetzt wird.
Rahmenbedingungen	Die Ausprägung des Indikators ist stark abhängig von der Größe und der Lage der Kommune: Größere Kommunen mit einer vielfältigeren Wirtschaftsstruktur haben höhere Einpendlerquoten als kleinere. Auch die relative Lage innerhalb einer Region und die Struktur der Region bestimmen die Pendlerverflechtungen (Klein- und Mittelzentren in ländlichen Regionen vs. suburban geprägte Umlandgemeinde einer Metropolregion).
Berechnung	Anteil der SvB am Arbeitsort an SvB am Wohnort
Quelle	Wegweiser Kommune (Bundesagentur für Arbeit, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung)
Einheit	Zahlenwert
Abgerufen für	2006–2014



Relativ hoch ist die Arbeitsplatzzentralität in Bremen, Hamburg und Berlin sowie dem Saarland. D. h., die Bedeutung der Stadtstaaten und des Saarlandes als Arbeitsort ist größer als ihre Bedeutung als Wohnort. Vergleichsweise niedrig ist die Arbeitsplatzzentralität demgegenüber in den Bundesländern Brandenburg, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz. D. h., die Bedeutung dieser Länder als Wohnort ist größer als ihre Bedeutung als Arbeitsort, und viele Beschäftigte aus diesen Ländern pendeln in andere Länder (u. a. in die Stadtstaaten). In den ostdeutschen Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen ist die Arbeitsplatzzentralität ebenfalls relativ niedrig; in den westdeutschen Bundesländern Hessen, Baden-Württemberg und Bayern sind die Werte vergleichsweise hoch.



Im Zeitraum von 2006 bis 2014 hat sich die Arbeitsplatzzentralität in Bremen und Hamburg, aber auch im Saarland etwas verringert; geringfügig gestiegen ist sie u. a. in Thüringen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern sowie in Berlin. Insgesamt ist jedoch festzustellen, dass die Veränderungen der Arbeitsplatzzentralität relativ gering ausgeprägt sind.



Legende: Rote Linie (Kreisfreie Städte) – Grüne Linie (Kreise) – Blaue Linie (Land)

Die Betrachtung der Zeitreihen zur Arbeitsplatzzentralität macht deutlich, dass die Werte insgesamt relativ stabil sind. Zu beobachten ist jedoch, dass die Werte in einigen Bundesländern, wie z. B. in den Stadtstaaten, konstant über 1 und in anderen Bundesländern, wie z. B. in den ostdeutschen Flächenländern, konstant unter 1 liegen.

Die Zeitreihen zeigen des Weiteren, dass die Arbeitsplatzzentralität der kreisfreien Städte in allen Bundesländern und über den gesamten Betrachtungszeitraum – mehr oder weniger deutlich – über den entsprechenden Werten der Kreise liegt. In den westdeutschen Flächenländern (mit Ausnahme von Nordrhein-Westfalen) sind die Unterschiede dabei tendenziell größer als in den ostdeutschen Flächenländern. Die kreisfreien Städte haben also insgesamt eine größere Bedeutung als Arbeitsort als die Kreise – und dies gilt vor allem für die westdeutschen Flächenländer. Zu bedenken ist allerdings, dass die Arbeitsplatzzentralität für die Kreise insgesamt nur bedingt zu interpretieren ist; notwendig und sinnvoll erscheint vielmehr eine differenzierte Betrachtung der Arbeitsplatzzentralität einzelner kreisangehöriger Städte und Gemeinden.

Bei der Analyse der Arbeitszentralität ist auch die Entwicklung der Bevölkerung zu berücksichtigen. Eine hohe Arbeitszentralität ist i. d. R. mit einer positiven Entwicklung der Bevölkerung bzw. einem Anstieg der Einwohnerzahl korreliert (vgl. Liskowski 2015, 70-71). Da die kreisfreien Städte – vor allem in den westdeutschen Flächenländern – tendenziell höhere Werte bei der Arbeitszentralität zu verzeichnen haben, ist hier auch von einer insgesamt höheren Bevölkerungsentwicklung als in den Kreisen auszugehen. Dies gilt allerdings nur in der vereinfachten Gesamtbetrachtung; für eine detaillierte Analyse in den einzelnen Kommunen sind weitere Faktoren, wie bspw. die Größe der Kommune und die Wirtschaftsstruktur, die Lage der Kommune in der Region und die Struktur der Region selbst sowie Pendlerverflechtungen zu berücksichtigen.

Arbeitsplatzzentralität (Prozent)							
	2014						Veränderung 2006-2014
	N	Mean	Median	Min	Max	SD	
Baden-Württemberg	44,00	1,04	0,97	0,65	1,90	0,30	0,00
Kreisfreie Städte insg.	9,00	1,62	1,58	1,25	1,90	0,19	-0,07
Kreise insg.	35,00	0,91	0,95	0,65	1,13	0,11	0,00
Bayern	96,00	1,02	0,86	0,50	2,89	0,45	0,00
Kreisfreie Städte insg.	25,00	1,49	1,63	0,85	2,89	0,42	-0,09
Kreise insg.	71,00	0,82	0,80	0,50	1,61	0,18	0,02
Brandenburg	18,00	0,85	0,87	0,66	1,33	0,20	0,01
Kreisfreie Städte insg.	4,00	1,23	1,24	1,09	1,33	0,09	-0,08
Kreise insg.	14,00	0,78	0,82	0,66	0,94	0,10	0,02
Hessen	26,00	1,06	0,92	0,61	1,99	0,33	-0,01
Kreisfreie Städte insg.	5,00	1,71	1,61	1,03	1,99	0,34	-0,11
Kreise insg.	21,00	0,86	0,81	0,61	1,07	0,14	0,01
Mecklenburg-Vorpommern	8,00	0,92	0,92	0,74	1,43	0,22	0,01
Kreisfreie Städte insg.	2,00	1,24	1,29	1,15	1,43	0,14	-0,07
Kreise insg.	6,00	0,85	0,84	0,74	0,96	0,09	0,02
Niedersachsen	46,00	0,96	0,87	0,54	2,37	0,33	0,01
Kreisfreie Städte insg.	8,00	1,47	1,33	0,74	2,37	0,45	-0,03
Kreise insg.	38,00	0,88	0,86	0,54	1,15	0,15	0,01
Nordrhein-Westfalen	53,00	1,01	0,96	0,69	1,74	0,20	0,00
Kreisfreie Städte insg.	22,00	1,21	1,06	0,83	1,74	0,22	-0,02
Kreise insg.	31,00	0,89	0,86	0,69	1,10	0,11	0,01
Rheinland-Pfalz	36,00	0,91	0,87	0,41	1,86	0,37	0,01
Kreisfreie Städte insg.	12,00	1,45	1,43	0,87	1,86	0,29	-0,05
Kreise insg.	24,00	0,73	0,74	0,41	0,93	0,15	0,02
Saarland	6,00	1,07	0,93	0,77	1,35	0,21	-0,01
Kreisfreie Städte insg.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Kreise insg.	6,00	1,07	0,93	0,77	1,35	0,21	-0,01
Sachsen	13,00	0,98	0,91	0,73	1,28	0,16	0,01
Kreisfreie Städte insg.	3,00	1,20	1,19	1,19	1,28	0,04	-0,09
Kreise insg.	10,00	0,87	0,90	0,73	0,97	0,07	k.A.
Sachsen-Anhalt	14,00	0,92	0,85	0,76	1,23	0,14	0,01
Kreisfreie Städte insg.	3,00	1,18	1,14	1,13	1,23	0,04	-0,11
Kreise insg.	11,00	0,84	0,83	0,76	0,89	0,04	0,04
Schleswig-Holstein insg.	15,00	0,90	0,84	0,58	1,42	0,27	-0,01
Kreisfreie Städte insg.	4,00	1,34	1,37	1,25	1,42	0,07	-0,04
Kreise insg.	11,00	0,79	0,80	0,58	0,97	0,10	0,00
Thüringen	23,00	0,93	0,85	0,69	1,43	0,21	0,02
Kreisfreie Städte insg.	6,00	1,27	1,25	1,08	1,43	0,14	-0,04
Kreise insg.	17,00	0,82	0,84	0,69	0,92	0,07	0,03

Gute Beispiele

Stadt Mülheim a. d. R. – Pendlerportal

Kurzbeschreibung: Das Projekt Pendlerportal der Stadt Mülheim a. d. R. und von über 200 anderen Städten und Kreisen in Deutschland fördert die Bildung von Fahrgemeinschaften – egal, ob für Berufspendler oder für den Freizeitverkehr.

- <https://www.muelheim-ruhr.de/cms/pendler-netz.html>

Stadt Brandenburg a. d. H. – Arbeitszentralität

Kurzbeschreibung: Mit 106 Arbeitsplätzen je 100 Beschäftigten am Wohnort verfügt die Stadt Brandenburg a. d. H. über die niedrigste Arbeitsplatzzentralität der kreisfreien Städte im Land Brandenburg.

- http://www.lbv.brandenburg.de/dateien/stadt_wohnen/Kreisprofil_2015_51_BRB.pdf

3.5 Auszubildende (Prozent)

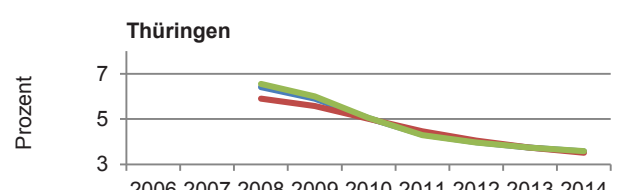
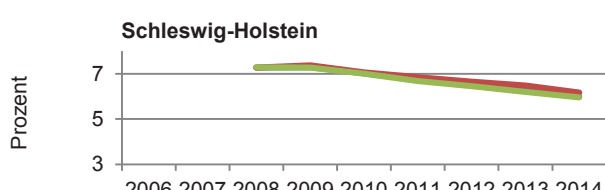
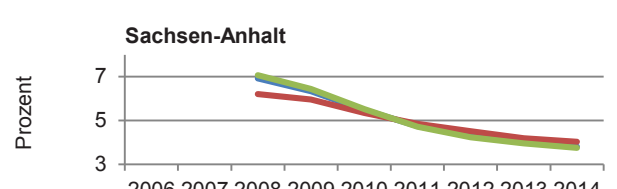
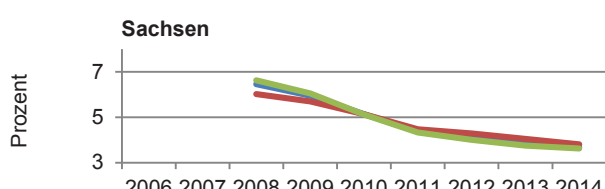
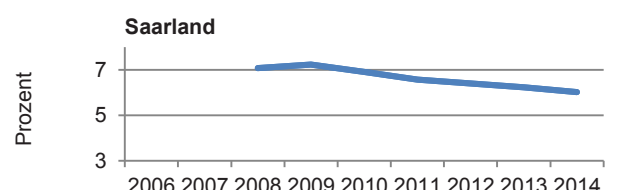
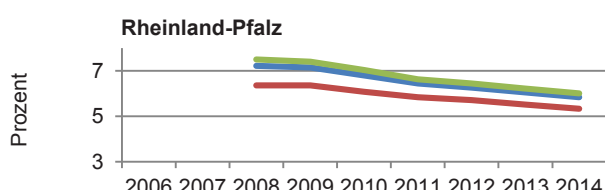
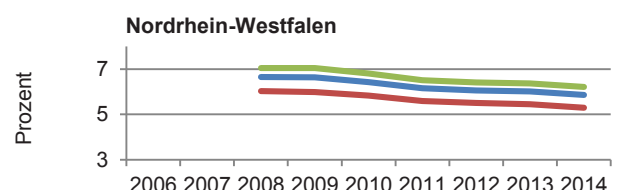
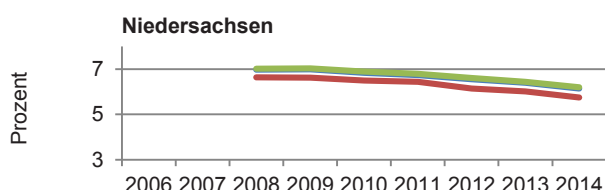
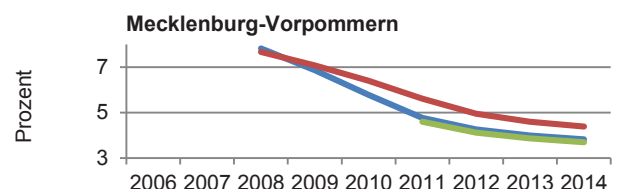
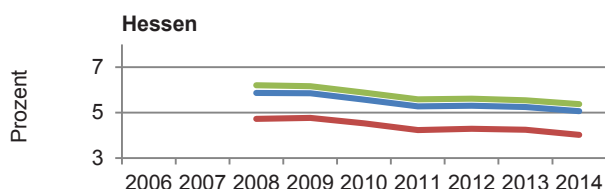
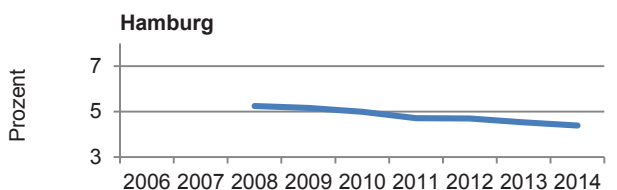
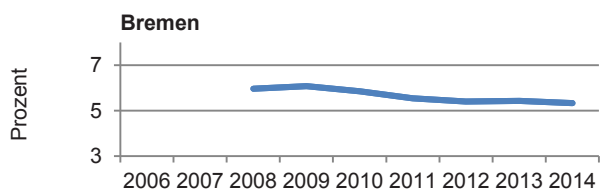
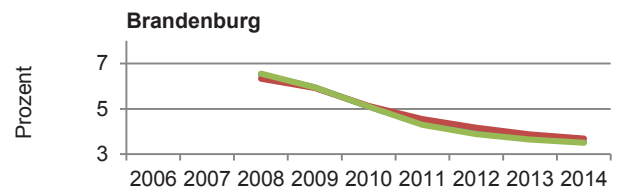
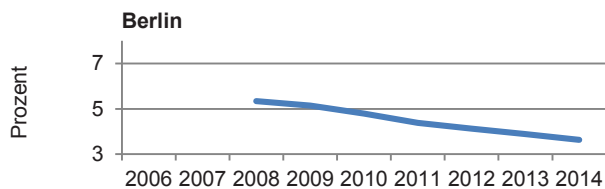
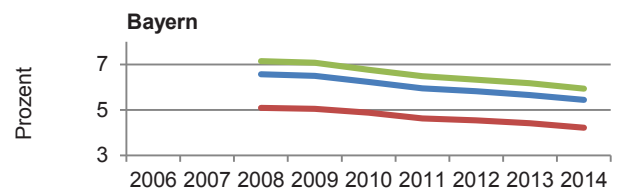
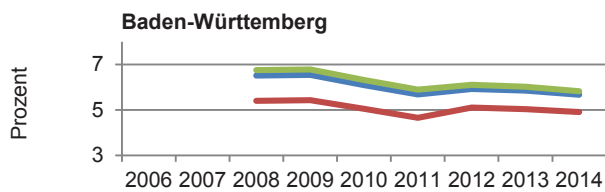
Indikator: Auszubildende	
Dimension	Ökonomie
Thema	Arbeit und Beschäftigung
Ziel	Aus- und Weiterbildung fördern und Fachkräfteangebot sichern
Kernindikator	Auszubildende – Anteil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Auszubildenden an den SvB am Arbeitsort
Nachhaltigkeitsrelevanz	Der Indikator gilt für die Lehre im Rahmen einer dualen Ausbildung oder einer vollzeitschulischen Ausbildung an einer Berufsschule. Eine hohe Zahl an Auszubildenden am Arbeitsort ist Ausdruck einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung in der Region (über den Wohnort hinaus), was der Abwanderung Jugendlicher entgegenwirkt, zur Sicherung der Fachkräfte beiträgt und insgesamt eine zukunftsfähige soziale und demographische Entwicklung der Kommune unterstützt. Durch diese langfristigen ökonomischen und sozialen Wirkungen kommen die Nachhaltigkeitsprinzipien der Ganzheitlichkeit und der Generationengerechtigkeit zum Ausdruck.
Herkunft	Dieser Indikator wird in mehreren kommunalen Nachhaltigkeitsberichten (z. B. Bonn 2012) sowie anderen Indikatorensammlungen verwendet (z. B. Agenda-Transfer, 2003; Deutsche Umwelthilfe, 2004; Ministerium für Umwelt, Klima und Energie Baden-Württemberg 2015).
Validität	Der Indikator bezieht sich auf den Anteil der Auszubildenden am Arbeitsort; der Wohnsitz kann durchaus vom Arbeitsort abweichen. Aufgrund des geringen Einkommens bleiben viele Auszubildende bei den Eltern wohnhaft. Das Ziel, Aus- und Weiterbildung zu fördern und vor allem das Ziel, das Fachkräfteangebot in einer Kommune zu sichern, kann mit diesem Indikator vollständig abgebildet werden.
Datenqualität	Die Daten können ohne Einschränkungen durch die Datenqualität genutzt werden.
Datenverfügbarkeit	Die Daten werden regelmäßig erhoben und sind langfristig in einer Zeitreihe auf kommunaler Ebene verfügbar.
Funktion	Outcome-Indikator.
Wechselwirkungen	Der Indikator steht in enger Wechselwirkung mit der Anzahl der Ausbildungsbetriebe, aber auch mit der demographischen Entwicklung. Weitergehende Kenntnisse lassen sich gewinnen, wenn der Indikator mit den Ausbildungsplätzen und der Ausbildungsbetriebsquote abgeglichen wird, sowie mit Angaben zu Anzahl und Art der Schulabschlüsse vor Ort.
Rahmenbedingungen	Die Größe der Kommune bzw. die Anzahl der SvB sowie der Ausbildungsbetriebe vor Ort, die verkehrliche Anbindung und die Bildungsinfrastruktur (Anzahl und Art der Schulen vor Ort) sind maßgebende Rahmenbedingungen. Hinzu kommen Einstellungen und Vorbehalte seitens der Jugendlichen gegenüber Ausbildungsbetrieben und Branchen, aber auch Einstellungsverzichte von Arbeitgebern mangels aus ihrer Sicht geeigneter Bewerber.
Berechnung	Anzahl SvB Auszubildender am Arbeitsort / Anzahl SvB am Arbeitsort insgesamt * 100
Quelle	Wegweiser Kommune (Statistische Ämter der Länder, Bundesagentur für Arbeit, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung)
Einheit	%
Abgerufen für	2006–2014



Bei den landesspezifischen Ausbildungsquoten für das Jahr 2014 ist sowohl ein West-Ost-, als auch ein Nord-Süd-Gefälle zu beobachten. In den ostdeutschen Bundesländern fallen die Ausbildungsquoten tendenziell geringer aus als in den westdeutschen Bundesländern. Die höchsten Ausbildungsquoten sind in Niedersachsen, im Saarland, in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen zu verzeichnen.



Im Betrachtungszeitraum von 2006 bis 2014 sind die Ausbildungsquoten in allen Bundesländern zurückgegangen, wobei die Verluste in den ostdeutschen Bundesländern generell größer waren als in den westdeutschen Ländern. Am wenigsten sind die Ausbildungsquoten in Bremen, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Niedersachsen gesunken.



Legende: Rote Linie (Kreisfreie Städte) – Grüne Linie (Kreise) – Blaue Linie (Land)

Der generelle Rückgang der Ausbildungsquoten hat sich in allen Bundesländern mehr oder weniger stetig vollzogen. In einer Reihe von Bundesländern haben die Ausbildungsquoten weitgehend kontinuierlich abgenommen (z. B. in Bayern, Berlin, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen). In anderen Ländern hat es im Zeitraum von 2008 bis 2011 einen etwas stärkeren Rückgang gegeben als in den Folgejahren (z. B. in Baden-Württemberg, Brandenburg, Bremen und Hessen). Der markante Rückgang der Ausbildungsquote bis 2011 könnte u. a. auf die Wirtschafts- und Finanzkrise zurückzuführen sein. Bei der Interpretation des Rückgangs der Ausbildungsquote ist jedoch zu berücksichtigen, dass eine Verringerung der Ausbildungsquote auf eine Verringerung der Anzahl an sozialversicherungspflichtig beschäftigten Auszubildenden oder / und eine Erhöhung der Anzahl an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zurückgeführt werden kann.

Bei genauerer Betrachtung zeigt sich, dass etwa ab dem Jahr 2009 – insgesamt gesehen – sowohl die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten steigt, als auch die Anzahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Auszubildenden sinkt, wodurch die Ausbildungsquote verringert wird (Baethge 2016, 54). „Deutliche Einbußen in der Ausbildungsquote sind im betrachteten Zeitraum [hier: 2003 bis 2013] in den ostdeutschen Flächenländern zu verzeichnen, bei denen die Beschäftigten um 5,2 Prozent anstiegen und die Auszubildenden um 38,8 Prozent absanken. Ein anderes Bild zeigt sich für die westdeutschen Flächenländer, die zwar ebenfalls größere Zuwächse bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aufweisen, zugleich jedoch immer noch einen Anstieg der Auszubildenden haben“ (Baethge 2016, 55).

Ein Blick auf die Zeitreihen der Kreise und der kreisfreien Städte zeigt, dass die Ausbildungsquoten der Kreise in den westdeutschen Flächenländern generell auf einem höheren Niveau liegen als die Ausbildungsquoten der kreisfreien Städte, wobei der Unterschied in Bayern vergleichsweise groß und in Niedersachsen vergleichsweise gering ausfällt. In den ostdeutschen Bundesländern bewegen sich die Ausbildungsquoten der Kreise und der kreisfreien Städte im Wesentlichen auf dem gleichen Niveau.

Bei einer detaillierten Analyse der Ausbildungsquoten sollten auch andere Indikatoren (z. B. das Ausbildungsplatzangebot oder die Ausbildungsbetriebsquote) mit berücksichtigt werden. Im Hinblick auf die Ausbildungsbetriebsquote gilt: „Der insgesamt rückläufige Bestand an Ausbildungsbetrieben geht in erster Linie auf ein rückläufige Ausbildungsbeteiligung unter den Kleinst- und Kleinbetrieben mit bis zu fünf bzw. mit sechs bis 49 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zurück. Dieser Befund gilt für alle Bundesländer“ (Baethge 2016, 52).

Auszubildende (Prozent)							
	2014						Veränderung 2008-2014
	N	Mean	Median	Min	Max	SD	
Baden-Württemberg	44,00	5,66	5,88	4,13	7,81	0,74	-0,86
Kreisfreie Städte insg.	9,00	4,91	5,21	4,13	5,83	0,55	-0,49
Kreise insg.	35,00	5,82	6,02	5,00	7,81	0,64	-0,93
Bayern	96,00	5,44	5,95	3,21	7,14	0,80	-1,13
Kreisfreie Städte insg.	25,00	4,21	4,99	3,21	6,04	0,60	-0,88
Kreise insg.	71,00	5,94	6,13	3,77	7,14	0,68	-1,21
Brandenburg	18,00	3,54	3,60	3,06	4,32	0,35	-2,98
Kreisfreie Städte insg.	4,00	3,68	3,94	3,15	4,32	0,45	-2,64
Kreise insg.	14,00	3,51	3,58	3,06	4,09	0,29	-3,04
Hessen	26,00	5,05	5,42	3,33	6,78	0,87	-0,82
Kreisfreie Städte insg.	5,00	4,01	4,61	3,33	5,40	0,75	-0,71
Kreise insg.	21,00	5,38	5,51	3,84	6,78	0,75	-0,83
Mecklenburg-Vorpommern	8,00	3,82	3,80	3,48	4,58	0,31	-4,01
Kreisfreie Städte insg.	2,00	4,38	4,26	3,94	4,58	0,32	-3,28
Kreise insg.	6,00	3,70	3,73	3,48	3,84	0,13	k.A.
Niedersachsen	46,00	6,14	6,40	4,71	7,85	0,71	-0,83
Kreisfreie Städte insg.	8,00	5,75	6,32	4,71	7,29	0,79	-0,89
Kreise insg.	38,00	6,19	6,40	5,17	7,85	0,67	-0,82
Nordrhein-Westfalen	53,00	5,85	6,00	3,98	7,90	0,70	-0,80
Kreisfreie Städte insg.	22,00	5,29	5,63	3,98	6,51	0,62	-0,74
Kreise insg.	31,00	6,21	6,37	5,15	7,90	0,60	-0,84
Rheinland-Pfalz	36,00	5,84	5,83	3,93	8,29	0,75	-1,38
Kreisfreie Städte insg.	12,00	5,34	5,52	3,93	6,52	0,65	-1,02
Kreise insg.	24,00	6,01	6,11	4,66	8,29	0,71	-1,49
Saarland	6,00	6,02	6,01	5,44	6,83	0,43	-1,06
Kreisfreie Städte insg.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Kreise insg.	6,00	6,02	6,01	5,44	6,83	0,43	-1,06
Sachsen	13,00	3,68	3,61	3,33	4,01	0,19	-2,77
Kreisfreie Städte insg.	3,00	3,81	3,84	3,54	3,89	0,16	-2,20
Kreise insg.	10,00	3,62	3,59	3,33	4,01	0,19	-3,00
Sachsen-Anhalt	14,00	3,82	3,83	3,41	4,18	0,19	-3,10
Kreisfreie Städte insg.	3,00	4,03	4,01	3,90	4,18	0,11	-2,18
Kreise insg.	11,00	3,75	3,77	3,41	3,99	0,17	-3,31
Schleswig-Holstein insg.	15,00	6,00	5,99	4,81	7,66	0,71	-1,27
Kreisfreie Städte insg.	4,00	6,17	6,39	5,83	6,59	0,31	-1,10
Kreise insg.	11,00	5,96	5,81	4,81	7,66	0,80	-1,32
Thüringen	23,00	3,58	3,55	2,95	3,96	0,22	-2,83
Kreisfreie Städte insg.	6,00	3,52	3,49	2,95	3,75	0,27	-2,39
Kreise insg.	17,00	3,59	3,55	3,14	3,96	0,20	-2,96

Gute Beispiele

Berlin, München, Köln (u. a.) – Start in den Beruf mit der Initiative JOBLINGE

Kurzbeschreibung: In der Initiative JOBLINGE engagieren sich Wirtschaft, Staat und Zivilgesellschaft gemeinsam, um benachteiligte junge Menschen zwischen 15 und 24 Jahren auf ihrem Weg in den Arbeitsmarkt zu unterstützen.

- <https://www.wegweiser-kommune.de/projekte/kommunal/berlin/berlin-start-in-den-beruf-mit-der-initiative-joblinge>

Landeshauptstadt Stuttgart – Regionales Übergangsmanagement Schule – Beruf

Kurzbeschreibung: Ziel des Programms ist die Koordination und Abstimmung der Angebote für chancenarme Jugendliche im Übergang von der Schule ins Berufsleben. Wichtige Bausteine dazu sind der Aufbau eines Monitorings sowie die Abstimmung einer gemeinsamen Maßnahmenplanung.

- <https://www.wegweiser-kommune.de/projekte/kommunal/baden-wuerttemberg/stuttgart-regionales-uebergangsmanagement-schule-beruf>

Stadt Hoyerswerda – Fit für's Leben

Kurzbeschreibung: „Fit fürs Leben“ heißt für Hoyerswerda: Ein junger Mensch soll erfahren, dass der Lernstoff lebenswichtig ist, er seine Eigenverantwortung erproben darf, sich praxisorientiert mit der (Arbeits-)Welt auseinandersetzen darf, schwierige Probleme zu bewältigen lernt, den sozialen Zusammenhalt schätzen und schützen lernt.

- <https://www.wegweiser-kommune.de/projekte/kommunal/sachsen/hoyerswerda-fit-fur-s-leben>

Hamburg – Hamburger Hauptschulmodell

Kurzbeschreibung: Hamburger Unternehmen engagieren sich seit 1999 gemeinsam mit der Agentur für Arbeit sowie den Schulen für die Berufsorientierung und Ausbildungsplatzvermittlung von Hauptschülern. Das erfolgreiche Modell wurde in weitere Regionen übernommen.

- <https://www.wegweiser-kommune.de/projekte/kommunal/hamburg/hamburg-hamburger-hauptschulmodell>

Kreis Gütersloh – "Erfolgreich in Ausbildung"

Kurzbeschreibung: Mit dem Projekt wird auf die ungenügende Ausbildungsplatzsituation für Hauptschüler reagiert. „Übergangskoaches“ unterstützen die Schulabgänger, um einen passenden Ausbildungsplatz zu finden und werben in der lokalen Wirtschaft für neue Plätze.

- <https://www.wegweiser-kommune.de/projekte/kommunal/nordrhein-westfalen/gutersloh-erfolgreich-in-ausbildung->

3.6 Hochqualifizierte (Prozent)

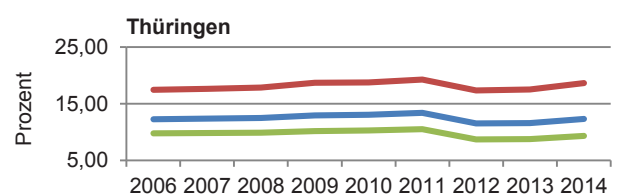
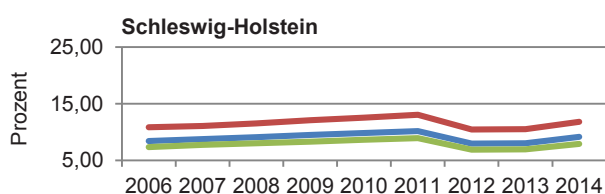
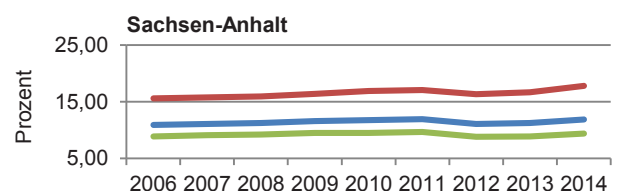
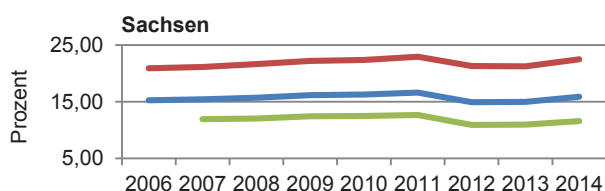
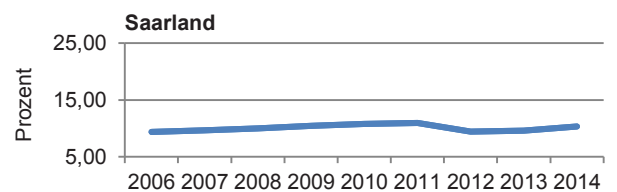
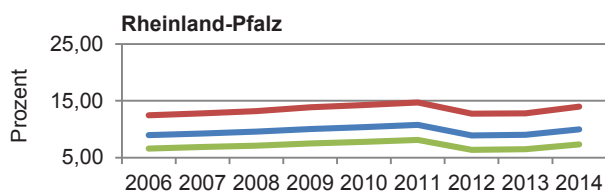
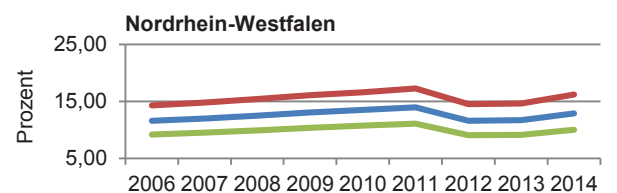
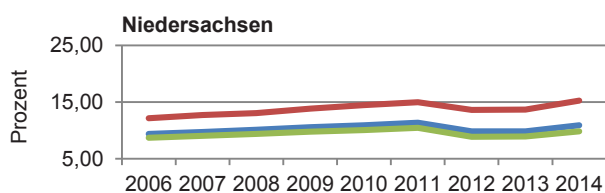
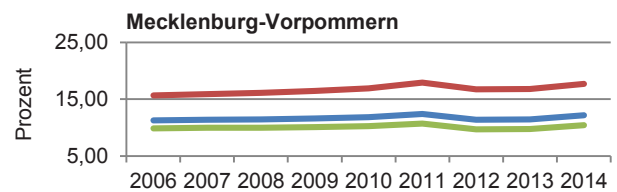
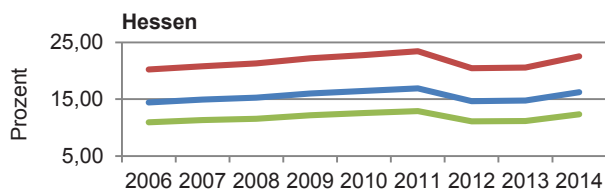
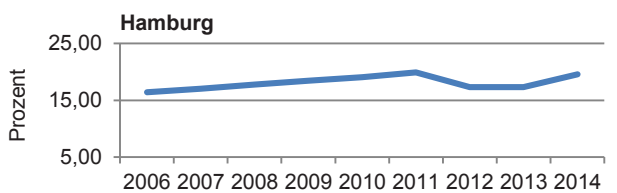
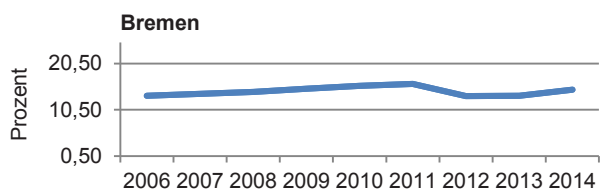
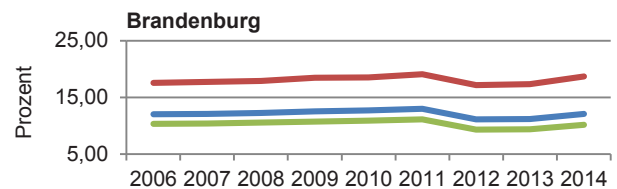
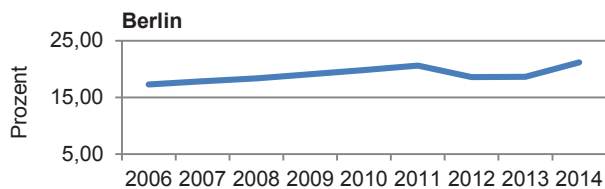
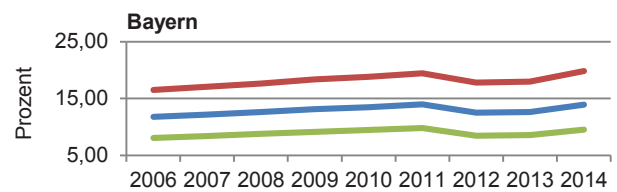
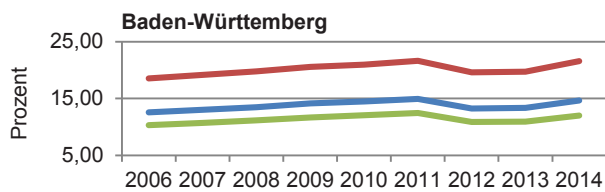
Indikator: Hochqualifizierte	
Dimension	Ökonomie
Thema	Wirtschaftsstruktur
Ziel	Innovationen fördern
Kernindikator	Hochqualifizierte – Anteil der SvB mit akademischem Berufsabschluss am Arbeitsort an allen SvB am Arbeitsort
Nachhaltigkeitsrelevanz	Vor dem Hintergrund des Fach- und Führungskräftemangels ist ein hoher Anteil an Hochqualifizierten der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, speziell der Innovationsfähigkeit, zuträglich. Entscheidend für Kommunen ist die Verfügbarkeit von hoch qualifizierten Fachkräften bzw. ihre Anziehungskraft auf Fachkräfte als Arbeits- und als Wohnort. Neben dem ökonomischen Wachstum, das höhere Einnahmen über die Gewerbesteuer mit sich bringt, sind weitere positive Wirkungen, wie z. B. auf die Sozialstruktur und das öffentliche Leben möglich, sofern die Hochqualifizierten nicht nur in der betreffenden Kommune arbeiten, sondern auch wohnen. Diese Wirkungen stützen das Nachhaltigkeitsprinzip der Generationengerechtigkeit.
Herkunft	Dieser Indikator wird in wenigen kommunalen Nachhaltigkeitsberichten sowie anderen Indikatorensammlungen verwendet (z. B. als Fachkräfteverfügbarkeit in Hessisches Statistisches Landesamt 2014; als Beschäftigte mit höherer abgeschlossener Berufsausbildung in BBSR 2011).
Validität	Hoch qualifiziertes Personal ist ein wichtiger Faktor für die wirtschaftliche Leistungs- und somit Zukunftsfähigkeit vieler Unternehmen, kann jedoch nicht pauschal für alle Branchen, Unternehmen und Standorte gelten. In kleinen Kommunen können erfolgreiche Wirtschaftsstrukturen mit einem geringen bzw. unterdurchschnittlichen Anteil an akademisch qualifiziertem Personal (Handwerk, Gewerbe, Tourismus etc.) bestehen. Ein hoher Anteil an hoch qualifiziertem Personal am Arbeitsort ermöglicht zunächst eine grobe Aussage über die Unternehmensstruktur, aber nicht darüber, ob der tatsächliche Bedarf an hochqualifiziertem Personal gedeckt ist und passgenau erfüllt werden kann.
Datenqualität	Die Daten können ohne Einschränkungen durch die Datenqualität genutzt werden.
Datenverfügbarkeit	Die Daten sind über den Wegweiser Kommune in einer Zeitreihe auf kommunaler Ebene (Städte/Gemeinden und Kreise) verfügbar.
Funktion	Outcome-Indikator.
Wechselwirkungen	Das Qualifikationsniveau am Arbeitsort steht in engem Zusammenhang mit der Innovationskraft der ansässigen Unternehmen (Anzahl der Patente) und weist Wechselwirkungen mit den Schulabgängern mit (Fach-)Hochschulreife auf. Weitergehende Erkenntnisse lassen sich gewinnen, wenn der Indikator mit der Ausprägung spezifischer weicher Standortfaktoren in Beziehung gesetzt wird; ein hoher Anteil hoch qualifizierter Beschäftigter bei unterdurchschnittlich ausgeprägten weichen Standortfaktoren ist problematisch.
Rahmenbedingungen	Der Anteil der Hochqualifizierten am Arbeitsort ist in größeren Städten, speziell an Hochschulstandorten, höher als in kleinen Kommunen.
Berechnung	SvB mit akademischen Berufsabschluss am Arbeitsort / SvB am Arbeitsort * 100 (Stichtag: 30.06) (Veränderung der Erhebung von Schul- und Berufsabschlüssen: Bis 2011 wurden die SvB mit (Fach-)Hochschulabschluss erfasst, seit 2012 die SVB mit akademischem Berufsabschluss. Im Jahr 2012 ändert sich der Stichtag einmalig auf den 31.12..
Quelle	Wegweiser Kommune (Bundesagentur für Arbeit, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung)
Einheit	%
Abgerufen für	2006–2014



Im Jahr 2014 liegt der Anteil der hochqualifizierten, sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (d. h. SvB mit akademischem Berufsabschluss) am Arbeitsort an allen SvB am Arbeitsort in den Ländern Berlin, Hamburg, Hessen und Sachsen am höchsten. Über die niedrigsten Anteile an Hochqualifizierten verfügen die Länder Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und das Saarland.



Im Zeitraum von 2006 bis 2014 sind die stärksten Zuwächse der Anteile an Hochqualifizierten am Arbeitsort in Berlin, Hamburg, Bayern und Baden-Württemberg zu verzeichnen. Berlin und Hamburg bauen damit ihre Spitzenposition aus, während Bayern und Baden-Württemberg am deutlichsten aufholen.



Legende: Rote Linie (Kreisfreie Städte) – Grüne Linie (Kreise) – Blaue Linie (Land)

Im Betrachtungszeitraum ist in allen Bundesländern eine ähnliche Entwicklung der Anteile an Hochqualifizierten zu beobachten: Von 2006 bis 2011 steigen die Werte kontinuierlich an, von 2011 bis 2012 gehen sie merklich zurück, bevor sie sich 2013 stabilisieren und 2014 wieder ansteigen. Der generelle Rückgang der Anteile an Hochqualifizierten ist auf eine Änderung der Erhebung zurück zu führen: Bis 2011 wurden die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit (Fach-)Hochschulabschluss erfasst; seit 2012 die SvB mit akademischem Berufsabschluss. Im Jahr 2012 hat sich darüber hinaus der Stichtag der Erhebung auf den 31.12. verändert.

Der kontinuierliche Anstieg der Anteile an Hochqualifizierten bis 2011 und – nach Änderung der Erhebungsmodalitäten – ab 2013 ist u. a. auf einen Anstieg des Anteils an Frauen mit (Fach-)Hochschulabschluss bzw. akademischem Berufsabschluss zurückzuführen. Dies zeigen z. B. entsprechende Erhebungen des Anteils der 30- bis 34-Jährigen mit tertiärem oder postsekundären nicht-tertiären Bildungsabschluss an allen 30- bis 34-Jährigen für Deutschland (vgl. Statistisches Bundesamt 2014, 28-29), Baden-Württemberg (vgl. MUKE 2014, 98-99) und Nordrhein-Westfalen (vgl. MKULNV 2016, 75). Neben dem Frauenanteil steigt zudem – wenn auch weniger deutlich – der Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund, die über einen tertiären oder postsekundären nicht-tertiären Bildungsabschluss verfügen, an (vgl. MUKE 2014, 99).

Die Anteile an Hochqualifizierten liegen in allen Bundesländern bei den kreisfreien Städten – zum Teil deutlich (wie z. B. in Baden-Württemberg oder Hessen), zum Teil weniger deutlich (wie z. B. in Nordrhein-Westfalen oder Schleswig-Holstein) – oberhalb der Landesdurchschnittswerte. Die Durchschnittswerte der Kreise verlaufen in allen Bundesländern unterhalb der Durchschnittswerte des Landes. Es ist davon auszugehen, dass vor allem in den größeren Städten bzw. in den Städten mit Hochschulstandorten, relativ große Anteile an Hochqualifizierten unter den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zu finden sind.

Hochqualifizierte (Prozent)							
	2014						Veränderung 2006-2014
	N	Mean	Median	Min	Max	SD	
Baden-Württemberg	44,00	14,64	11,39	6,61	26,95	5,07	2,06
Kreisfreie Städte insg.	9,00	21,60	19,56	11,72	26,95	5,22	3,02
Kreise insg.	35,00	12,03	10,03	6,61	19,65	3,53	1,71
Bayern	96,00	13,95	8,17	4,22	31,17	4,87	2,19
Kreisfreie Städte insg.	25,00	19,84	11,72	6,68	31,17	5,79	3,31
Kreise insg.	71,00	9,52	7,17	4,22	27,48	3,71	1,47
Brandenburg	18,00	12,11	10,40	6,96	24,13	3,90	0,08
Kreisfreie Städte insg.	4,00	18,72	15,74	11,09	24,13	4,71	1,14
Kreise insg.	14,00	10,20	9,96	6,96	13,16	1,75	-0,15
Hessen	26,00	16,24	11,25	6,87	27,26	5,87	1,79
Kreisfreie Städte insg.	5,00	22,58	19,89	16,10	27,26	3,96	2,36
Kreise insg.	21,00	12,34	10,04	6,87	23,67	4,54	1,42
Mecklenburg-Vorpommern	8,00	12,18	11,04	7,75	18,32	3,35	0,93
Kreisfreie Städte insg.	2,00	17,70	17,47	16,61	18,32	0,85	2,01
Kreise insg.	6,00	10,41	10,74	7,75	12,28	1,42	0,56
Niedersachsen	46,00	10,91	7,69	4,95	20,97	3,46	1,54
Kreisfreie Städte insg.	8,00	15,25	11,53	7,36	20,97	4,79	3,13
Kreise insg.	38,00	9,85	7,50	4,95	16,89	2,50	1,16
Nordrhein-Westfalen	53,00	12,92	10,19	6,61	25,27	3,99	1,30
Kreisfreie Städte insg.	22,00	16,21	12,24	6,98	25,27	4,57	1,88
Kreise insg.	31,00	10,06	9,09	6,61	17,94	2,43	0,84
Rheinland-Pfalz	36,00	9,96	7,83	4,32	19,72	3,44	1,01
Kreisfreie Städte insg.	12,00	13,97	11,42	7,49	19,72	3,46	1,51
Kreise insg.	24,00	7,34	6,69	4,32	13,95	1,97	0,74
Saarland	6,00	10,34	8,15	6,40	13,55	2,39	0,96
Kreisfreie Städte insg.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Kreise insg.	6,00	10,34	8,15	6,40	13,55	2,39	0,96
Sachsen	13,00	15,89	12,42	9,84	25,37	4,57	0,61
Kreisfreie Städte insg.	3,00	22,49	21,39	18,53	25,37	2,81	1,59
Kreise insg.	10,00	11,60	11,82	9,84	12,72	0,96	k.A.
Sachsen-Anhalt	14,00	11,88	9,60	8,16	20,07	3,46	0,96
Kreisfreie Städte insg.	3,00	17,78	17,07	13,76	20,07	2,58	2,19
Kreise insg.	11,00	9,37	9,48	8,16	10,59	0,81	0,51
Schleswig-Holstein insg.	15,00	9,14	8,54	5,90	15,18	2,27	0,72
Kreisfreie Städte insg.	4,00	11,82	10,19	7,41	15,18	2,82	0,97
Kreise insg.	11,00	7,94	7,81	5,90	9,48	1,28	0,61
Thüringen	23,00	12,33	9,45	7,26	30,15	5,30	0,08
Kreisfreie Städte insg.	6,00	18,61	15,21	9,45	30,15	7,13	1,18
Kreise insg.	17,00	9,30	9,02	7,26	14,43	1,69	-0,46

Gute Beispiele

Mecklenburg-Vorpommern – Fach- und Führungskräfte für Mecklenburg-Vorpommern

Kurzbeschreibung: Wenn hoch qualifizierte Fach- und Führungskräfte einer Region den Rücken kehren, hat das gravierende Auswirkungen auf die Wirtschafts- und Sozialstruktur und langfristig auch auf Kultur und Lebensqualität. Die Rückkehragentur "mv4you" hat es durch Fachkonferenzen, Öffentlichkeitsarbeit, eine Internetplattform und individuelle Beratung geschafft, eine ansehnliche Zahl an Bildungsträgern nach Mecklenburg-Vorpommern zurück zu holen.

- <https://www.wegweiser-kommune.de/projekte/kommunal/mecklenburg-vorpommern/mecklenburg-vorpommern-fach-und-fuehrungskraefte-fur-mecklenburg-vorpommern>

Stadt Osnabrück / Landkreis Osnabrück; Fachkräftemarketing in der Region Osnabrück

Kurzbeschreibung: Ziel des Projektes „Fachkräftemarketing in der Region Osnabrück: Gewinnung und Bindung von Hochqualifizierten für den Wirtschaftsraum“ ist es, den Bekanntheitsgrad lokaler Unternehmen bei qualifizierten Fachkräften und Hochschulabsolventen aus dem In- und Ausland zu steigern. Das Projekt wird von der Wirtschaftsförderung der Stadt Osnabrück (WFO), der Wirtschaftsförderung des Landkreises Osnabrück (WIGOS) und der Osnabrücker Marketing- und Tourismus GmbH (OMT) getragen.

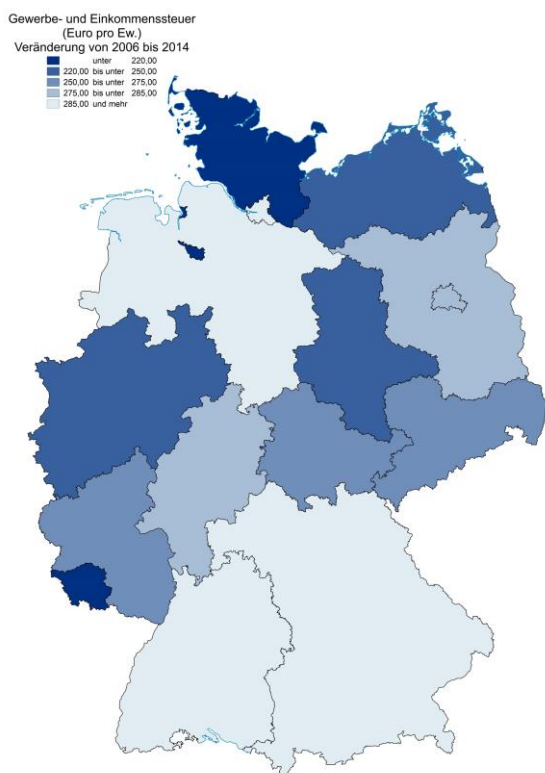
- <http://www.osnabrueck.de/aktuelles/fachkraeftemarketing-in-der-region-osnabrueck.html>

3.7 Gewerbe- und Einkommenssteuer (Euro pro Ew.)

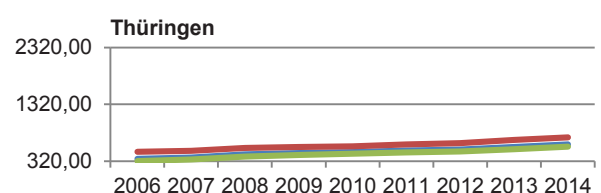
Indikator: Gewerbe- und Einkommensteuer	
Dimension	Ökonomie
Thema	Wirtschaftsstruktur
Ziel	Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sichern
Kernindikator	Gewerbe- und Einkommensteuer – Summe aus Gewerbesteuer (netto) und Gemeindeanteil an der Einkommensteuer pro Einwohner
Nachhaltigkeitsrelevanz	Die Gewerbesteuer wird aus dem Gewerbeertrag der Gewerbebetriebe (selbstständige Berufe ausgenommen) errechnet und gibt in Verbindung mit dem Hebesatz, der durch die Kommunen selbst bestimmt wird, Aufschluss über die aktuelle Wirtschaftsleistung einer Kommune bzw. der dort ansässigen Betriebe. Die Einnahmen aus der Gewerbe- und Einkommensteuer sind abhängig vom wirtschaftlichen Erfolg der ansässigen Betriebe bzw. dem Einkommen der Bürger und zeigen somit – zumindest in sehr grober Form – den aktuellen „Wohlstand“ in einer Kommune an. Die damit verbundene Einkommenssituation der Kommune wirkt sich unmittelbar auf die kommunalen Ausgaben aus, z. B. für Investitionen, Schuldentilgung oder die Erledigung von Aufgaben im Bereich der Daseinsvorsorge. Dadurch werden auch die Entwicklungsbedingungen nachfolgender Generationen bestimmt. Daher kann dem Indikator eine Nachhaltigkeitsrelevanz zugesprochen werden.
Herkunft	Dieser Indikator wird in kommunalen Nachhaltigkeitsberichten sowie anderen Indikatorenansammlungen kaum verwendet (z. B. nur Gewerbesteuer in DUH 2001; als Erträge aus Gewerbe- und Einkommensteuer sowie Gewerbesteuer in der Stadt Kronberg im Taunus 2012).
Validität	Da die Daten nicht bereinigt sind von den jeweiligen Steuerhebesätzen bzw. Steuersätzen (je nach Höhe der Einkünfte), die zwischen den Kommunen variieren, können nur sehr grobe Rückschlüsse auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer Kommune gezogen werden (eine Bereinigung um Hebesätze ist allerdings grundsätzlich möglich, da die erforderlichen Daten durch das Statistische Bundesamt in der Realsteuerstatistik veröffentlicht werden). Die Daten dokumentieren nicht alle kommunalen Einnahmen, die auf der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit beruhen (siehe z. B. Umsatzsteuer). Allgemein kann die Höhe der Einnahmen pro Kopf keine Aussagen zur Verteilung, d. h. der „Spannbreite“ der Einkommen und einer möglichen Polarisierung treffen (wenige sehr erfolgreiche Unternehmen oder wohlhabende Bürger).
Datenqualität	Die Daten können ohne Einschränkungen durch die Datenqualität genutzt werden.
Datenverfügbarkeit	Die Daten werden regelmäßig erhoben und sind mit hoher Aktualität sowie in Zeitreihen verfügbar.
Funktion	Outcome-Indikator.
Wechselwirkungen	Kommunale Einnahmen sollten im Zusammenhang mit den Ausgaben (Höhe und Deckung laufender Ausgaben, Investitionen, Schuldentilgung etc.), der Verschuldung und weiteren sozioökonomischen Strukturmerkmalen (Einkommensstruktur, Inanspruchnahme von Sozialleistungen, Arbeitslosigkeit etc.) analysiert werden. Weitergehende Erkenntnisse lassen sich gewinnen, wenn der Indikator mit dem Bruttoinlandsprodukt in Beziehung gesetzt wird. Dies kann Hinweise auf bestimmte Strategien (oft) großer Unternehmen zur Reduktion ihrer Steuerlast ermöglichen.
Rahmenbedingungen	Die Gewerbesteuer wird von den Kommunen selbst erhoben, welche nach der kommunalen Selbstverwaltung den Steuersatz eigenständig bestimmen können. In Großstädten ist dieser in der Regel höher.
Berechnung	Summe aus Gewerbesteuer (netto) und Gemeindeanteil an der Einkommensteuer pro Einwohner
Quelle	Wegweiser Kommune (Statistische Ämter der Länder, FORA mbH, Bertelsmann Stiftung)
Einheit	Euro pro Einwohner
Abgerufen für	2006–2014



Im Jahr 2014 liegt das Gewerbe- und Einkommensteueraufkommen pro Kopf in den Ländern Hamburg, Hessen, Bayern und Baden-Württemberg am höchsten sowie in den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Sachsen-Anhalt am niedrigsten. Insgesamt zeigt sich daher beim Gewerbe- und Einkommensteueraufkommen pro Kopf ein starkes Süd-Nord- bzw. West-Ost-Gefälle.



Im Zeitraum von 2006 bis 2014 ist das Gewerbe- und Einkommensteueraufkommen pro Kopf in den Ländern Bayern, Baden-Württemberg, Hamburg und Niedersachsen relativ stark sowie im Saarland, in Schleswig-Holstein und in Bremen vergleichsweise gering angestiegen. Insgesamt haben sich die Unterschiede in der Steuereinnahmekraft zwischen den strukturell finanzstarken bzw. -schwachen Ländern damit im Betrachtungszeitraum weiter vergrößert.



Die Steuereinnahmen der Kommunen können unterschieden werden in die Einnahmen aus der Grundsteuer (Grundsteuer A und B) und der Gewerbesteuer (netto; ein Teil der Einnahmen aus der Gewerbesteuer wird als Umlage an die Länder und den Bund abgeführt) sowie von Anteilen an der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer. Hinzu kommen weitere, betragsmäßig allerdings kleinere Einnahmen aus sonstigen Gemeindesteuern. „Die fiskalisch bedeutsamsten Steuerarten sind die Gewerbe- und Einkommensteuer [...]. Der bei weitem größte Teil der Gemeindesteuern steht daher in direktem Zusammenhang mit der lokalen Wirtschaftskraft“ (Geißler / Boettcher 2016, 213).

Bei der Betrachtung der Zeitreihe fällt auf, dass die Gewerbe- und Einkommensteuer pro Kopf in allen Ländern weitgehend kontinuierlich ansteigt, wobei in den Jahren nach 2009 – insbesondere in den wirtschaftsstarken Bundesländern Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Hamburg – aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise – ein gewisser Einbruch zu verzeichnen ist. „Bundesweit war der Einbruch bereits 2011 wieder aufgeholt. Auf regionaler und kommunaler Ebene hinterließ die Krise jedoch teils tiefere und längerfristig nachwirkende Schäden. So erreichten die hessischen Gemeinden erst 2014 wieder das nominale Steuereinnahmenniveau von 2008“ (Geißler / Boettcher 2016, 214).

Insgesamt zeigt sich, dass die Gewerbe- und Einkommensteuereinnahmen pro Kopf stark konjunkturabhängig sind. Dies gilt sowohl für die Gewerbe-, als auch für die Einkommensteuer (vgl. Arnold et al. 2015, 86).

Bei der Interpretation der Einnahmenentwicklung aus der Steuern ist stets auch die Entwicklung der Inflationsrate zu berücksichtigen. „Im Vergleich von 2013 zum Vorkrisenniveau in 2008 ist die Steuereinnahmekraft [der Gemeinden insgesamt] um elf Prozent gestiegen. Bei einer Inflationsrate um die 7,2 Prozent über diesen Zeitraum ergibt sich demnach auch real eine Zunahme bei den Steuereinnahmen“ (Arnold et al. 2015, 87).

Gewerbe- und Einkommenssteuer (Euro pro Ew.)							
	2014						Veränderung 2006-2014
	N	Mean	Median	Min	Max	SD	
Baden-Württemberg	44,00	1.250,26	1.137,14	891,33	1.893,77	229,58	297,53
Kreisfreie Städte insg.	9,00	1.627,42	1.544,49	1.265,91	1.893,77	186,53	314,95
Kreise insg.	35,00	1.164,19	1.110,05	891,33	1.548,30	150,73	291,82
Bayern	96,00	1.277,74	996,92	707,92	2.872,88	399,98	369,93
Kreisfreie Städte insg.	25,00	1.811,95	1.247,40	841,36	2.405,27	430,77	466,90
Kreise insg.	71,00	1.057,75	947,42	707,92	2.872,88	324,71	321,28
Brandenburg	18,00	670,79	602,75	471,27	973,31	139,62	275,31
Kreisfreie Städte insg.	4,00	742,10	717,00	600,17	818,46	83,15	234,28
Kreise insg.	14,00	657,31	578,71	471,27	973,31	148,13	282,10
Hessen	26,00	1.316,41	1.030,05	627,03	3.006,30	490,40	281,59
Kreisfreie Städte insg.	5,00	2.231,31	1.597,36	1.084,74	3.006,30	658,64	306,96
Kreise insg.	21,00	1.032,66	961,66	627,03	1.898,92	286,06	257,63
Mecklenburg-Vorpommern	8,00	577,64	561,39	484,45	772,35	92,21	228,98
Kreisfreie Städte insg.	2,00	734,45	744,85	717,35	772,35	27,50	283,33
Kreise insg.	6,00	542,26	544,92	484,45	575,41	30,35	k.A.
Niedersachsen	46,00	990,16	838,75	622,27	3.100,46	380,76	285,23
Kreisfreie Städte insg.	8,00	1.403,04	1.222,69	686,19	3.100,46	709,47	543,68
Kreise insg.	38,00	930,63	822,57	622,27	1.336,67	139,23	248,02
Nordrhein-Westfalen	53,00	1.148,37	1.038,97	725,76	2.181,37	254,73	236,63
Kreisfreie Städte insg.	22,00	1.253,60	1.130,82	725,76	2.181,37	318,07	163,59
Kreise insg.	31,00	1.077,54	1.020,89	772,27	1.721,82	190,65	282,88
Rheinland-Pfalz	36,00	963,68	870,60	547,25	1.815,59	285,06	262,12
Kreisfreie Städte insg.	12,00	1.275,95	1.079,32	927,41	1.815,59	266,11	283,00
Kreise insg.	24,00	864,95	777,51	547,25	1.653,79	203,56	260,46
Saarland	6,00	870,92	827,77	655,31	1.036,16	145,61	185,64
Kreisfreie Städte insg.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Kreise insg.	6,00	870,92	827,77	655,31	1.036,16	145,61	185,64
Sachsen	13,00	705,91	633,04	516,37	894,06	120,23	270,33
Kreisfreie Städte insg.	3,00	882,79	881,04	862,02	894,06	13,15	267,12
Kreise insg.	10,00	622,71	617,94	516,37	745,47	59,36	k.A.
Sachsen-Anhalt	14,00	626,55	572,87	431,22	796,52	110,51	236,45
Kreisfreie Städte insg.	3,00	678,79	670,87	564,43	796,52	94,86	254,26
Kreise insg.	11,00	593,27	554,84	431,22	775,94	106,42	213,18
Schleswig-Holstein insg.	15,00	912,89	891,26	718,71	1.226,64	129,59	210,92
Kreisfreie Städte insg.	4,00	904,01	909,31	891,26	947,71	23,54	101,81
Kreise insg.	11,00	915,37	842,04	718,71	1.226,64	150,44	240,96
Thüringen	23,00	614,76	587,23	465,17	885,13	96,35	254,94
Kreisfreie Städte insg.	6,00	738,72	714,28	565,97	885,13	101,29	255,38
Kreise insg.	17,00	572,84	570,35	465,17	693,37	58,75	251,90

Gute Beispiele

Gemeinde Steinbach am Wald – „Positive Auswirkungen niedriger Gewerbesteuerhebesätze“

Kurzbeschreibung: Die Gemeinde hat seit 2002 den Gewerbesteuerhebesatz gesenkt. In der Folge nehmen die Investitionen der örtlichen Unternehmen zu und die Gemeinde profitiert von einem soliden Gewerbesteueraufkommen. (Für einzelne Kommunen kann diese Strategie erfolgreich sein; jedoch dürfte sie auf die Summe der Kommunen nicht anwendbar sein.)

- vgl. DStGB 2015: 32 [Dokumentation NO 132]

Stadt Monheim a. R. – Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes

Kurzbeschreibung: In der einst hoch verschuldeten Stadt Monheim steigen heute die Steuereinnahmen. Monheim hat den Gewerbesteuerhebesatz gesenkt, um neue Unternehmen anzuziehen. (Für einzelne Kommunen kann diese Strategie erfolgreich sein; jedoch dürfte sie auf die Summe der Kommunen nicht anwendbar sein. → siehe oben)

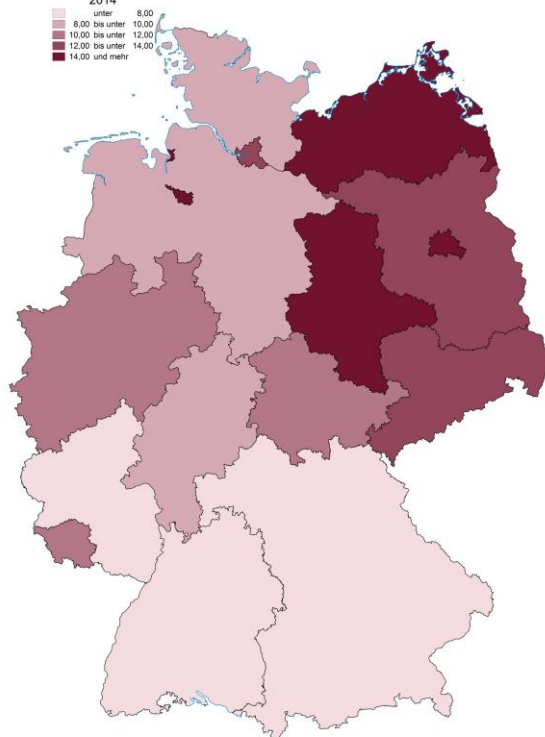
- <http://www.haushaltssteuerung.de/weblog-stadt-monheim-am-rhein-auf-dem-weg-in-die-schuldenfreiheit.html>)

3.8 SGB II-/ SGB XII-Quote (Prozent)

Indikator: SGB-II-/SGB-XII-Quote *	
Dimension	Soziales
Thema	Armut
Ziel	Armut bekämpfen
Kernindikator	SGB-II-/SGB-XII-Quote – Anteil der Empfänger von SGB-II-/SGB XII-Leistungen an der Bevölkerung
Nachhaltigkeitsrelevanz	Immer mehr Menschen sind auf Sozialleistungen angewiesen. Damit verbunden ist eine enorme Belastung für die kommunalen Haushalte. Noch schwerwiegender aber ist die Belastung für die Betroffenen selbst – sowohl in finanzieller, als auch in psychischer Hinsicht. Wenn in einer Kommune entsprechende Daten verfügbar sind, sollte bei diesem Indikator eine Differenzierung nach Alter vorgenommen werden, die einen stichhaltigen Hinweis auf Kinder- bzw. Altersarmut liefert. Zusätzlich ist auch eine Differenzierung nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit empfehlenswert.
Herkunft	Dieser Indikator wird in fast allen kommunalen (z. B. Augsburg 2010; Münster 2013; Bonn 2012) sowie anderen Indikatorensammlungen (z. B. Ministerium für Umwelt, Klima und Energie Baden-Württemberg 2015; Agenda-Transfer 2003; Deutsche Umwelthilfe 2004) verwendet.
Validität	Die Validität des Indikators ist dadurch eingeschränkt, dass nicht alle Menschen ihre berechtigten Ansprüche an Sozialleistungen wahrnehmen. Die „Dunkelziffer“ ist im ländlichen Raum sowie bei älteren Menschen besonders hoch.
Datenqualität	Der Indikator misst die Anzahl und den Anteil der Personen, die Transferleistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes erhalten. Seit der Änderung der Sozialgesetzgebung („Hartz IV“) 2005 sind die Empfänger von Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld (SGB II) sowie die Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt oder von laufender Grundsicherung (SGB XII) ausgewiesen. Seit 1994 wird die Erhebung am 31. Dezember eines jeden Jahres durchgeführt. Gezählt werden die Personen, die an diesem Tag die entsprechende Unterstützung erhalten. Der Bestand von Empfängern von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt für einen Zeitraum, wie z. B. einem Jahr, wird nicht erfasst. Zudem sind die Daten ab 2007 zeitlich und räumlich besser vergleichbar, da seitdem alle Empfänger von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes in der Statistik abgebildet werden – einschließlich der Mitglieder von Bedarfsgemeinschaften, die bis dahin nicht systematisch berücksichtigt waren.
Datenverfügbarkeit	Die Daten der Grundsicherungsstatistik werden von der Bundesagentur für Arbeit aus den anfallenden Geschäftsdaten der Jobcenter gewonnen, die im Rahmen der Leistungssachbearbeitung erfasst werden. Sie sind auf Kreisebene rückwirkend abrufbar und auf Gemeindeebene als Sonderauswertung bestellbar.
Funktion	Outcome-Indikator.
Wechselwirkungen	Die SGB-II-/SGB-XII-Quote weist Wechselwirkungen mit verschiedenen Indikatoren des Gesundheitsniveaus, des Wohnens und Wohnumfeldes und der Bildung (insbesondere Schulabbrecherquote und Schulabgänger mit (Fach-)Hochschulreife) auf. Um annähernd einen Überblick über die Zahl armer Haushalte in der Kommune zu bekommen, sollte der Indikator jedoch vor allem im Zusammenhang mit der Arbeitslosenquote und Langzeitarbeitslosigkeit betrachtet werden. Denn die Sozialhilfe bildet nicht alle Fälle „armer Haushalte“ in der Kommune ab.
Rahmenbedingungen	Je kleiner die Kommune, desto weniger Sozialhilfeempfänger werden registriert. In den neuen Bundesländern gibt es zahlreiche Kommunen, in denen die Arbeitslosenquote sehr hoch, die Rate der Sozialhilfeempfänger hingegen sehr niedrig ist.
Berechnung	Anzahl der Empfänger von Grundsicherung (SGB-II-/SGB-XII-Leistungen) / Anzahl der Einwohner * 100
Quelle	Wegweiser Kommune (Statistische Ämter der Länder, Bundesagentur für Arbeit, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung)
Einheit	Personen in %
Abgerufen für	2006–2014

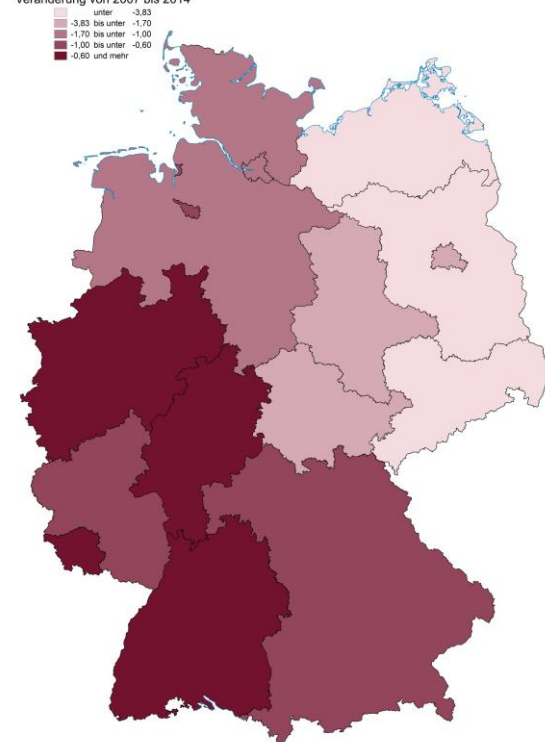
* Mit der Änderung des SGB II haben sich die Berechnungsmodalitäten geändert (siehe Kapitel 2.3).

SGB II- / SGB XII-Quote (Prozent)
2014

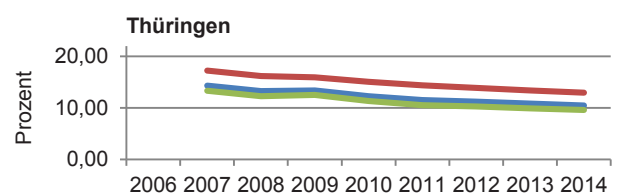
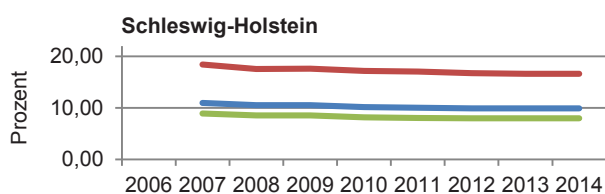
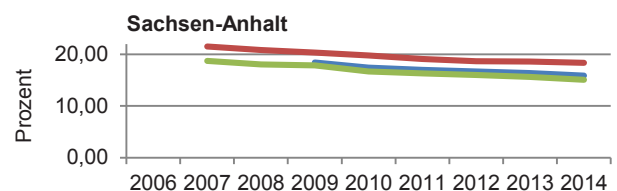
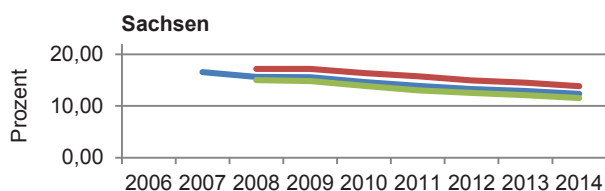
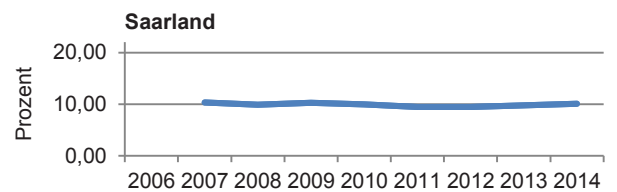
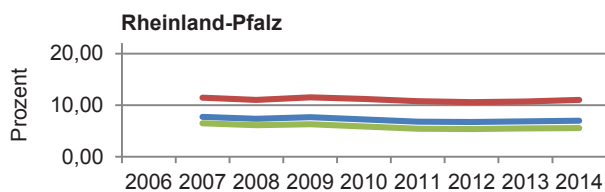
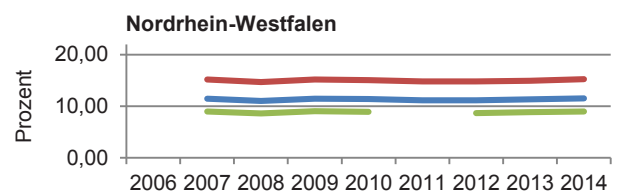
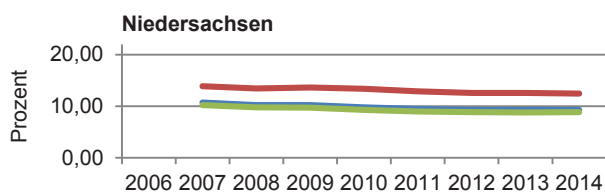
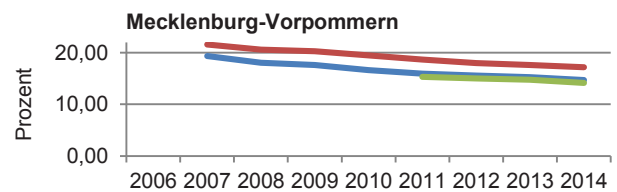
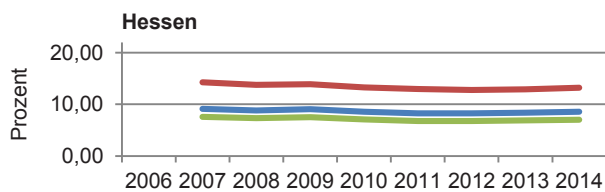
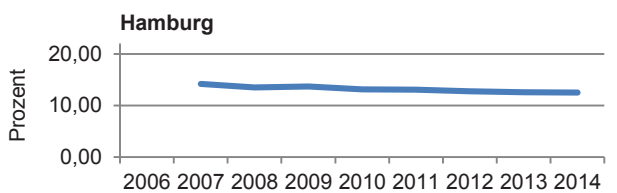
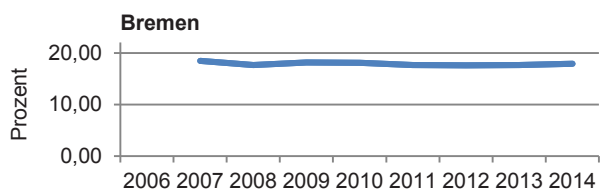
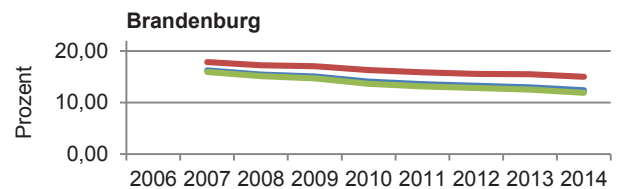
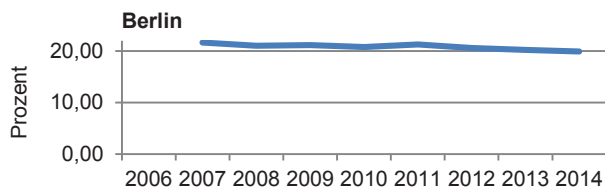
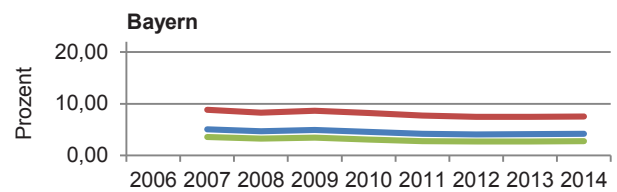
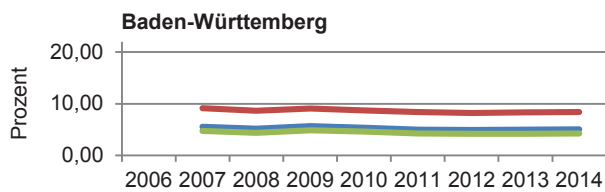


Bei der SGB II-/ SGB XII-Quote ist für das Jahr 2014 ein deutliches Ost-West- sowie Nord-Süd-Gefälle festzustellen. Die höchsten Quoten weisen Berlin, Bremen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern auf. Die niedrigsten Quoten sind die Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz zu verzeichnen.

SGB II- / SGB XII-Quote (Prozent)
Veränderung von 2007 bis 2014



Im Zeitraum von 2007 bis 2014 ist die SGB II-/ SGB XII-Quote in den westlichen und südlichen Bundesländern relativ stark und in den östlichen und nördlichen Bundesländern relativ wenig zurückgegangen. Vergleichsweise groß war der Rückgang in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Brandenburg. Nur wenig bis kaum zurückgegangen sind die Quoten dagegen im Saarland, in Baden-Württemberg und in Hessen; in Nordrhein-Westfalen hat die Quote sogar leicht zugenommen.



Legende: Rote Linie (Kreisfreie Städte) – Grüne Linie (Kreise) – Blaue Linie (Land)

Die Analyse der zeitlichen Entwicklung macht einen weitgehend stetigen Rückgang der SGB II-/ SGB XII-Quote – als Indikator für Armut bzw. Armutsgefährdung – in allen ostdeutschen Flächenländern (Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen) sowie einen weitgehend stagnierenden Verlauf in den übrigen Bundesländern deutlich. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die ostdeutschen Flächenländer i. d. R. von einem wesentlich höheren Niveau der SGB II-/ SGB XII-Quote gestartet sind als die übrigen Bundesländer.

Die SGB II-/ SGB XII-Quoten der kreisfreien Städte liegen in allen Bundesländern und über den gesamten Betrachtungszeitraum oberhalb der Werte der Kreise. Allerdings fallen die Abstände unterschiedlich groß aus: In Schleswig-Holstein sind sie besonders groß; in Sachsen sind die Unterschiede nur marginal.

Bei einer näheren Analyse des zeitlichen Verlaufs der SGB II-/ SGB XII-Quoten sind weitere Indikatoren mit zu berücksichtigen. So besteht insbesondere ein starker Zusammenhang zwischen der Arbeitslosenquote und der SGB II-Quote, wobei eine zunehmende Entkopplung der beiden Faktoren zu beobachten ist: „[...] auf Ebene der bundesdeutschen Kreise und kreisfreien Städte war die Arbeitslosigkeit seit 2005 deutlich rückläufig und von durchschnittlich 10,7 Prozent im Jahr 2005 auf im Mittel 7,2 Prozent im Jahr 2010 gesunken. Dabei fiel die mittlere SGB-II-Quote im Zeitverlauf lediglich um 0,7 Prozentpunkte ab. Im Dezember 2010 nahmen 9,0 Prozent der Bevölkerung unter 65 Jahren Leistungen nach dem SGB II in Anspruch (2005: 9,7 %). Damit blieb die SGB-II-Quote deutlich stabiler und verblieb auf einem deutlich höheren Niveau als die Arbeitslosenquote“ (Lisakowski et al. 2015, 83).

Die SGB II-/ SGB XII-Quoten umfassen schließlich verschiedene Empfänger von Grundsicherungsleistungen: Empfänger von Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld (SGB II) sowie die Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt oder von laufender Grundsicherung (SGB XII). Zu den Empfängern von ALG II gehören Erwerbslose bzw. Arbeitssuchende und Erwerbstätige bzw. Aufstocker, zu den Empfängern von Sozialgeld hauptsächlich Kinder unter 15 Jahren und zu den von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt oder von laufender Grundsicherung auch ältere Menschen. Detaillierte Analysen der SGB II-/ SGB XII-Quoten ermöglichen insofern auch Rückschlüsse auf die Entwicklung der Kinder- bzw. Altersarmut.

SGB II-/ SGB XII-Quote (Prozent)							
	2014						Veränderung 2007-2014
	N	Mean	Median	Min	Max	SD	
Baden-Württemberg	44,00	5,01	4,21	2,42	11,83	2,10	-0,51
Kreisfreie Städte insg.	9,00	8,41	7,81	5,40	11,83	2,21	-0,74
Kreise insg.	35,00	4,21	3,91	2,42	6,04	0,83	-0,49
Bayern	96,00	4,16	3,14	1,12	12,98	2,57	-0,88
Kreisfreie Städte insg.	25,00	7,54	7,04	3,97	12,98	2,27	-1,27
Kreise insg.	71,00	2,75	2,77	1,12	7,20	0,95	-0,80
Brandenburg	18,00	12,42	13,07	6,33	20,58	3,86	-3,83
Kreisfreie Städte insg.	4,00	14,98	18,08	10,72	19,32	3,47	-2,89
Kreise insg.	14,00	11,93	12,51	6,33	20,58	3,52	-4,03
Hessen	26,00	8,54	7,06	5,17	19,67	3,36	-0,56
Kreisfreie Städte insg.	5,00	13,21	13,76	10,71	19,67	3,05	-1,05
Kreise insg.	21,00	7,00	6,45	5,17	9,97	1,36	-0,56
Mecklenburg-Vorpommern	8,00	14,74	16,28	10,86	18,42	2,81	-4,65
Kreisfreie Städte insg.	2,00	17,21	17,55	16,68	18,42	0,87	-4,42
Kreise insg.	6,00	14,19	13,72	10,86	16,88	2,64	k.A.
Niedersachsen	46,00	9,29	8,98	5,12	18,61	2,96	-1,41
Kreisfreie Städte insg.	8,00	12,44	13,06	7,65	18,61	3,40	-1,43
Kreise insg.	38,00	8,83	8,60	5,12	13,07	2,01	-1,41
Nordrhein-Westfalen	53,00	11,51	10,27	4,88	22,62	4,21	0,06
Kreisfreie Städte insg.	22,00	15,25	15,35	8,31	22,62	3,08	0,03
Kreise insg.	31,00	8,97	8,25	4,88	14,69	2,20	-0,04
Rheinland-Pfalz	36,00	6,98	6,45	3,21	17,13	3,32	-0,74
Kreisfreie Städte insg.	12,00	11,00	9,95	6,95	17,13	3,10	-0,43
Kreise insg.	24,00	5,55	5,14	3,21	8,67	1,46	-0,91
Saarland	6,00	10,05	7,62	5,12	15,00	3,42	-0,29
Kreisfreie Städte insg.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Kreise insg.	6,00	10,05	7,62	5,12	15,00	3,42	-0,29
Sachsen	13,00	12,32	11,38	10,20	16,17	1,98	-4,22
Kreisfreie Städte insg.	3,00	13,85	14,13	11,36	16,17	1,97	k.A.
Kreise insg.	10,00	11,54	11,10	10,20	15,98	1,68	k.A.
Sachsen-Anhalt	14,00	15,88	16,56	10,48	19,40	2,63	-3,51
Kreisfreie Städte insg.	3,00	18,34	17,62	17,31	19,40	0,92	-3,19
Kreise insg.	11,00	15,07	14,32	10,48	18,32	2,53	-3,69
Schleswig-Holstein insg.	15,00	9,94	8,82	5,38	17,85	4,00	-1,03
Kreisfreie Städte insg.	4,00	16,62	16,56	15,93	17,85	0,71	-1,76
Kreise insg.	11,00	8,01	8,00	5,38	11,73	1,57	-0,91
Thüringen	23,00	10,46	10,08	5,39	16,89	3,10	-3,82
Kreisfreie Städte insg.	6,00	12,95	12,63	8,97	16,89	2,52	-4,27
Kreise insg.	17,00	9,60	9,52	5,39	15,05	2,91	-3,74

Gute Beispiele

Stadt Dortmund – Sozialberichtssystem und Aktionsplan „Soziale Stadt Dortmund“

Kurzbeschreibung: Durch das Sozialberichtssystem und den Aktionsplan „Soziale Stadt Dortmund“ soll der soziale Zusammenhalt in der Bevölkerung gefördert werden. Es gilt, die soziale Lage vor Ort in den benachteiligten Sozialräumen und die Teilhabe- und Verwirklichungschancen der Menschen in allen Lebensbereichen nachhaltig zu verbessern. Jedem Bürger sollen gute Start- und Rahmenbedingungen und die Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Stadtgesellschaft geboten werden.

- <https://www.wegweiser-kommune.de/projekte/kommunal/nordrhein-westfalen/dortmund-sozialberichtssystem-und-aktionsplan-soziale-stadt-dortmund->

Stadt Hamm – Risiko Armut: Beteiligung und Vernetzung als kommunale Handlungsstrategie im Sozialraum

Kurzbeschreibung: Im Mittelpunkt des Projekts steht der Aufbau eines sozialräumlichen Monitorings zur Steuerung der Armutsstrategien in ausgewählten Sozialräumen. Dabei sollen sowohl gesellschaftliche Veränderungen, als auch Bedarfe von Familien regelmäßig erhoben und analysiert werden. Ziel ist es, Armutsrisiken zu vermeiden, Familien zu beteiligen und zu aktivieren sowie insgesamt eine strategische Steuerung zu gewährleisten.

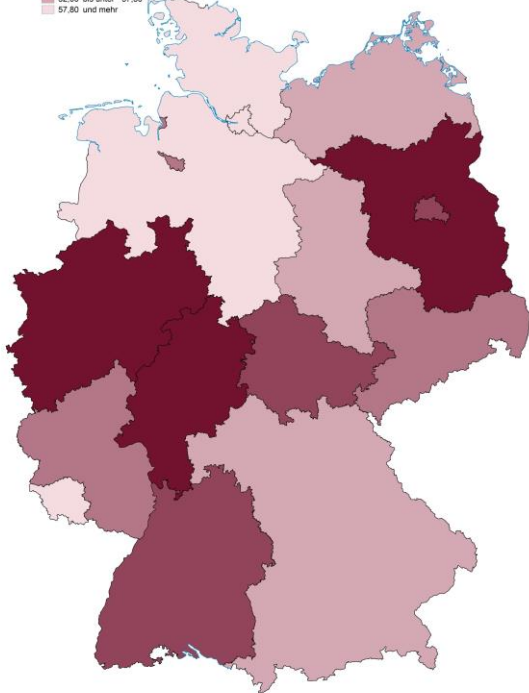
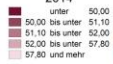
- http://www.nrw-haelt-zusammen.nrw.de/aktuelles/projekte/detail/?tx_tcalendar_pi1%5Byear%5D=2015&tx_tcalendar_pi1%5Bmonth%5D=10&tx_tcalendar_pi1%5Bday%5D=01&tx_tcalendar_pi1%5Bevent%5D=36&cHash=42f1ee54c7decef1fe39ac093101e9fc

3.9 Plätze in Pflegeheimen (je 1.000 Ew.)

Indikator: Plätze in Pflegeheimen	
Dimension	Soziales
Thema	Gesundheit und Pflege
Ziel	Pflegeniveau erhöhen
Kernindikator	Plätze in Pflegeheimen – Anzahl der verfügbaren Plätze in Pflegeheimen pro 1.000 Einwohner ab 65 Jahren
Nachhaltigkeitsrelevanz	Der Indikator zeigt an, für wie viele von 1.000 Personen ein Pflegeheimplatz zur Verfügung steht. Er wird auf die Altersgruppe nach Beendigung des Erwerbslebens bezogen, da Pflegebedürftigkeit überwiegend erst in diesem Alter eintritt. Im Dezember 2013 waren in Deutschland 2,63 Millionen Menschen pflegebedürftig im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes (SGB XI). Davon wurden mehr als zwei Drittel (71 % oder 1,86 Millionen) nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes zu Hause versorgt. Von diesen erhielten 1,25 Millionen Pflegebedürftige ausschließlich Pflegegeld – das bedeutet, dass sie in der Regel allein durch Angehörige gepflegt wurden. Weitere 616.000 Pflegebedürftige lebten ebenfalls in Privathaushalten, bei ihnen erfolgte die Pflege jedoch zusammen mit oder vollständig durch ambulante Pflegedienste. In Pflegeheimen vollstationär betreut wurden insgesamt 764.000 Pflegebedürftige (29 %). Die Mehrheit (65 %) der Pflegebedürftigen war weiblich. Insgesamt 83 % der Pflegebedürftigen waren 65 Jahre und älter, mehr als ein Drittel (37 %) war über 85 Jahre alt.
Herkunft	Dieser Indikator wird bislang nur in wenigen Indikatorensammlungen (z. B. als Versorgungsquote mit Pflegeheimplätzen in Ludwigsburg 2015) verwendet.
Validität	Die Validität des Indikators ist eingeschränkt, da die Zahl der Pflegeplätze nicht unbedingt auf ein hohes Pflegeniveau schließen lässt. Gelingt es einer Kommune etwa die Rahmenbedingungen für ein möglichst langes eigenständiges Leben in der gewohnten Wohnumgebung zu schaffen, oder können ältere Menschen von Familienangehörigen gepflegt werden, sind Pflegeheimplätze weniger wichtig.
Datenqualität	Pflegeheime sind stationäre Pflegeeinrichtungen, die selbständig wirtschaften, in denen Pflegebedürftige unter ständiger Verantwortung einer ausgebildeten Pflegekraft gepflegt werden und ganztätig (vollstationär) und / oder nur tagsüber oder nur nachts (teilstationär) untergebracht und verpflegt werden können und die durch einen Versorgungsvertrag nach § 72 SGB XI zu voll-, teilstationärer Pflege und/oder Kurzzeitpflege zugelassen sind oder Bestandsschutz nach § 73 Abs. 3 und 4 SGB XI genießen und danach als zugelassen gelten. Beim Indikator werden Pflegedienste (ambulante Pflegeeinrichtungen) nicht berücksichtigt.
Datenverfügbarkeit	Die auf Kreisebene im zweijährigen Turnus erhobenen Daten sind verfügbar ab dem Jahr 2007. Die Werte der Zwischenjahre entsprechen denen der Vorjahre.
Funktion	Output-Indikator.
Wechselwirkungen	Der Indikator lässt sich mit anderen Indikatoren des Ziels „Pflegeniveau“ in Verbindung setzen.
Rahmenbedingungen	Die Zahl der pflegebedürftigen Menschen wird mit zunehmender Alterung der Gesellschaft wachsen. Dennoch kann die Zahl der benötigten Pflegeheimplätze von vielen Faktoren beeinflusst werden. Eine barrierefreie Wohnung und ein entsprechend gestaltetes Wohnumfeld, funktionierende Nachbarschaften, ambulante Hilfen und Unterstützung durch Familienangehörige tragen dazu bei, dass möglichst wenig ältere Menschen in Pflegeheimen versorgt werden müssen.
Berechnung	Verfügbare Plätze in Pflegeheimen / Bevölkerung ab 65 Jahre * 1.000
Quelle	Wegweiser Kommune (Statistische Ämter der Länder, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung)
Einheit	Einwohner
Abrufbar für	2006–2014

Plätze in Pflegeheimen (je 1000 Ew.)

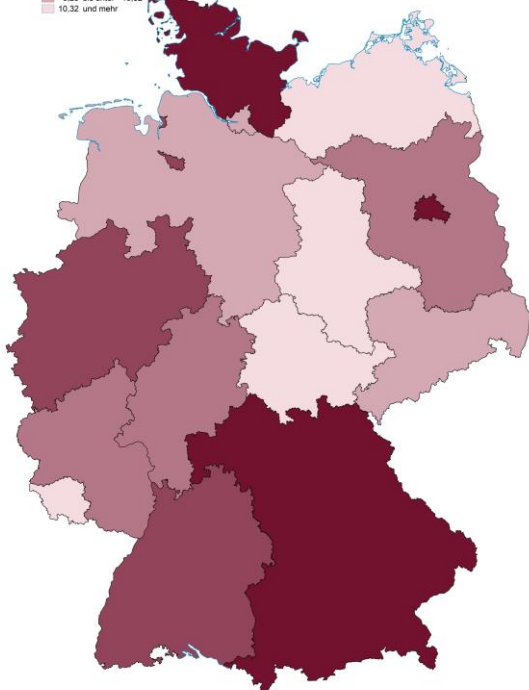
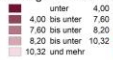
2014



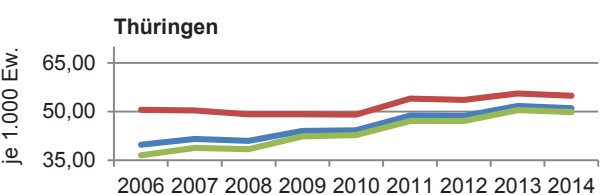
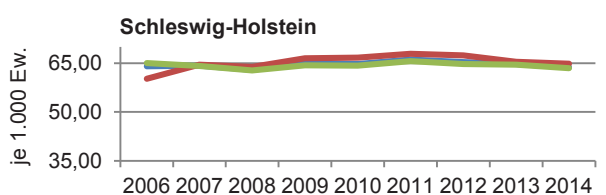
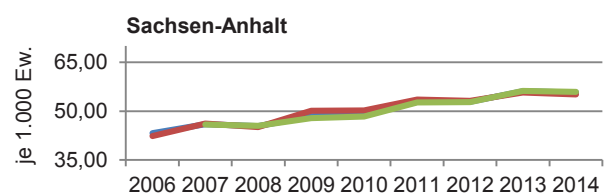
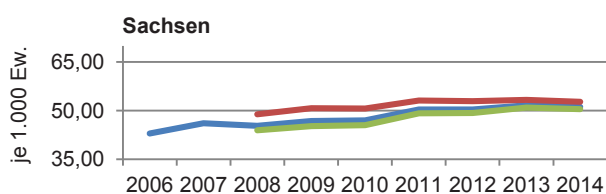
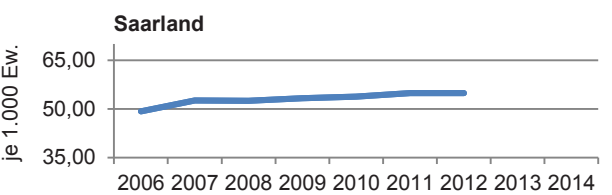
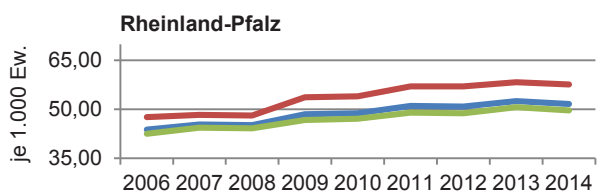
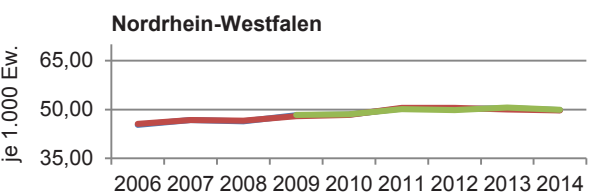
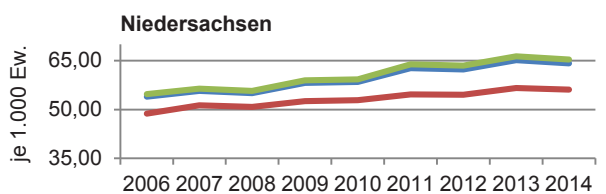
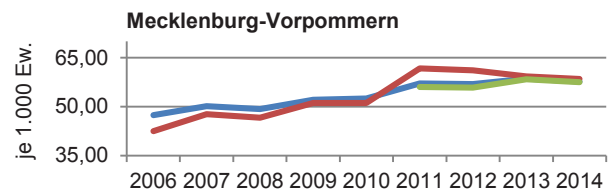
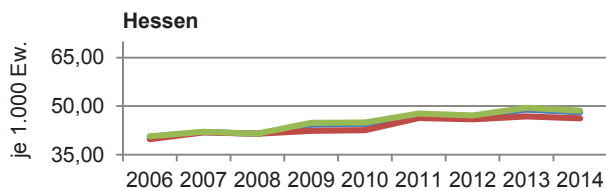
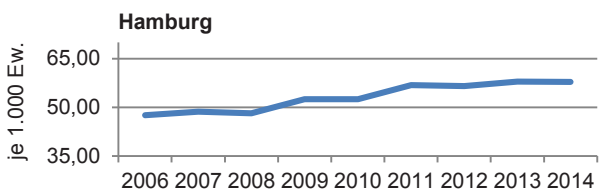
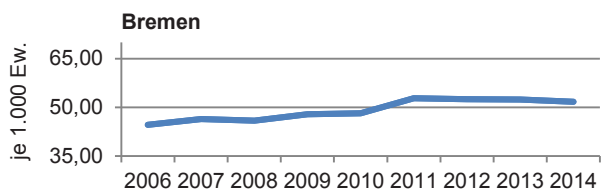
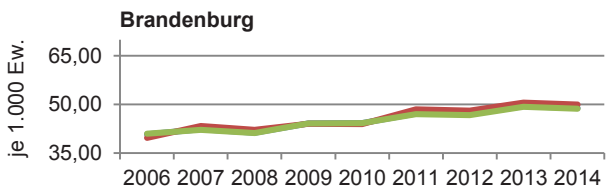
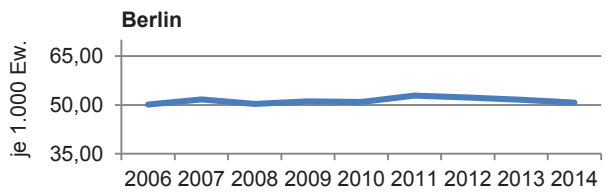
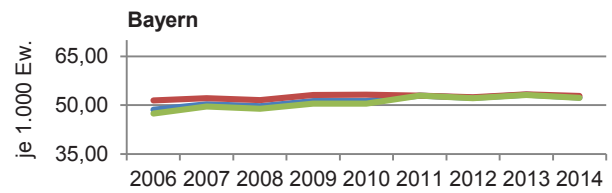
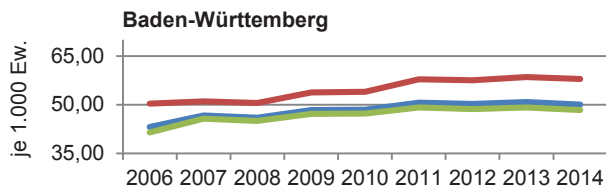
Für die Anzahl der Pflegeheimplätze ergeben sich keine klaren Ost-West- bzw. Nord-Süd-Unterschiede. Vielmehr sind die einzelnen Wertestufen jeweils von mehreren Ländern aus unterschiedlichen Teilen des Bundesgebietes besetzt. Die höchsten Platzzahlen in Pflegeheimen je 1.000 Einwohner sind 2014 im Saarland, in Niedersachsen, in Schleswig-Holstein und in Hamburg zu verzeichnen. Die niedrigsten Werte weisen Hessen, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen auf.

Plätze in Pflegeheimen (je 1000 Ew.)

Veränderung von 2006 bis 2014



In fast allen Ländern ist die Anzahl der Plätze in Pflegeheimen je 1.000 Einwohner in den Jahren von 2006 bis 2014 gestiegen. Am stärksten war das Wachstum im Saarland, in Sachsen-Anhalt und in Thüringen, am geringsten in Berlin und Bayern. In Schleswig-Holstein ist die Platzzahl geringfügig gesunken.



Legende: Rote Linie (Kreisfreie Städte) – Grüne Linie (Kreise) – Blaue Linie (Land)

In der Zeitreihenbetrachtung wird deutlich, dass die Anzahl der Plätze in Pflegeheimen je 1.000 Einwohner in den meisten Bundesländern – zwischen 2006 und 2014 – sukzessive angestiegen ist (siehe z. B. Brandenburg, Hamburg, Hessen oder Sachsen-Anhalt). Es gibt aber auch Länder, in denen die Entwicklung weitgehend konstant oder sogar leicht rückläufig ist (siehe z. B. Bayern, Berlin und Schleswig-Holstein). Zudem ist in mehreren Ländern eine gewisse Stagnation der Werte ab 2013 zu beobachten (siehe z. B. Rheinland-Pfalz, Sachsen oder Thüringen).

Beim Vergleich der Werte zwischen den Kreisen und den kreisfreien Städten zeigt sich ein sehr heterogenes Bild: Zum Teil liegen die Werte der kreisfreien Städte oberhalb der Werte der Kreise (z. B. in Baden-Württemberg, in Rheinland-Pfalz oder in Thüringen), zum Teil liegen die Werte der kreisfreien Städte unterhalb der Werte der Kreise (z. B. in Niedersachsen), und zum Teil sind keine oder kaum Unterschiede festzustellen (z. B. in Bayern, Brandenburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt oder Schleswig-Holstein).

Im Rahmen einer detaillierten Analyse der Werteentwicklung ist insbesondere die von Kommune zu Kommune individuelle, demographische Entwicklung – insbesondere im Hinblick auf den steigenden Anteil älterer und pflegebedürftiger Menschen – zu berücksichtigen. Darüber hinaus gilt es, die Verteilung der Art bzw. des Ortes der Pflege – in Heimen oder zu Hause – mit in den Blick zu nehmen. Für Nordrhein-Westfalen sind dabei z. B. folgende Entwicklung zu beobachten: „Im Jahr 2013 gab es in NRW 581 492 Pflegebedürftige. Von ihnen wurden 72,4 % (421 168 Personen) zu Hause betreut. [...] Ein gutes Viertel (27,6 % bzw. 160 324) der Pflegebedürftigen befand sich in Pflegeheimen in vollstationärer Pflege [...] Die Zahl der Pflegebedürftigen hat sich zwischen 2009 bis 2013 um 14,2 % erhöht. Die Verteilung auf die verschiedenen Versorgungsarten (zu Hause oder Heim) hat sich nur geringfügig verändert: Auch damals erfolgte bei der Mehrheit (69,6 %) die Pflege zu Hause, 30,4 % der Pflegebedürftigen wurden in Heimen betreut“ (MKULNV 2016, 71).

Schließlich sind bei einer genaueren Analyse auch die gesetzlichen Rahmenbedingungen und die Aufgaben und Kompetenzen der Kommunen im Pflegebereich zu beachten: „In der Altenpflege verfügen die Kommunen seit Einführung der Pflegeversicherung nur noch über wenige direkte, hierarchische Steuerungskompetenzen. [...] Geblieben sind den Kommunen als (zuständigen) örtlichen Sozialhilfeträgern in fast allen Bundesländern Aufgaben der Hilfe zur Pflege [...] Zusätzlich treten Kommunen als Ordnungsbehörden für die Einrichtungen am Pflegemarkt auf [...] Zum Teil agieren die Kommunen auch als Anbieter von ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen und können so die Angebotsstruktur vor Ort direkt beeinflussen. [...] Insgesamt zeigt sich, dass der überwiegende Teil der kommunalen Steuerungsmöglichkeiten bei den freiwilligen Aufgaben anzusiedeln ist“ (Plazek / Schnitger 2016, 20-21).

Plätze in Pflegeheimen (je 1.000 Ew.)							
	2014						Veränderung 2006-2014
	N	Mean	Median	Min	Max	SD	
Baden-Württemberg	44,00	50,01	50,92	36,90	72,11	9,24	6,94
Kreisfreie Städte insg.	9,00	57,90	59,72	45,70	72,11	8,15	7,57
Kreise insg.	35,00	48,34	48,59	36,90	70,92	8,07	6,89
Bayern	96,00	52,37	55,91	30,06	94,17	13,21	3,82
Kreisfreie Städte insg.	25,00	52,78	67,43	30,06	94,17	15,86	1,34
Kreise insg.	71,00	52,21	53,37	30,89	71,89	9,60	4,83
Brandenburg	18,00	48,90	47,86	37,75	65,29	8,21	8,12
Kreisfreie Städte insg.	4,00	49,96	50,33	39,63	65,24	9,59	10,23
Kreise insg.	14,00	48,70	47,51	37,75	65,29	7,66	7,74
Hessen	26,00	48,12	50,64	33,37	67,98	8,92	7,62
Kreisfreie Städte insg.	5,00	46,21	43,91	43,32	55,51	5,07	6,41
Kreise insg.	21,00	48,62	51,51	33,37	67,98	9,55	7,93
Mecklenburg-Vorpommern	8,00	57,72	56,80	51,82	69,14	5,81	10,33
Kreisfreie Städte insg.	2,00	58,54	61,25	53,36	69,14	7,89	16,11
Kreise insg.	6,00	57,53	56,80	51,82	67,10	4,66	k.A.
Niedersachsen	46,00	64,14	62,40	41,25	102,49	13,03	10,24
Kreisfreie Städte insg.	8,00	56,06	55,74	41,25	62,17	7,27	7,33
Kreise insg.	38,00	65,30	65,72	44,94	102,49	12,98	10,63
Nordrhein-Westfalen	53,00	49,80	50,58	33,92	70,00	6,94	4,48
Kreisfreie Städte insg.	22,00	49,66	50,44	41,26	57,29	4,80	4,11
Kreise insg.	31,00	49,89	50,58	33,92	70,00	8,09	k.A.
Rheinland-Pfalz	36,00	51,65	54,44	30,54	83,84	11,47	7,87
Kreisfreie Städte insg.	12,00	57,59	60,10	37,84	83,84	11,91	9,97
Kreise insg.	24,00	49,69	48,26	30,54	68,22	9,87	7,20
Saarland	4,00	k.A.	57,55	54,18	72,79	7,28	k.A.
Kreisfreie Städte insg.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Kreise insg.	4,00	k.A.	57,55	54,18	72,79	7,28	k.A.
Sachsen	13,00	51,17	51,38	45,85	56,26	3,27	8,22
Kreisfreie Städte insg.	3,00	52,73	51,38	51,29	54,95	1,70	7,05
Kreise insg.	10,00	50,52	51,05	45,85	56,26	3,49	8,65
Sachsen-Anhalt	14,00	55,72	55,83	35,90	71,74	8,91	12,53
Kreisfreie Städte insg.	3,00	55,13	54,74	53,95	56,05	0,87	12,80
Kreise insg.	11,00	55,91	57,68	35,90	71,74	10,03	k.A.
Schleswig-Holstein insg.	15,00	63,73	63,60	47,33	77,74	8,93	-0,30
Kreisfreie Städte insg.	4,00	64,78	66,90	55,11	72,98	7,24	4,59
Kreise insg.	11,00	63,46	63,60	47,33	77,74	9,36	-1,61
Thüringen	23,00	51,06	50,00	36,26	70,22	8,23	11,30
Kreisfreie Städte insg.	6,00	54,83	54,12	43,76	65,57	6,68	4,34
Kreise insg.	17,00	49,82	49,56	36,26	70,22	8,46	13,34

Gute Beispiele

Stadt Mülheim an der Ruhr – Integrativ wohnen im Fliednerdorf

Kurzbeschreibung: Im Fliednerdorf leben alte und junge Menschen, Menschen mit und ohne Behinderung zusammen. Ein Schwerpunkt liegt auf der Betreuung von Menschen mit Demenz. Das integrative Wohnkonzept des Fliednerdorfes bewährt sich bereits seit 1987. Es gibt normale Mietwohnungen, betreutes sowie heilpädagogisch begleitetes Wohnen und vollstationäre Pflege. Im Dorf wird viel Wert auf Gemeinschaftsleben gelegt.

- <https://www.wegweiser-kommune.de/projekte/kommunal/nordrhein-westfalen/mulheim-an-der-ruhr-integrativ-wohnen-im-fliednerdorf>

Stadt Braunschweig – Betreute Wohngruppen

Kurzbeschreibung: Altenbetreuung und –pflege ist in der Familie oftmals nicht möglich. In Braunschweig können ältere Menschen als Alternative zum Heimaufenthalt in betreuten Wohngruppen leben und dort auch bei zunehmender Hilfsbedürftigkeit bleiben.

- <https://www.wegweiser-kommune.de/projekte/kommunal/niedersachsen/braunschweig-betreute-wohngruppen>

Stadt Münster – Betreutes Wohnen für ältere ehemalige Wohnungslose

Kurzbeschreibung: In Münster sind in einer ehemaligen Kirche Wohnmöglichkeiten für ältere ehemalige Wohnungslose entstanden, die auf deren besondere Bedürfnisse zugeschnitten sind. Die Einzelapartments ermöglichen individuelles Wohnen, die Gemeinschaftsflächen hingegen Geselligkeit und gemeinsame Aktivitäten. Durch innenstadtnahes Wohnen und Einbindung ins Stadtquartier werden die Bewohner ins Leben der Stadt integriert.

- <https://www.wegweiser-kommune.de/projekte/kommunal/nordrhein-westfalen/munster-betreutes-wohnen-fur-altere-ehemalige-wohnungslose>

Gemeinde Lenningen – Lenniger Netz

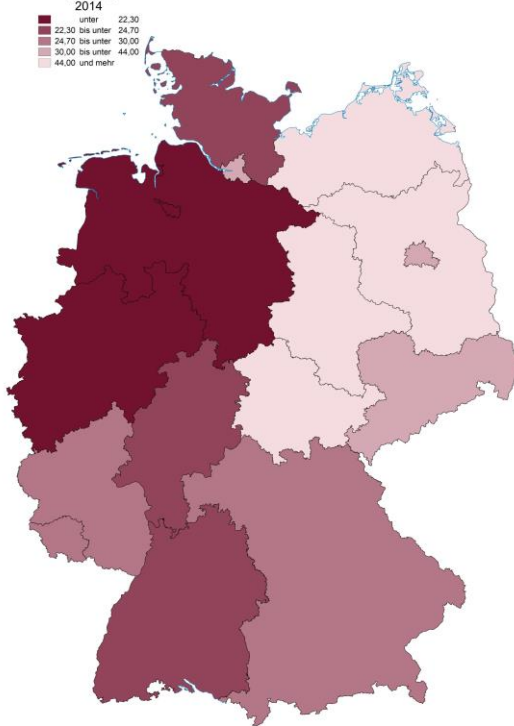
Kurzbeschreibung: In Lenningen im baden-württembergischen Landkreis Esslingen hat sich der Verein „Lenniger Netz e. V.“ gegründet um den bedarfsgerechten Ausbau aller Aktivitäten in der Alten- und Behindertenhilfe zu koordinieren und zu vernetzen. Ziel ist es, die Lebens- und Wohnsituation älterer Menschen zu verbessern.

- <https://www.wegweiser-kommune.de/projekte/kommunal/baden-wuerttemberg/lenningen-lenniger-ne-1>

3.10 Betreuung von Kindern (unter 3-Jährige) (Prozent)

Indikator: Betreuung von Kindern (unter 3-Jährige)	
Dimension	Soziales
Thema	Bildung
Ziel	Frühkindliche Bildung fördern
Kernindikator	Betreuung von Kindern (unter 3-Jährige) – Betreute Kinder in Tageseinrichtungen für unter 3-Jährige
Nachhaltigkeitsrelevanz	Der Ausbau der Kinderbetreuung hat zum Ziel, die Bildungschancen der Kinder – unabhängig von der Herkunft und dem Bildungsstand der Eltern – zu erhöhen. Gleichzeitig soll damit beiden Elternteilen eine Erwerbstätigkeit ermöglicht werden. Aus diesen Gründen ist der Indikator für die soziale Dimension (Bildung, Gleichberechtigung, Chancengleichheit, demographischer Wandel) wie auch für die ökonomische Dimension (finanzielle Situation der Eltern) von Bedeutung.
Herkunft	Dieser Indikator wird in vielen kommunalen (z. B. Augsburg 2010, Münster 2013, Bonn 2012) sowie anderen Indikatorensammlungen (z. B. Deutsche Umwelthilfe 2004; Statistisches Bundesamt 2014) verwendet.
Validität	Die Betreuungsquote lässt zwar noch keine Aussage darüber, wie es um die Qualität der Betreuung bestellt ist, wer die Angebote wahrnimmt und ob die Nachfrage gedeckt werden kann. Dennoch ist davon auszugehen, dass alle Betreuungseinrichtungen frühkindliche Bildung ermöglichen und damit die Validität des Indikators hoch ist.
Datenqualität	Die Datenqualität ist hoch, da in der Statistik sowohl Kinder in Kindertageseinrichtungen als auch Kinder in Tagespflege erfasst werden und dadurch eine umfassende Kennzahl des Anteils tatsächlich in Tagesbetreuung stehender Kinder an allen Kindern der entsprechenden Altersgruppe zur Verfügung steht.
Datenverfügbarkeit	Die Daten werden jährlich aktualisiert und sind in einer Zeitreihe verfügbar. Für einige Bundesländer liegen die Daten nur auf Kreisebene vor und können für die Jahre 2006 bis 2014 abgerufen werden. Für die Auswertung auf Gemeindeebene ist eine Sonderauswertung notwendig.
Funktion	Output-Indikator.
Wechselwirkungen	Es können weitergehende Erkenntnisse gewonnen werden, wenn der Indikator mit anderen Indikatoren des Themas „Bildung“ (für eine langfristige Perspektive insbesondere Schulabbrecherquote und Schulabgänger mit (Fach-)Hochschulreife) in Beziehung gesetzt wird. Zudem kann insbesondere eine Differenzierung nach deutschen und ausländischen Kindern erste Hinweise zur Integration ermöglichen.
Rahmenbedingungen	Die Betreuungsquote der unter 3-jährigen Kinder ist in ostdeutschen Kommunen und Landkreisen deutlich höher als in Westdeutschland. Dies liegt in der hohen Erwerbsbeteiligung von Frauen und dem flächendeckenden Ausbau der Kinderbetreuungsinfrastruktur der ehemaligen DDR begründet. Weiterhin gibt es in der Versorgung und Nachfrage nach Betreuungsplätzen für Kinder unter 3 Jahren ein deutliches Stadt-/Landgefälle.
Berechnung	Anzahl betreute U3-Jährige in Tageseinrichtungen (Stichtag: 1.3.) / Bevölkerung U3-Jährige (31.12. des Vorjahres) * 100
Quelle	Wegweiser Kommune (Statistische Ämter der Länder, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung)
Einheit	%
Abgerufen für	2006–2014

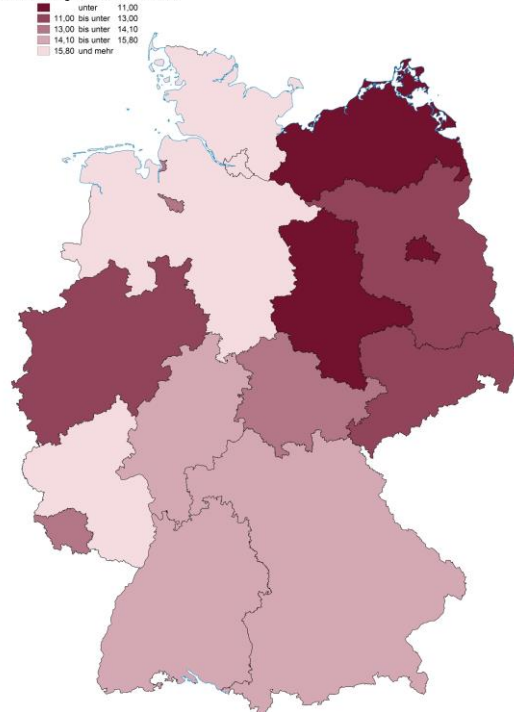
Betreuung von Kindern (unter 3-Jährige)
(Prozent)
2014



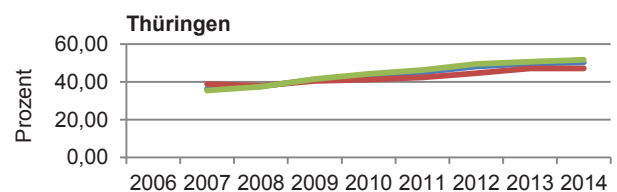
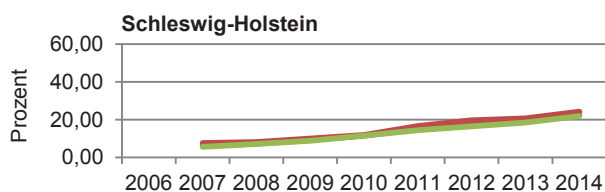
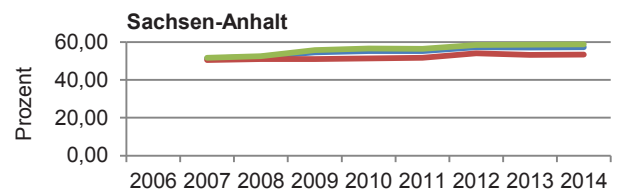
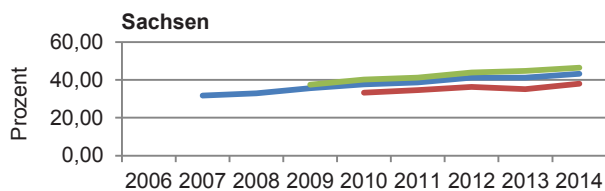
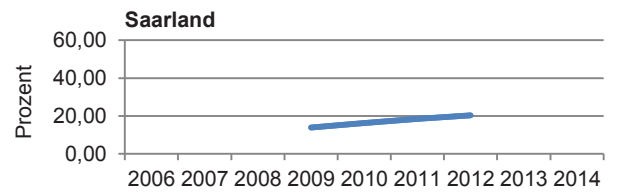
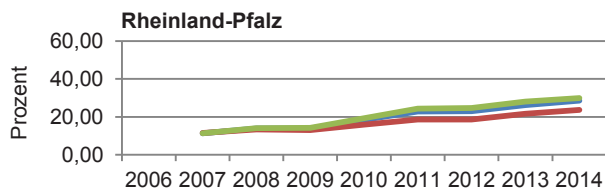
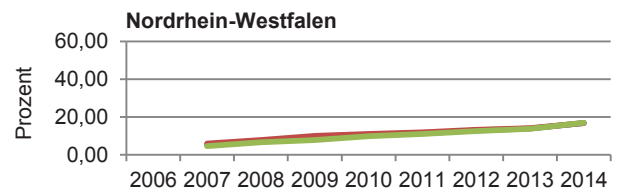
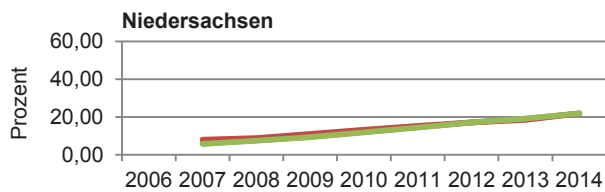
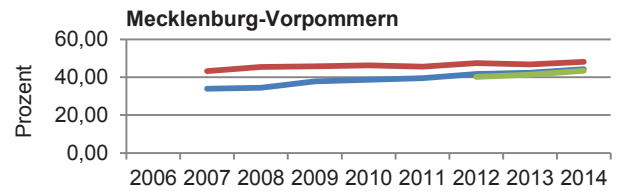
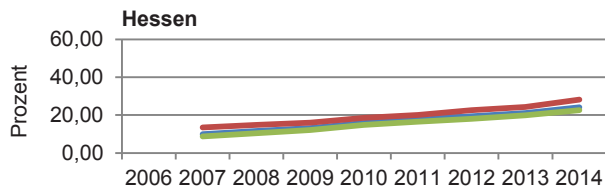
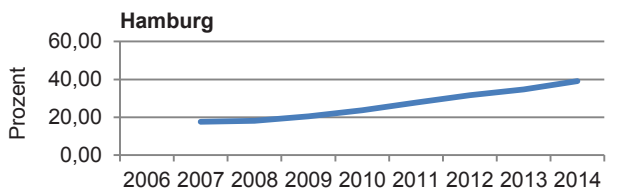
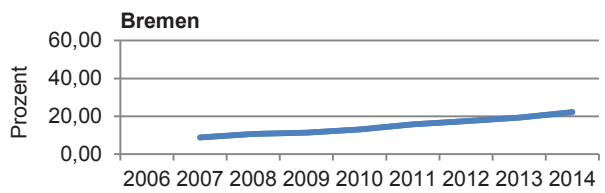
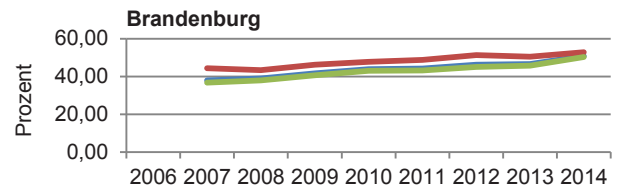
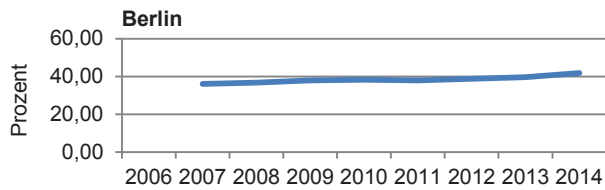
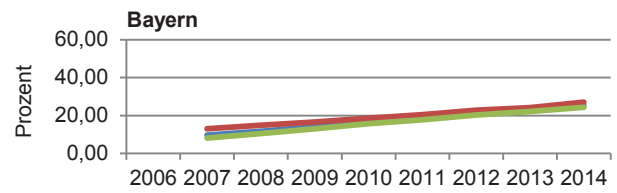
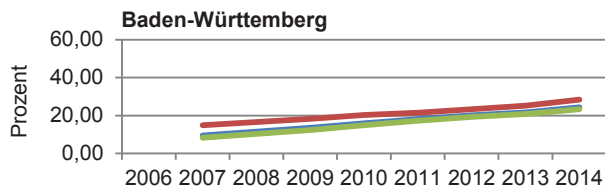
Bei den Betreuungsquoten von unter 3-jährigen Kindern sind 2014 sowohl deutliche Unterschiede zwischen den ostdeutschen und den westdeutschen Ländern, als auch innerhalb der Gruppe der ostdeutschen bzw. westdeutschen Länder zu beobachten: Im Osten schwanken die Quoten zwischen 41,92 % in Berlin und 57,36 % in Sachsen-Anhalt, im Westen liegen sie zwischen 21,87 % in Niedersachsen und 39,10 % in Hamburg.

Betreuung von Kindern (unter 3-Jährige)
(Prozent)

Veränderung von 2007 bis 2014



In den Jahren von 2007 bis 2014 sind die Betreuungsquoten von unter 3-jährigen Kindern in allen Bundesländern gestiegen. Am stärksten waren die Zuwächse in Hamburg, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Niedersachsen; am wenigsten haben die Quoten in Berlin, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern zugenommen. In diesen Ländern lagen die Quoten 2007 allerdings auch schon auf einem hohen Niveau.



Legende: Rote Linie (Kreisfreie Städte) – Grüne Linie (Kreise) – Blaue Linie (Land)

Im Zeitvergleich zeigt sich bei allen Bundesländern ein weitgehend stetiger Anstieg der Betreuungsquote von unter 3-Jährigen Kindern. Allerdings fällt der Anstieg in den ostdeutschen Ländern – unter Berücksichtigung des relativ hohen Anfangsniveaus – im Vergleich zu den westdeutschen Ländern moderater aus.

Bei der Betrachtung der zeitlichen Entwicklung ist zu berücksichtigen, dass zum 01.08.2013 der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr in Deutschland eingeführt worden ist. Dies führte und führt in den Ländern bzw. Kommunen mehr oder weniger schnell zu einer Ausweitung des Betreuungsangebotes und – bei entsprechender Nachfrage – auch zu einer Erhöhung der Betreuungsquote von unter 3-Jährigen. Bei näherer Betrachtung zeigt sich allerdings eine differenzierte Entwicklung im Hinblick auf die einzelnen Altersjahrgänge: „Insbesondere bei den Zweijährigen ist ein Anstieg der [Betreuungs- bzw.] Bildungsbeteiligung zu verzeichnen: Während im Jahr 2010 bundesweit 43,3 % der Zweijährigen in einer KiTa oder in der Kindertagespflege betreut wurden, sind es 2014 bereits 59,7 %. Bei den einjährigen Kindern ist ebenfalls eine Zunahme zu beobachten, die jedoch mit einem Anstieg von 22,7 % im Jahr 2010 auf 34,6 % im Jahr 2014 nicht ganz so deutlich ausfällt“ (Bertelsmann Stiftung 2015, 6). Auch in Bezug auf die einzelnen Bundesländer zeigen sich an dieser Stelle deutliche Unterschiede: „Während etwa zum 01.03.2014 im Saarland 46,6 % der zweijährigen Kinder in Kindertagesbetreuung sind, beläuft sich dieser Anteil in Brandenburg sowie in Thüringen auf jeweils 91,0 %. Bei den Einjährigen wiederum variiert die Bildungsbeteiligung zwischen den Bundesländern von 20,1 % (Rheinland-Pfalz) bis zu 76,3 % (Sachsen-Anhalt) [...]“ (Bock-Famulla et al. 2015, 7).

Zwischen den Betreuungsquoten der unter 3-jährigen Kinder gibt es zwischen den kreisfreien Städten und den Kreisen i. d. R. keine besonderen Unterschiede. Zum Teil liegen die Betreuungsquoten in den kreisfreien Städten oberhalb der Quoten in den Kreisen (z. B. in Mecklenburg-Vorpommern), zum Teil ist es umgekehrt (z. B. in Sachsen).

Bei einer vertiefenden Analyse der Betreuungssituation von unter 3-Jährigen in den Kommunen sind verschiedene weitere Faktoren zu berücksichtigen, wie z. B. das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage nach entsprechenden Betreuungsplätzen, der Umfang der Betreuungszeiten (die rechtlichen Regelungen sind hier von Land zu Land unterschiedlich; für eine Übersicht: vgl. Bertelsmann Stiftung 2015, 8), die Qualität der Betreuung bzw. frühkindlichen Bildung im Hinblick auf Qualitätsstandards und Betreuungsschlüssel (wie z. B. Fachkraft-Kind-Relationen und Personalkapazitäten für Leitungsaufgaben) und die Regelungen zur Beitragshöhe bzw. -freiheit.

Betreuung von Kindern (unter 3-Jährige) (Prozent)							
	2014						Veränderung 2007-2014
	N	Mean	Median	Min	Max	SD	
Baden-Württemberg	44,00	24,23	22,84	15,43	38,56	4,90	14,76
Kreisfreie Städte insg.	9,00	28,30	26,05	18,41	38,56	6,74	13,50
Kreise insg.	35,00	23,25	22,53	15,43	30,56	3,84	14,94
Bayern	96,00	25,14	23,02	13,14	42,15	6,77	15,60
Kreisfreie Städte insg.	25,00	27,00	23,75	13,14	42,15	6,64	13,98
Kreise insg.	71,00	24,28	22,31	13,16	41,77	6,81	16,15
Brandenburg	18,00	50,76	52,58	41,94	61,42	4,67	12,71
Kreisfreie Städte insg.	4,00	52,80	53,28	47,70	61,42	4,91	8,38
Kreise insg.	14,00	50,31	52,41	41,94	59,99	4,41	13,55
Hessen	26,00	24,11	24,90	16,24	31,30	3,45	14,20
Kreisfreie Städte insg.	5,00	28,13	26,40	18,99	31,30	3,98	14,73
Kreise insg.	21,00	22,54	24,29	16,24	27,31	3,13	13,82
Mecklenburg-Vorpommern	8,00	44,31	43,55	37,90	48,62	3,42	10,29
Kreisfreie Städte insg.	2,00	48,13	47,96	47,53	48,39	0,43	4,86
Kreise insg.	6,00	43,37	43,16	37,90	48,62	3,13	k.A.
Niedersachsen	46,00	21,87	21,96	12,67	30,48	3,97	15,84
Kreisfreie Städte insg.	8,00	21,86	20,93	12,67	27,23	5,32	13,84
Kreise insg.	38,00	21,87	21,96	14,73	30,48	3,53	16,11
Nordrhein-Westfalen	53,00	16,87	16,54	8,77	23,82	3,14	11,70
Kreisfreie Städte insg.	22,00	16,83	15,54	8,77	22,36	3,54	10,79
Kreise insg.	31,00	16,91	16,81	10,38	23,82	2,74	12,31
Rheinland-Pfalz	36,00	28,62	27,79	16,21	38,40	5,32	17,33
Kreisfreie Städte insg.	12,00	23,63	25,03	16,98	34,46	4,88	12,17
Kreise insg.	24,00	29,95	29,77	16,21	38,40	4,72	18,72
Saarland	6,00	24,79	26,62	21,51	34,39	4,66	13,34
Kreisfreie Städte insg.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Kreise insg.	6,00	24,79	26,62	21,51	34,39	4,66	13,34
Sachsen	13,00	43,21	45,86	31,98	55,10	5,82	11,54
Kreisfreie Städte insg.	3,00	38,00	41,96	31,98	42,98	4,96	k.A.
Kreise insg.	10,00	46,52	46,61	40,67	55,10	4,67	k.A.
Sachsen-Anhalt	14,00	57,36	57,55	52,58	62,17	3,33	5,97
Kreisfreie Städte insg.	3,00	53,34	53,38	52,74	55,30	1,09	2,81
Kreise insg.	11,00	58,85	59,60	52,58	62,17	2,99	7,17
Schleswig-Holstein insg.	15,00	22,38	21,98	13,90	29,08	3,48	16,32
Kreisfreie Städte insg.	4,00	24,30	24,36	20,24	27,61	2,62	16,57
Kreise insg.	11,00	21,79	21,91	13,90	29,08	3,55	16,20
Thüringen	23,00	50,35	51,83	40,69	58,07	3,87	14,08
Kreisfreie Städte insg.	6,00	47,01	49,43	40,69	56,74	4,65	8,21
Kreise insg.	17,00	51,65	52,44	45,75	58,07	3,22	16,28

Gute Beispiele

Stadt Ludwigsburg – Kinder- und Familienzentren

Kurzbeschreibung: Frühkindliche Bildung, eine familienfreundliche Infrastruktur zur Betreuung und Erziehung von Kindern zwischen null und sechs Jahren und die Einbeziehung der Eltern bieten die Ludwigsburger Kinder- und Familienzentren. Dafür hat die Stadt Ludwigsburg ein Konzept entwickelt und umgesetzt. Kernpunkte sind u. a. ein niederschwelliges Angebot mit Bildungs-, Betreuungs-, und Begegnungsangeboten, Sozialraumorientierung und Familienförderung.

- <https://www.wegweiser-kommune.de/projekte/kommunal/baden-wuerttemberg/ludwigsburg-kinder-und-familienzentren>

Verbandsgemeinde Beetzendorf-Diesdorf – KitaMobil

Kurzbeschreibung: In ländlichen Gebieten wird es durch Bevölkerungsrückgang und abnehmende Geburten zunehmend schwierig, wohnortnahe Kinderbetreuungsmöglichkeiten anzubieten. Im Projekt „KitaMobil“ wurden alternative Mobilitätsangebote und neue Finanzierungsmodelle entwickelt, um die Versorgung mit Kitas aufrechterhalten zu können und somit für junge Familien attraktiv zu sein.

- <https://www.wegweiser-kommune.de/projekte/kommunal/sachsen-anhalt/beetzendorf-diesdorf-kitamobil>

Stadt Bielefeld – Minimax: Flexible Betreuung schaffen – ein Mehrwert für Familien und Unternehmen

Kurzbeschreibung: Minimax richtet sich an Unternehmen, deren Mitarbeiter flexible oder atypische Arbeitszeiten haben oder frühzeitig aus der Elternzeit zurückkommen möchten. Die Plätze werden von den einzelnen Betrieben gebucht. Die Eltern zahlen bei Minimax den einkommensabhängigen Elternbeitrag. Die erweiterten Öffnungszeiten werden über die Unternehmerpauschale finanziert.

- <https://www.wegweiser-kommune.de/projekte/kommunal/nordrhein-westfalen/bielefeld-minimax-flexible-betreuung-schaffen-ein-mehrwert-fur-familien-und-unternehmen>

Stadt Langen – Der Elternservice

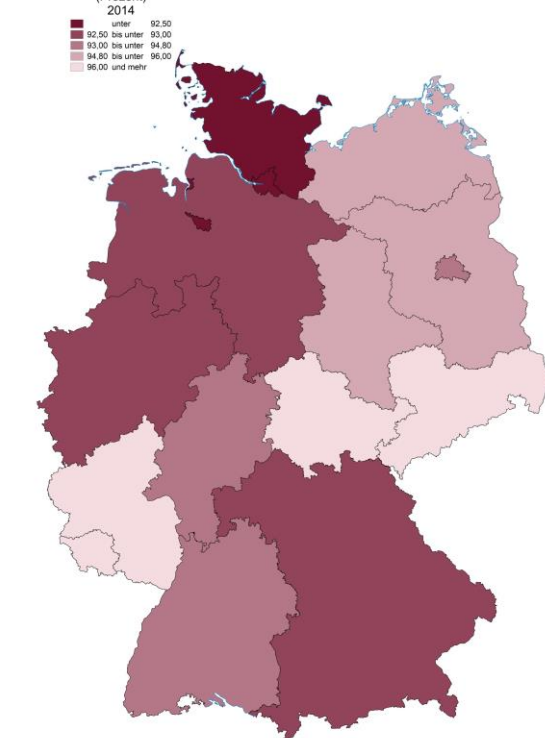
Kurzbeschreibung: Der Elternservice in Langen hat sich zum Ziel gesetzt, die Kinderbetreuung vor Ort qualitativ und quantitativ zu verbessern. Mit individuellen und bedarfsgerechten Angeboten sollen Familien unterstützt und Beratung, Information, Vermittlung und Fortbildung angeboten werden.

- <https://www.wegweiser-kommune.de/projekte/kommunal/hessen/langen-der-elternservice>

3.11 Betreuung von Kindern (3- bis 5-Jährige) (Prozent)

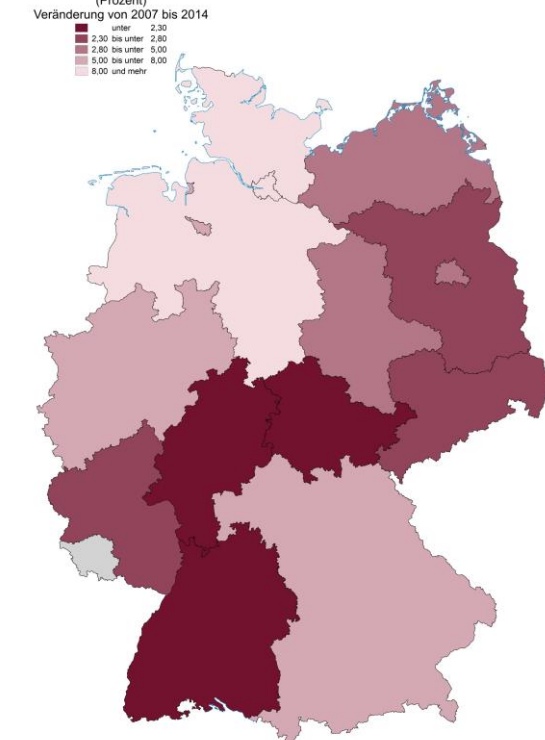
Indikator: Betreuung von Kindern (3- bis 5-Jährige)	
Dimension	Soziales
Thema	Bildung
Ziel	Frühkindliche Bildung fördern
Kernindikator	Betreuung von Kindern (3- bis 5-Jährige) – Betreute Kinder in Tageseinrichtungen für 3- bis 5-Jährige
Nachhaltigkeitsrelevanz	Neben der Betreuungsquote für Kinder unter 3 Jahren ist auch die Betreuungssituation älterer Kinder ein wichtiger Indikator für nachhaltige Entwicklung, da auch der Ausbau der Betreuung von Kindern dieser Altersstufe zum Ziel hat, die Bildungschancen der Kinder – unabhängig von der Herkunft und dem Bildungsstand der Eltern – zu erhöhen und damit beiden Elternteilen eine Erwerbstätigkeit zu ermöglichen. Aus diesen Gründen ist der Indikator für die soziale Dimension (Bildung, Gleichberechtigung, Chancengleichheit, demographischer Wandel) wie auch für die ökonomische Dimension (finanzielle Situation der Eltern) von Bedeutung.
Herkunft	Der Indikator wird in vielen kommunalen Nachhaltigkeitsberichten (z. B. Münster 2013, Bonn 2012) sowie anderen Indikatorenansammlungen (z. B. Deutsche Umwelthilfe 2004) verwendet.
Validität	Die Betreuungsquote macht zwar noch keine Aussage dazu, wie es um die Qualität der Betreuung bestellt ist, wer die Angebote wahrnimmt und ob die Nachfrage gedeckt werden kann. Dennoch ist davon auszugehen, dass alle Einrichtungen frühkindliche Bildung ermöglichen und damit die Validität des Indikators hoch ist.
Datenqualität	Die Datenqualität ist hoch, da in der Statistik sowohl Kinder in Kindertageseinrichtungen, als auch Kinder in Tagespflege erfasst werden und dadurch eine umfassende Kennzahl des Anteils tatsächlich in Tagesbetreuung stehender Kinder an allen Kindern der entsprechenden Altersgruppe zur Verfügung steht.
Datenverfügbarkeit	Die Daten werden regelmäßig (jährlich) aktualisiert und sind in einer Zeitreihe verfügbar. Für einige Bundesländer liegen die Daten nur auf Kreisebene vor und können für die Jahre 2006 bis 2014 abgerufen werden. Für die Auswertung auf Gemeindeebene ist eine u. U. kostenpflichtige Sonderauswertung notwendig.
Funktion	Output-Indikator.
Wechselwirkungen	Es können weitergehende Erkenntnisse gewonnen werden, wenn der Indikator mit anderen Indikatoren des Themas Bildung (für eine langfristige Perspektive insbesondere Schulabbrecherquote und Schulabgänger mit (Fach-)Hochschulreife) in Beziehung gesetzt wird. Zudem kann insbesondere eine Differenzierung nach deutschen und ausländischen Kindern Hinweise zur Integration ermöglichen.
Rahmenbedingungen	Die Betreuungsquote der 3- bis 5-jährigen Kinder ist in ostdeutschen Städten, Gemeinden und Landkreisen höher als in Westdeutschland. Dies liegt in der hohen Erwerbsbeteiligung von Frauen und dem flächendeckenden Ausbau der Kinderbetreuungsinfrastruktur der ehemaligen DDR begründet. Weiterhin gibt es in der Versorgung und Nachfrage nach Betreuungsplätzen ein deutliches Stadt-/Landgefälle.
Berechnung	Anzahl betreute Nichtschulkinder 3–5 Jahre in Tageseinrichtungen (Stichtag: 1.3.) / Bevölkerung 3–5 Jahre (31.12. des Vorjahres) * 100
Quelle	Wegweiser Kommune (Statistische Ämter der Länder, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung)
Einheit	%
Abgerufen für	2006–2014

Betreuung von Kindern (3- bis 5-Jährige)
(Prozent)

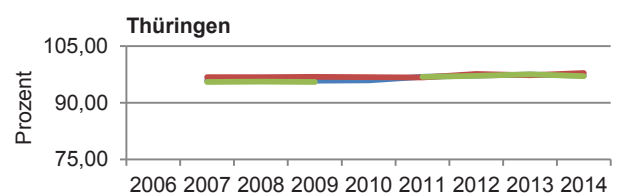
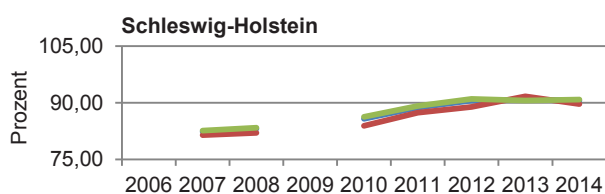
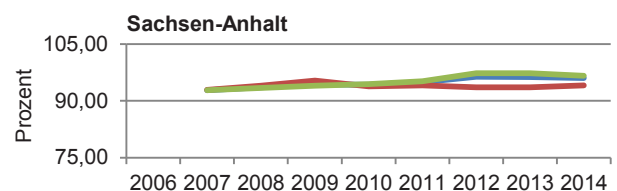
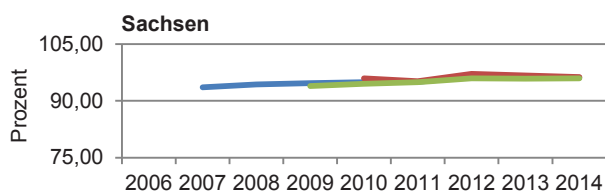
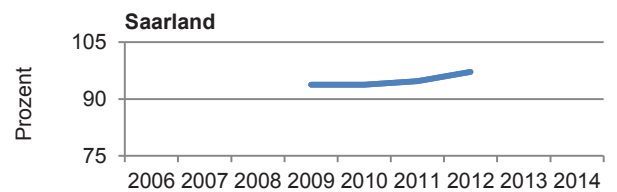
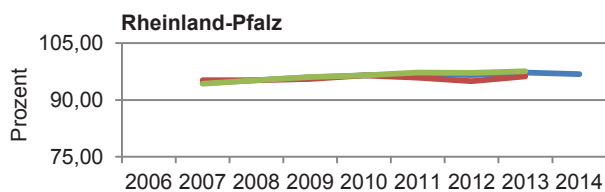
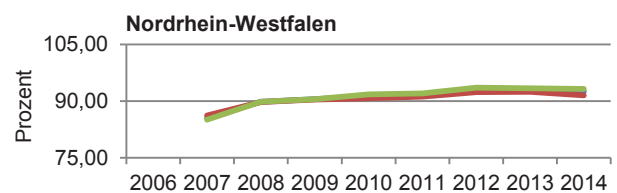
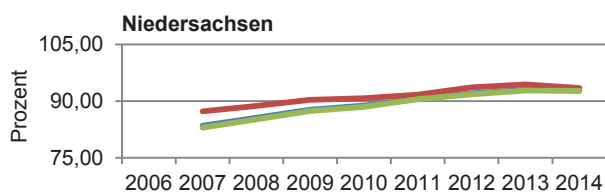
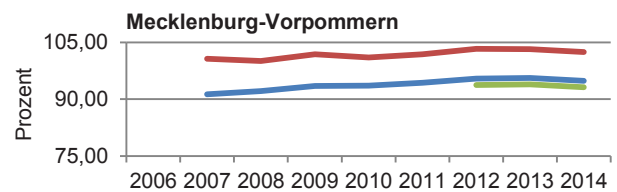
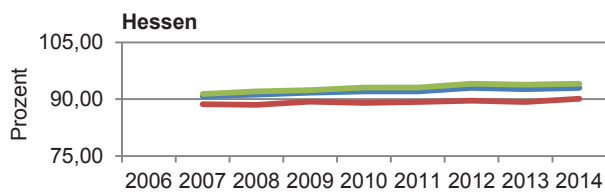
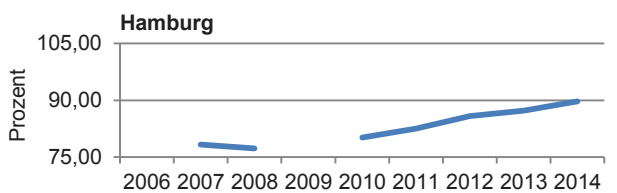
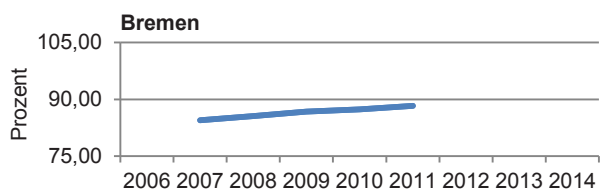
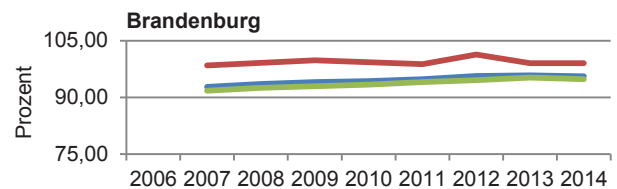
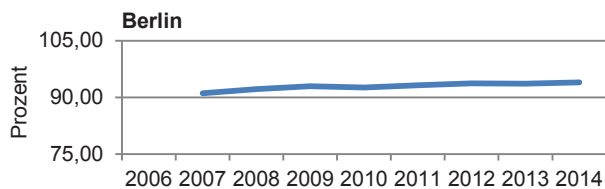
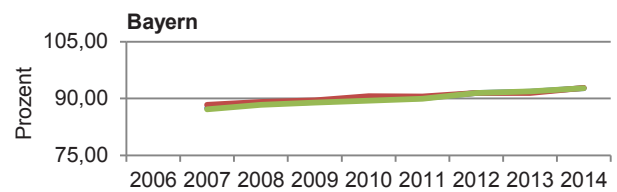
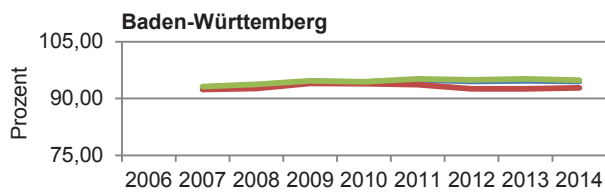


Bei den Betreuungsquoten der 3- bis 5-Jährigen sind die Unterschiede zwischen Ost und West bzw. einzelnen Ländern weniger gravierend als bei den Quoten der unter 3-Jährigen: Im Osten schwanken die Quoten zwischen 94,87 % in Mecklenburg-Vorpommern und 97,22 % in Thüringen; im Westen liegen sie zwischen 89,7 % in Hamburg und 98,52 % im Saarland.

Betreuung von Kindern (3- bis 5-Jährige)
(Prozent)



In den Jahren von 2007 bis 2014 sind die Betreuungsquoten der 3- bis 5-Jährigen – ebenso wie die Quoten der unter 3-Jährigen – in allen Bundesländern gestiegen. Dabei fällt auf, dass die Betreuungsquoten der 3- bis 5-Jährigen in Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein relativ stark und in Thüringen, Baden-Württemberg und Hessen vergleichsweise wenig zugenommen haben. Insgesamt bewegen sich die Quoten in allen Bundesländern aber bereits auf einem hohen Niveau.



Legende: Rote Linie (Kreisfreie Städte) – Grüne Linie (Kreise) – Blaue Linie (Land)

Die Zeitreihengrafiken der Betreuungsquoten von 3- bis 5-jährigen Kindern machen unterschiedliche Entwicklungsverläufe in den einzelnen Ländern transparent. In einigen Ländern ist die Betreuungsquote im Betrachtungszeitraum relativ gleichmäßig von Jahr zu Jahr gestiegen (siehe z. B. Bayern und Hessen). In anderen Ländern ist die Betreuungsquote zu Beginn stärker gewachsen als gegen Ende des betrachteten Zeitraums (siehe z. B. Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen). Zum Teil sind aber auch gerade erst in den letzten Jahren bis 2014 stärkere Zuwächse zu verzeichnen gewesen (siehe z. B. Hamburg und Schleswig-Holstein).

Insgesamt zeigt sich, dass die Betreuungsquoten der 3- bis 5-Jährigen – zum Teil deutlich – höher liegen als die Betreuungsquoten der unter 3-Jährigen. Bei der Betreuungsquote der 3- bis 5-Jährigen gilt darüber hinaus, dass die Unterschiede zwischen den Ländern weniger stark ausgeprägt sind als bei der Betreuungsquote der unter 3-Jährigen. Trotzdem sind zum Teil noch Differenzen vorhanden: Im Jahr 2014 beträgt der Unterschied zwischen dem niedrigsten Wert in Hamburg (89,7 %) und dem höchsten Wert im Saarland (98,52 %) knapp zehn Prozent. Die Differenzen zwischen den Ländern erklären sich vor allem durch unterschiedliche Betreuungsquoten der 3-jährigen Kinder; bei den 4- bis 5-jährigen Kindern weichen die Betreuungsquoten weniger stark voneinander ab (vgl. Bock-Famulla et al. 2015, 7).

Zwischen den Betreuungsquoten der 3- bzw. 5-jährigen Kinder gibt es zwischen den kreisfreien Städten und den Kreisen i. d. R. keine besonderen Unterschiede. Ausnahmen bilden hier Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern: In beiden Ländern liegen die Betreuungsquoten in den kreisfreien Städten systematisch oberhalb der Betreuungsquoten in den Kreisen.

Bei einer vertieften Analyse der Betreuungssituation von 3- bis 5-Jährigen in den Kommunen sind – ebenso wie bei den jüngeren Kindern – verschiedene weitere Faktoren zu berücksichtigen, wie z. B. das Verhältnis von Angebot und Nachfrage, die Betreuungsqualität, die Personalausstattung der KiTas bei Fach- und Leitungskräften sowie die Höhe der Gebühren.

Betreuung von Kindern (3- bis 5-Jährige) (Prozent)							
	2014						Veränderung 2007-2014
	N	Mean	Median	Min	Max	SD	
Baden-Württemberg	44,00	94,51	94,57	90,63	96,70	1,40	1,49
Kreisfreie Städte insg.	9,00	92,81	92,71	90,63	96,61	2,06	0,44
Kreise insg.	35,00	94,89	94,72	92,28	96,70	0,99	1,74
Bayern	96,00	92,77	93,22	84,17	108,08	3,81	5,31
Kreisfreie Städte insg.	25,00	92,83	95,03	84,17	108,08	5,35	4,52
Kreise insg.	71,00	92,75	93,04	84,42	99,16	2,87	5,57
Brandenburg	18,00	95,58	95,84	90,67	101,18	2,77	2,76
Kreisfreie Städte insg.	4,00	99,08	98,94	98,14	101,18	1,14	0,59
Kreise insg.	14,00	94,86	94,98	90,67	100,52	2,47	3,05
Hessen	26,00	93,03	94,04	85,95	96,53	2,38	2,27
Kreisfreie Städte insg.	5,00	90,09	91,95	85,95	93,30	2,70	1,38
Kreise insg.	21,00	94,07	94,39	89,00	96,53	1,71	2,71
Mecklenburg-Vorpommern	8,00	94,87	94,37	90,77	103,25	4,19	3,60
Kreisfreie Städte insg.	2,00	102,48	102,08	100,92	103,25	1,17	1,80
Kreise insg.	6,00	93,16	93,63	90,77	94,93	1,64	k.A.
Niedersachsen	46,00	92,77	92,74	83,50	97,56	3,28	9,33
Kreisfreie Städte insg.	8,00	93,48	92,54	85,45	97,42	3,67	6,17
Kreise insg.	38,00	92,67	92,96	83,50	97,56	3,18	9,71
Nordrhein-Westfalen	53,00	92,55	93,40	85,11	96,93	2,72	7,06
Kreisfreie Städte insg.	22,00	91,52	91,75	85,11	96,79	2,79	5,31
Kreise insg.	31,00	93,25	93,91	87,23	96,93	2,48	8,19
Rheinland-Pfalz	36,00	96,79	97,02	60,68	103,70	6,29	2,32
Kreisfreie Städte insg.	12,00	96,22	96,70	94,11	101,40	2,02	1,02 ¹
Kreise insg.	24,00	95,67	97,02	60,68	103,70	7,54	3,31 ¹
Saarland	6,00	98,52	98,88	95,51	102,26	2,39	4,78 ²
Kreisfreie Städte insg.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Kreise insg.	6,00	98,52	98,88	95,51	102,26	2,39	4,78 ²
Sachsen	13,00	96,08	96,07	93,25	99,71	1,75	2,54
Kreisfreie Städte insg.	3,00	96,27	94,63	93,25	99,71	2,78	k.A.
Kreise insg.	10,00	95,98	96,38	93,88	97,84	1,28	k.A.
Sachsen-Anhalt	14,00	95,99	95,93	92,62	98,94	1,63	3,17
Kreisfreie Städte insg.	3,00	94,11	95,02	92,62	95,31	1,21	1,20
Kreise insg.	11,00	96,66	96,25	94,12	98,94	1,41	3,87
Schleswig-Holstein insg.	15,00	90,57	91,22	84,17	98,19	3,22	8,17
Kreisfreie Städte insg.	4,00	89,64	89,94	84,17	98,19	5,24	8,22
Kreise insg.	11,00	90,82	91,22	86,56	93,76	2,03	8,20
Thüringen	23,00	97,22	97,08	92,86	100,18	1,60	1,40
Kreisfreie Städte insg.	6,00	97,84	98,14	95,53	100,06	1,74	1,05
Kreise insg.	17,00	96,98	97,05	92,86	100,18	1,44	1,48

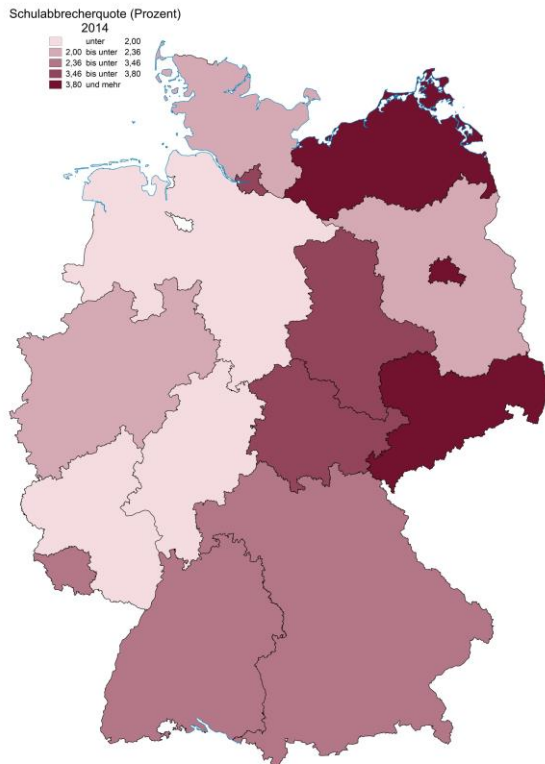
¹ Veränderung 2007-2013² Veränderung 2009-2014

Gute Beispiele

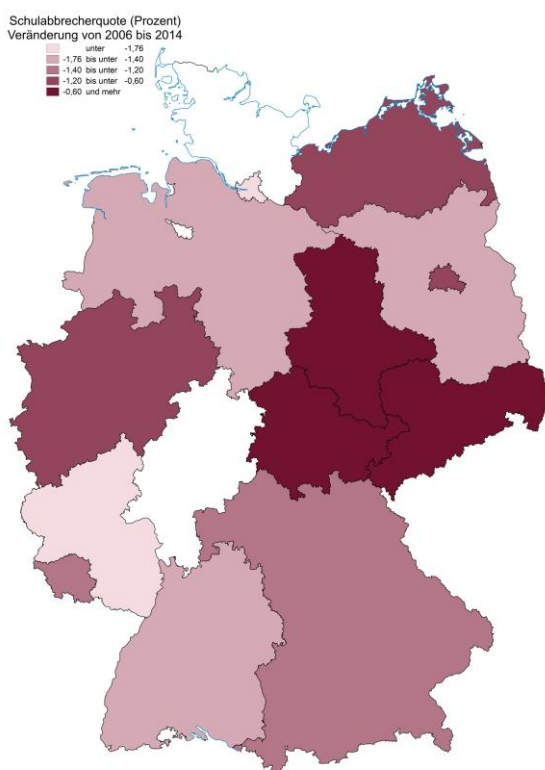
Für gute Beispiele zur Betreuung von 3- bis 5-Jährigen wird auf die guten Beispiele zur Betreuung von unter 3-Jährigen verwiesen.

3.12 Schulabbrecherquote (Prozent)

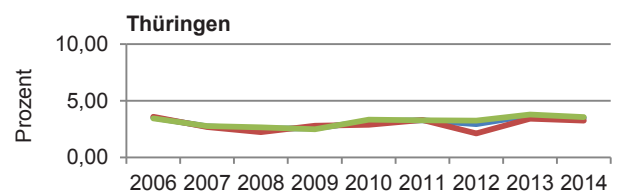
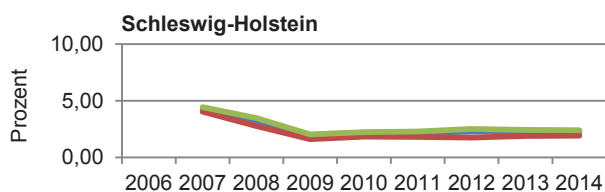
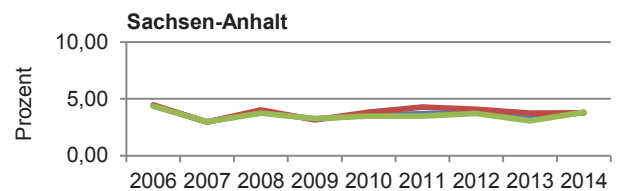
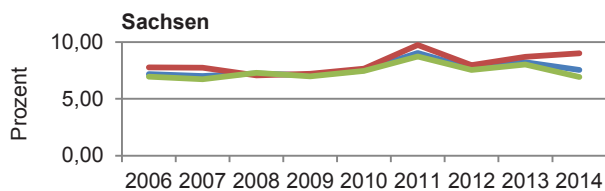
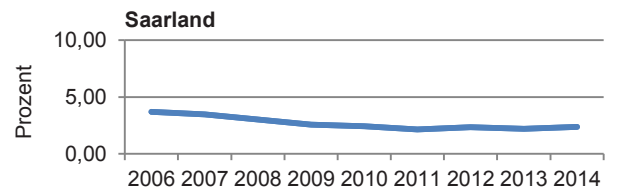
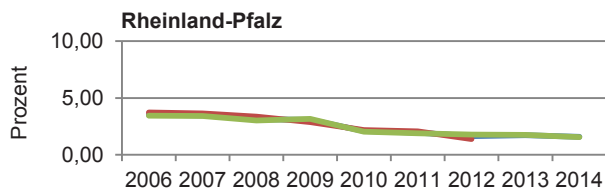
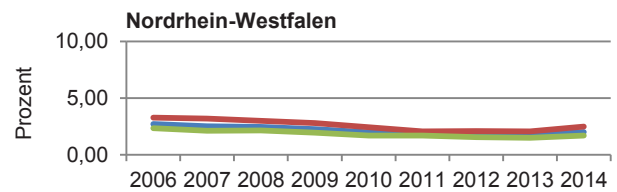
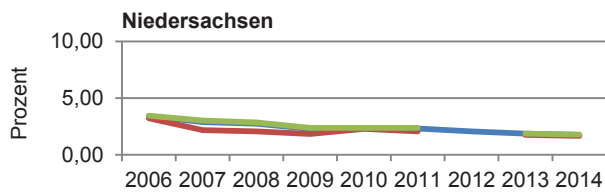
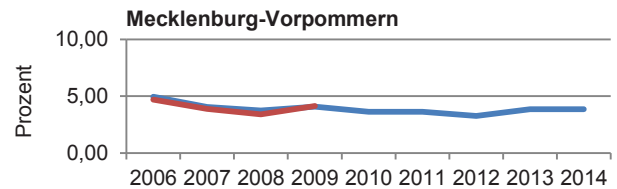
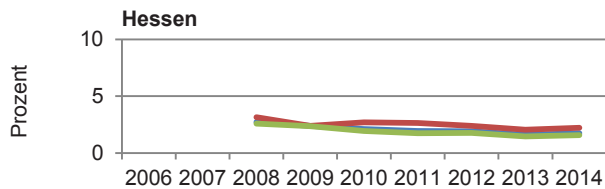
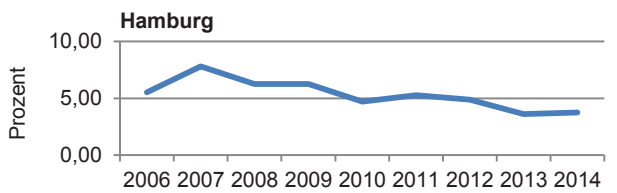
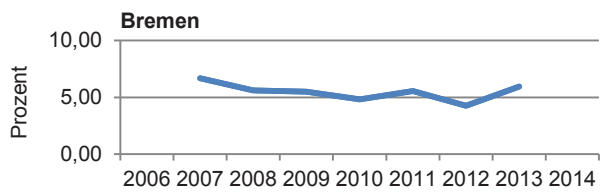
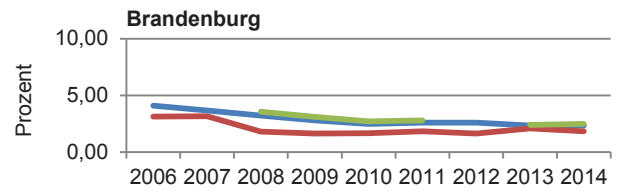
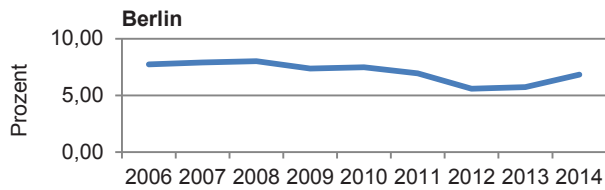
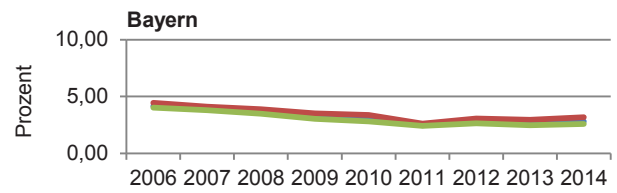
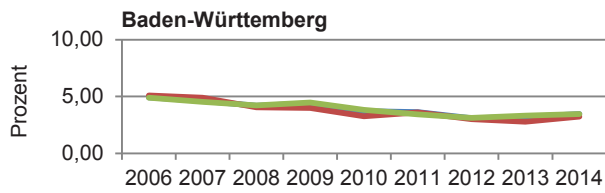
Indikator: Schulabbrecherquote	
Dimension	Soziales
Thema	Bildung
Ziel	Bildungserfolge ermöglichen
Kernindikator	Schulabbrecherquote – Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss an allen Abgängern allgemeinbildender/berufsbildender Schulen mit allgemeinbildendem Abschluss (Andere Werte im Chancenspiegel der Bertelsmann Stiftung erklären sich über eine andere Grundgesamtheit – im Chancenspiegel wird der Anteil an der gleichaltrigen Wohnbevölkerung zum Stichtag 31.12. des jeweiligen Vorjahres ausgewiesen.)
Nachhaltigkeitsrelevanz	Für die Zukunftsfähigkeit einer Kommune ist Bildung ein Schlüsselthema. Ziel der Schulbildung ist es, Kinder und Jugendliche von ihrem Schuleintritt bis zu ihrem Abschluss zu begleiten. Ohne Schulabschluss werden vor allem berufliche Chancen dauerhaft verwehrt, wodurch das Prinzip der intergenerativen Gerechtigkeit betroffen ist. Insbesondere sozial schwache Familien sind zu unterstützen, da der Bildungserfolg stark vom sozioökonomischen Umfeld abhängt. Damit ist auch das Prinzip der intragenerativen Gerechtigkeit relevant.
Herkunft	Dieser Indikator wird in einigen kommunalen (z. B. Augsburg 2010, Bonn 2012) sowie anderen Indikatorensammlungen (z. B. Statistisches Bundesamt 2014; United Nations 2015) verwendet.
Validität	Die Bildungschancen benachteiligter Bevölkerungsgruppen erhöhen sich deutlich, wenn die Schulabbrecherquote sinkt. Daher ist die Validität hoch.
Datenqualität	Es wird in diesem Indikator nach den Hauptschulabgängern gefragt. In Gesamt-, Mittel-, Regel-, Regional- und Sekundarschulen werden alle Schüler erfasst, die durch die erfolgreiche Absolvierung der neunten Klasse einen Hauptschulabschluss erworben haben und die Schule nicht weiter besuchen, um einen höheren Abschluss zu erwerben.
Datenverfügbarkeit	Die Statistischen Landesämter verfügen in der Regel über die Daten, da es sich bei der Schulstatistik um eine koordinierte Länderstatistik handelt. Auf Kreisebene liegen die Daten zentral vor und können für die Jahre 2006 bis 2014 abgerufen werden. Für die Auswertung auf Gemeindeebene ist eine Sonderauswertung notwendig.
Funktion	Outcome-Indikator.
Wechselwirkungen	Die Schulabbrecherquote wird maßgeblich von der familiären Situation und der frühkindlichen Bildung beeinflusst. Sie ist in Großstädten mit schwierigen sozialen Milieus häufig höher als in Klein- und Mittelstädten in ländlichen Räumen. Dieser Indikator hat deshalb Wechselwirkungen u. a. mit der „frühkindlichen Bildung“, der Arbeitslosenquote und SGB-II-/SGB-XII-Quote.
Rahmenbedingungen	Die Schulabbrecherquote ist abhängig von den strukturellen Rahmenbedingungen in den jeweiligen Bundesländern (z. B. politische Schwerpunktsetzung auf bestimmte Schularten) bzw. Kommunen (z. B. unterschiedliche Hilfe- oder Unterstützungsmaßnahmen für Familien). In der Regel korrespondiert die Schulabbrecherquote mit einem hohen Anteil an Personen mit Migrationshintergrund und einem niedrigem Haushaltseinkommen. Solche Zusammenhänge gehen darauf zurück, dass der Ausbildungserfolg stark vom sozioökonomischen Umfeld abhängt. Dies betrifft Ausländer, Deutsche ohne und Deutsche mit Migrationshintergrund gleichermaßen.
Berechnung	$\frac{\text{Anzahl Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss (allgmb. + berufsb.)}}{\text{Anzahl Schulabgänger gesamt (allgmb. + berufsb.)}} \cdot 100$
Quelle	Wegweiser Kommune (Statistische Ämter der Länder, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung)
Einheit	%
Abgerufen für	2006–2014



In Ostdeutschland liegen die landesbezogenen Schulabbrecherquoten tendenziell höher als in Westdeutschland. 2014 sind die höchsten Schulabbrecherquoten in Sachsen sowie in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen zu beobachten. Am niedrigsten liegen die Quoten in Rheinland-Pfalz, Hessen und Niedersachsen.



Von 2006 bis 2014 sind die Schulabbrecherquoten i. d. R. gesunken. In Rheinland-Pfalz und Hamburg waren die stärksten Rückgänge zu verzeichnen. In Sachsen ist die Quote bis 2014 geringfügig gestiegen.



Legende: Rote Linie (Kreisfreie Städte) – Grüne Linie (Kreise) – Blaue Linie (Land)

Die zeitlichen Verläufe der Schulabbrecherquoten in den einzelnen Ländern sind heterogen. Zum Teil ist ein weitgehend stetiger Verlauf bzw. Rückgang der Abbrecherquoten zu vermerken (siehe z. B. Bayern, Hessen, Niedersachsen oder Nordrhein-Westfalen). Zum Teil entwickeln sich die Quoten der Schulabbrecher stark schwankend (z. B. in Bremen und Hamburg, aber auch in Sachsen). In Berlin ist die Schulabbrecherquote von 2006 bis 2012 zunächst zurückgegangen und dann bis 2014 wieder angestiegen.

Die „Schulabbrecher“ setzen sich aus zwei wesentlichen Teilgruppen zusammen: Der größte Anteil der „Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss“ kommt von den Förderschulen, die keinen Hauptschulabschluss vergeben; erst dann folgen die eigentlichen Abbrecher an Hauptschulen bzw. – in Ländern ohne Hauptschule als eigene Schulart – an Schulen mit mehreren Bildungsgängen (vgl. Berkemeyer et al. 2014, 39-40).

Zwischen den Schulabbrecherquoten der Kreise und der kreisfreien Städte lassen sich keine besonderen Unterschiede feststellen. Im Wesentlichen entwickeln sich die Abbrecherquoten der Kreise und der kreisfreien Städte in ähnlicher Weise. Nur in Brandenburg liegen die Schulabbrecherquoten der kreisfreien Städte relativ deutlich unter den Abbrecherquoten der Kreise.

Bei einer näheren Analyse der Schulabbrecherquoten sind verschiedene Faktoren mit in den Blick zu nehmen. Hierzu zählen zum einen die unterschiedlichen Schulsysteme der Bundesländer, die für länderspezifische Unterschiede der Abbrecherquoten ursächlich sein können. Zum anderen stellt sich auf Ebene der Kommunen die Frage, ob bzw. in welchem Umfang – wohnortnah – ein bedarfsorientiertes Schulangebot bereitgestellt wird.

Schulabbrecherquote (Prozent)							
	2014						Veränderung 2006-2014
	N	Mean	Median	Min	Max	SD	
Baden-Württemberg	44,00	3,45	3,26	1,14	5,34	0,84	-1,48
Kreisfreie Städte insg.	9,00	3,24	3,00	1,14	5,08	1,19	-1,87
Kreise insg.	35,00	3,46	3,35	1,97	5,34	0,70	-1,44
Bayern	96,00	2,80	2,46	0,37	6,48	1,13	-1,37
Kreisfreie Städte insg.	25,00	3,17	2,66	0,37	5,48	1,25	-1,28
Kreise insg.	71,00	2,58	2,36	0,78	6,48	1,07	-1,44
Brandenburg	18,00	2,35	2,29	0,79	4,46	0,88	-1,75
Kreisfreie Städte insg.	4,00	1,84	1,91	1,35	2,69	0,48	-1,31
Kreise insg.	14,00	2,48	2,48	0,79	4,46	0,92	-1,85
Hessen	26,00	1,73	1,50	1,01	3,58	0,66	-1,00 ³
Kreisfreie Städte insg.	5,00	2,22	2,20	1,21	3,58	0,89	-0,94 ³
Kreise insg.	21,00	1,58	1,42	1,01	2,54	0,47	-1,01 ³
Mecklenburg-Vorpommern	4,00	3,85	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	-1,11
Kreisfreie Städte insg.	1,00	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Kreise insg.	3,00	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Niedersachsen	46,00	1,77	1,69	0,90	3,28	0,59	-1,64
Kreisfreie Städte insg.	8,00	1,66	1,80	1,17	3,04	0,61	-1,57
Kreise insg.	38,00	1,79	1,69	0,90	3,28	0,59	-1,65
Nordrhein-Westfalen	53,00	2,00	1,84	0,60	5,01	0,90	-0,70
Kreisfreie Städte insg.	22,00	2,49	2,42	0,60	5,01	1,09	-0,78
Kreise insg.	31,00	1,69	1,57	0,67	2,63	0,50	-0,67
Rheinland-Pfalz	36,00	1,58	1,36	0,20	3,99	0,99	-1,94
Kreisfreie Städte insg.	12,00	1,65	1,29	0,20	3,47	1,09	-2,07
Kreise insg.	24,00	1,54	1,36	0,34	3,99	0,93	-1,88
Saarland	6,00	2,37	2,17	1,29	3,26	0,68	-1,32
Kreisfreie Städte insg.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Kreise insg.	6,00	2,37	2,17	1,29	3,26	0,68	-1,32
Sachsen	13,00	7,54	7,26	5,08	10,57	1,69	0,36
Kreisfreie Städte insg.	3,00	9,01	9,71	7,36	10,57	1,36	1,23
Kreise insg.	10,00	6,93	6,64	5,08	8,98	1,39	-0,02
Sachsen-Anhalt	14,00	3,80	3,89	2,00	5,38	0,96	-0,58
Kreisfreie Städte insg.	3,00	3,76	3,37	2,63	4,64	0,83	-0,71
Kreise insg.	11,00	3,81	4,15	2,00	5,38	0,98	-0,54
Schleswig-Holstein insg.	15,00	2,27	2,22	1,10	4,13	0,90	-2,04 ⁴
Kreisfreie Städte insg.	4,00	1,94	1,45	1,10	3,43	0,92	-2,10 ⁴
Kreise insg.	11,00	2,40	2,42	1,34	4,13	0,81	-2,03 ⁴
Thüringen	23,00	3,47	3,51	1,18	6,75	1,28	-0,03
Kreisfreie Städte insg.	6,00	3,25	3,33	1,18	6,75	1,82	-0,33
Kreise insg.	17,00	3,55	3,51	1,85	5,47	1,03	0,09

³ Veränderung 2008-2014⁴ Veränderung 2007-2014

Gute Beispiele

Stadt Bielefeld – Bielefeld bildet

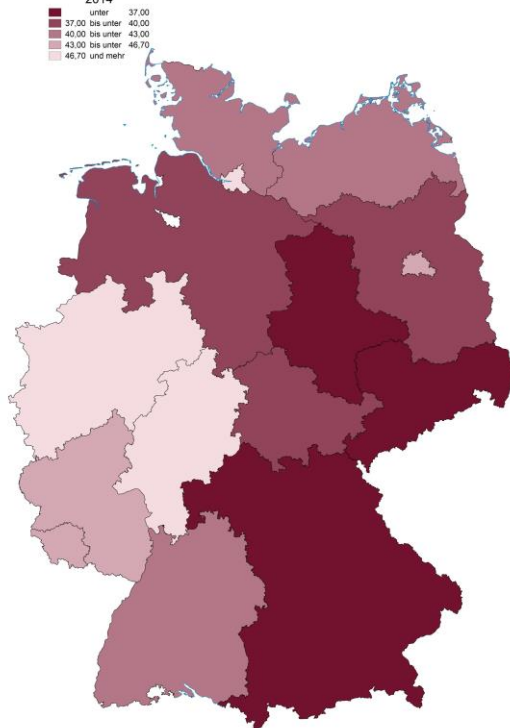
Kurzbeschreibung: Lebensumstände können sich erschwerend auf den Lernerfolg von Kindern und Jugendlichen auswirken. In Bielefeld wurde dies durch die Daten des „Lernreports 2012“ bestätigt. Die Stadt reagiert darauf mit vier Handlungsschwerpunkten für eine sozialräumlich differenzierte kommunale Steuerung der Bildungspolitik. Die Umsetzung erfolgt im Netzwerk der „Bildungsregion Bielefeld“.

- <https://www.wegweiser-kommune.de/projekte/kommunal/nordrhein-westfalen/bielefeld-bielefeld-bildet>

3.13 Schulabgänger mit Fachhochschulreife / Hochschulreife (Prozent)

Indikator: Schulabgänger mit Fachhoch-/Hochschulreife	
Dimension	Soziales
Thema	Bildung
Ziel	Bildungserfolge ermöglichen
Kernindikator	Schulabgänger mit Fachhoch-/Hochschulreife – Anteil der Schulabgänger mit Fachhochschulreife/allgemeine Hochschulreife an allen Abgängern allgemeinbildender/berufsbildender Schulen mit allgemeinbildendem Abschluss (Andere Werte im Chancenspiegel der Bertelsmann Stiftung erklären sich über eine andere Grundgesamtheit – im Chancenspiegel wird der Anteil an der gleichaltrigen Wohnbevölkerung zum Stichtag 31.12. des jeweiligen Vorjahres ausgewiesen.)
Nachhaltigkeitsrelevanz	Der Indikator gibt Hinweise auf die strukturelle Integration und Chancengleichheit im Bildungssystem. Der erreichte Schulabschluss ist die Grundlage, auf der die weitere Teilhabe im Ausbildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt aufbauen kann (Prinzip der intergenerativen Gerechtigkeit). Wird kein Schulabschluss erworben, sind die Integrationschancen gering. Je höher der erreichte Schulabschluss, desto besser auch die weiteren strukturellen Integrationschancen (Prinzip der intragenerativen Gerechtigkeit).
Herkunft	Dieser Indikator wird in keinem der im Monitor Nachhaltige Kommune ausgewerteten Nachhaltigkeitsberichte und Indikatorensammlungen verwendet.
Validität	Der Indikator bildet das Ziel „Bildungserfolge verbessern“ ab. Gleichwohl kann das Bildungsniveau insgesamt absinken. Es werden deshalb nur relative Veränderungen angezeigt.
Datenqualität	Der Indikator misst die erreichten Schulabschlüsse bei den Schülern eines Jahrgangs und ist sehr genau, da es sich bei der Schulstatistik um eine koordinierte Länderstatistik handelt.
Datenverfügbarkeit	Auf Kreisebene liegen die Daten zentral vor und können für die Jahre 2006 bis 2014 abgerufen werden. Für die Auswertung auf Gemeindeebene ist eine Sonderauswertung notwendig.
Funktion	Outcome-Indikator.
Wechselwirkungen	Weitere Erkenntnisse können gewonnen werden, wenn der Indikator mit der Beschäftigung im Forschungsbereich und dem Anteil an Auszubildenden sowie an Hochqualifizierten, der SGB-II-/SGB-XII-Quote, der Einkommensverteilung sowie weiteren Bildungsindikatoren in Beziehung gesetzt wird. Die Über- bzw. Unterrepräsentation von ausländischen Schülern kann zudem wichtige Hinweise zur Integration geben.
Rahmenbedingungen	Die Abiturientenquote kann von vielen anderen Rahmenbedingungen beeinflusst sein. So werden die Bildungserfolge in Städten mit hoher Arbeitslosigkeit geringer ausfallen als in wirtschaftlich prosperierenden Gebieten. Bundesländer mit einer guten Ausstattung an Ganztagschulen können Schüler individueller betreuen und evtl. auch bessere Bildungserfolge erzielen.
Berechnung	$\frac{\text{Anzahl Schulabgänger mit Fachhochschul- oder allgemeiner Hochschulreife (allgmb. + berufsb.)}}{\text{Anzahl Schulabgänger gesamt (allgmb. + berufsb.)}} \cdot 100$
Quelle	Wegweiser Kommune (Statistische Ämter der Länder, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung)
Einheit	%
Abgerufen für	2006–2014

Schulabgänger mit
Fachhochschulreife/ Hochschulreife (Prozent)
2014

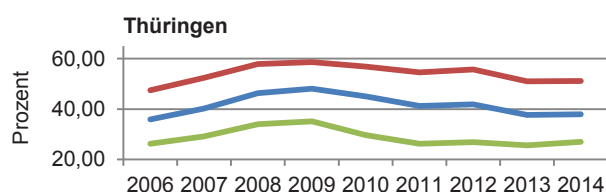
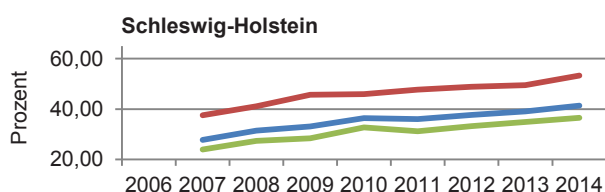
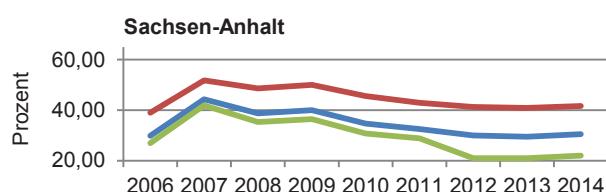
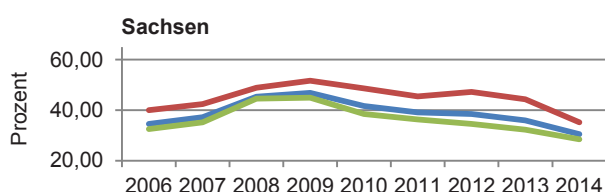
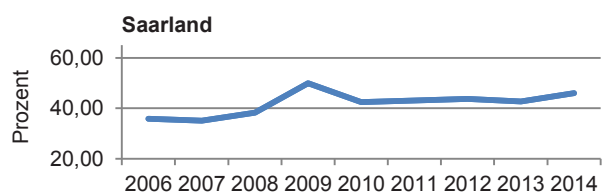
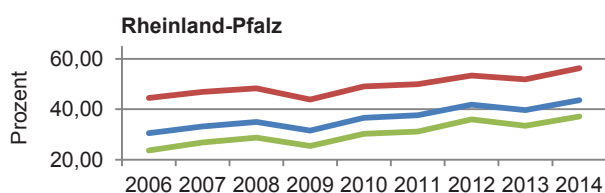
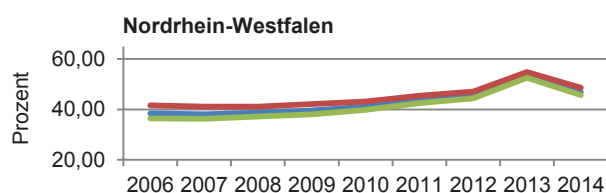
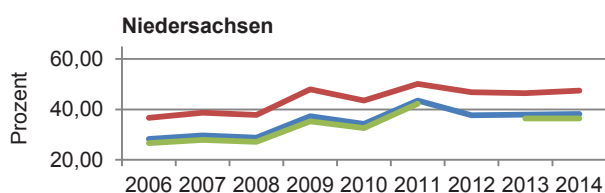
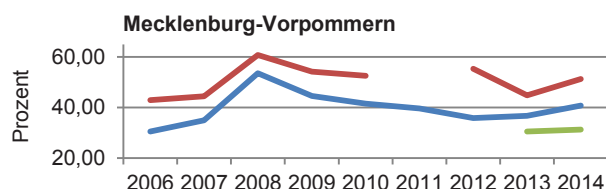
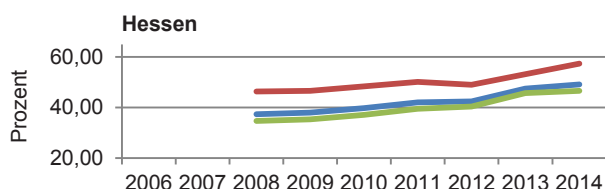
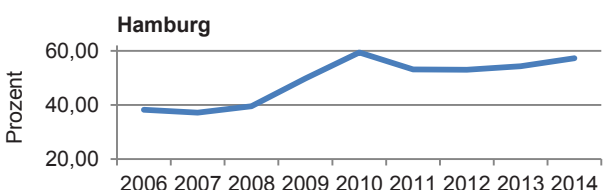
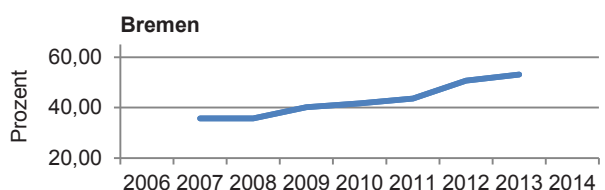
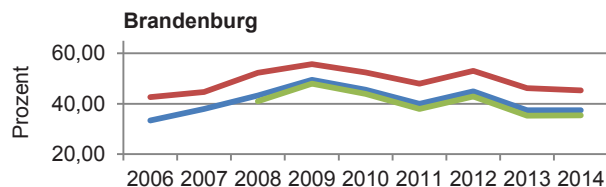
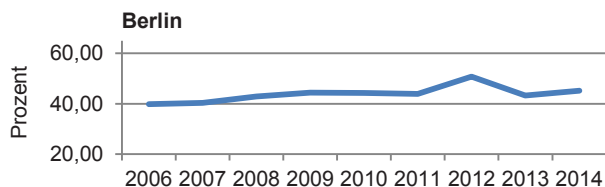
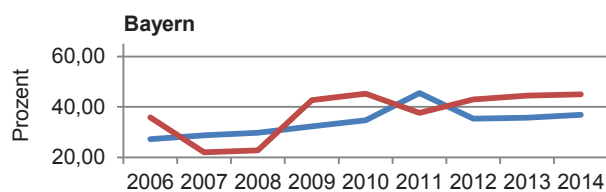
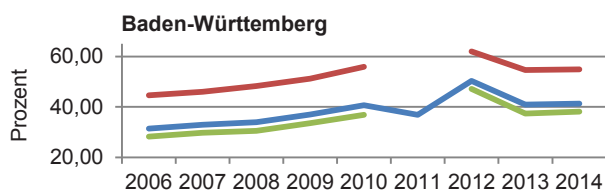


Bei der Absolventenquote mit Hochschulreife kann für das Jahr 2014 kein Ost-West- oder Nord-Süd-Gefälle festgestellt werden. Vielmehr gibt es Länder mit einer relativ hohen Absolventenquote (z. B. Hamburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen). Demgegenüber stehen Länder mit einer vergleichsweise geringen Absolventenquote (z. B. Sachsen, Sachsen-Anhalt und Bayern). Die übrigen Länder bewegen sich innerhalb dieses Spektrums.

Schulabgänger mit
Fachhochschulreife/ Hochschulreife (Prozent)
Veränderung von 2006 bis 2014



In fast allen Bundesländern ist die Absolventenquote in der Zeit von 2006 bis 2014 gestiegen. Den größten Anstieg haben die Länder Hamburg, Hessen und Rheinland-Pfalz verzeichnet. Am wenigsten ist die Absolventenquote in Sachsen-Anhalt gestiegen. In Sachsen ist die Quote deutlich gesunken.



Legende: Rote Linie (Kreisfreie Städte) – Grüne Linie (Kreise) – Blaue Linie (Land)

Die Zeitreihengrafiken der einzelnen Bundesländer ergeben insgesamt ein heterogenes Bild: Zum Teil ist ein relativ stetiger Anstieg der Absolventenquote mit Hochschulreife zu beobachten (siehe z. B. Hessen oder Schleswig-Holstein). Zum Teil ist der Aufwärtstrend mit größeren Schwankungen verbunden (z. B. in Baden-Württemberg oder Rheinland-Pfalz). Zum Teil ist auch ein Abwärtstrend festzustellen (z. B. in Sachsen).

Die Schulabgänger mit allgemeiner Hochschulreife oder Fachhochschulreife setzen sich aus unterschiedlichen Teilgruppen zusammen – je nachdem, wo sie Ihren Abschluss erworben haben. Die Hochschulreife kann an Gymnasien, an anderen allgemeinbildenden Schularten oder zum Teil auch an beruflichen Schulen erworben werden (vgl. Berkemeyer 2014, 40).

Bis auf wenige Ausnahmen (siehe z. B. Bayern) liegen die Absolventenquoten in den kreisfreien Städten oberhalb der Kreise. Dieser Unterschied kann darauf zurückgeführt werden, dass in den kreisfreien Städten im Allgemeinen ein umfangreicheres Angebot an Schulen besteht, an denen eine Hochschulreife erworben werden kann, und ein umfangreicheres Angebot tendenziell auch mit einer höheren Quote an Absolventen in Zusammenhang steht (vgl. Berkemeyer 2014, 31/40).

Schulabgänger mit Fachhochschulreife/Hochschulreife (Prozent)							
	2014						Veränderung 2006-2014
	N	Mean	Median	Min	Max	SD	
Baden-Württemberg	44,00	41,27	38,73	25,28	64,54	8,86	9,86
Kreisfreie Städte insg.	9,00	54,90	51,63	48,96	64,54	5,28	10,31
Kreise insg.	35,00	38,17	36,91	25,28	52,97	5,42	9,95
Bayern	94,00	36,88	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	9,65
Kreisfreie Städte insg.	25,00	45,00	46,19	40,31	58,29	4,53	9,24
Kreise insg.	69,00	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Brandenburg	18,00	37,40	35,64	29,10	50,35	5,53	4,08
Kreisfreie Städte insg.	4,00	45,26	44,02	35,09	50,35	6,42	2,65
Kreise insg.	14,00	35,38	34,19	29,10	40,86	3,41	4,26
Hessen	26,00	49,15	45,78	31,22	67,29	7,15	13,27
Kreisfreie Städte insg.	5,00	57,35	56,73	46,00	67,29	6,77	11,88
Kreise insg.	21,00	46,64	45,13	31,22	56,38	5,52	13,60
Mecklenburg-Vorpommern	8,00	40,74	36,44	29,68	51,90	7,55	10,20
Kreisfreie Städte insg.	2,00	51,31	51,09	50,27	51,90	0,82	8,35
Kreise insg.	6,00	31,24	35,26	29,68	38,97	3,02	k.A.
Niedersachsen	46,00	38,12	35,25	25,87	54,38	6,79	9,88
Kreisfreie Städte insg.	8,00	47,50	44,30	34,79	54,38	6,24	10,81
Kreise insg.	38,00	36,38	34,09	25,87	49,91	5,43	9,77
Nordrhein-Westfalen	53,00	46,78	46,29	39,32	62,21	4,22	8,39
Kreisfreie Städte insg.	22,00	48,55	46,97	40,02	62,21	5,12	6,95
Kreise insg.	31,00	45,62	45,14	39,32	51,86	3,05	9,25
Rheinland-Pfalz	36,00	43,57	38,53	16,42	66,56	11,00	13,09
Kreisfreie Städte insg.	12,00	56,30	54,81	36,03	66,56	9,58	11,85
Kreise insg.	24,00	37,06	36,04	16,42	49,94	6,10	13,35
Saarland	6,00	46,07	45,89	38,97	53,01	4,84	10,21
Kreisfreie Städte insg.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Kreise insg.	6,00	46,07	45,89	38,97	53,01	4,84	10,21
Sachsen	13,00	30,42	30,67	24,07	38,88	3,91	-4,08
Kreisfreie Städte insg.	3,00	35,22	33,27	30,67	38,88	3,43	-4,75
Kreise insg.	10,00	28,44	27,96	24,07	33,41	2,92	-4,03
Sachsen-Anhalt	14,00	30,49	27,67	19,75	43,53	7,40	0,64
Kreisfreie Städte insg.	3,00	41,62	40,69	40,05	43,53	1,51	2,67
Kreise insg.	11,00	21,92	25,42	19,75	32,86	4,40	-5,05
Schleswig-Holstein insg.	15,00	41,34	35,55	30,31	55,65	9,15	13,57 ⁵
Kreisfreie Städte insg.	4,00	53,29	54,50	48,91	55,65	2,65	15,78 ⁵
Kreise insg.	11,00	36,47	34,10	30,31	50,37	5,73	12,53 ⁵
Thüringen	23,00	37,87	33,11	23,48	62,72	10,07	2,04
Kreisfreie Städte insg.	6,00	51,12	50,40	26,58	62,72	10,92	3,74
Kreise insg.	17,00	26,98	31,48	23,48	46,38	5,79	0,76

⁵ Veränderung 2007-2014

Gute Beispiele

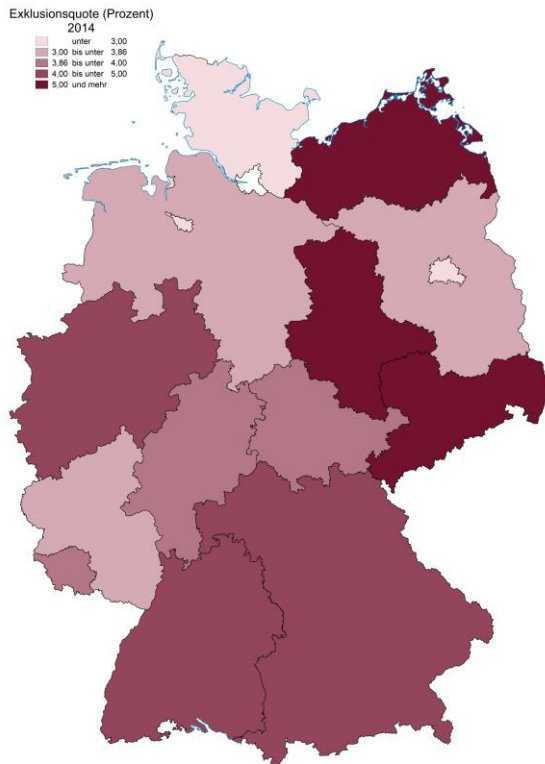
Stadt Freiburg – Die Bildungsregion Freiburg

Kurzbeschreibung: Um optimale Bildungsmöglichkeiten zu schaffen, wurde in Freiburg ein Projekt zur Vernetzung der Freiburger Bildungseinrichtungen initiiert. In das Projekt sind alle wesentlichen Akteure eingebunden; sie arbeiten in neu eingeführten Gremien zusammen. Grundlage und Startpunkt war das Selbstevaluationsinstrument in Schulen (SEIS), welches einen Überblick über alle wichtigen Bereiche schulischer Qualität gibt.

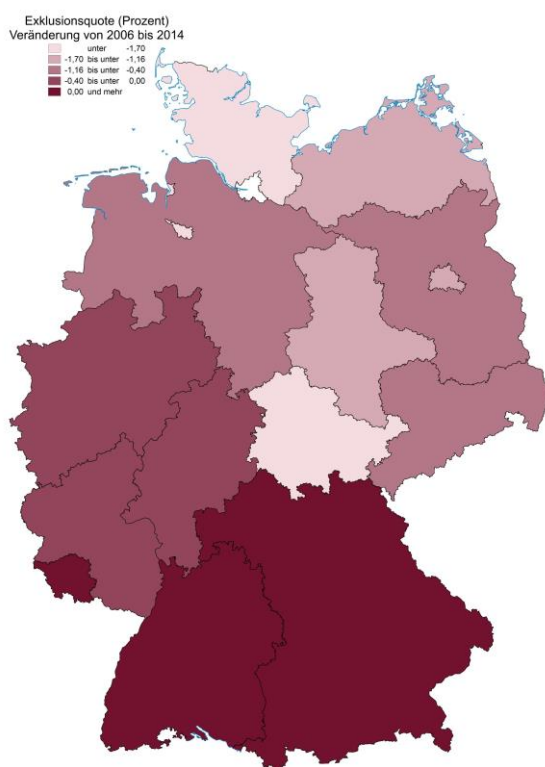
- <https://www.wegweiser-kommune.de/projekte/kommunal/baden-wuerttemberg/freiburg-die-bildungsregion-freiburg>

3.14 Exklusionsquote (Prozent)

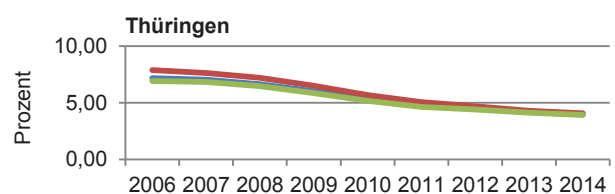
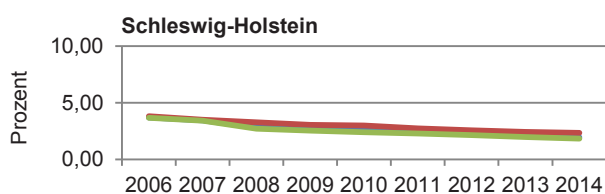
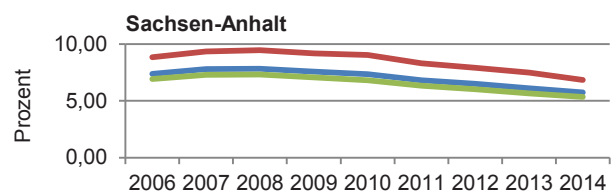
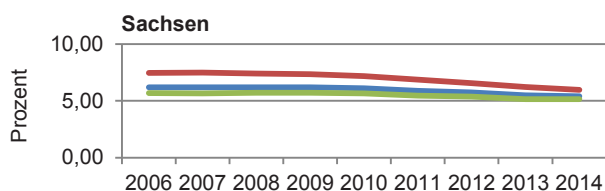
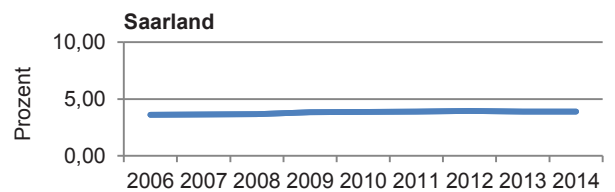
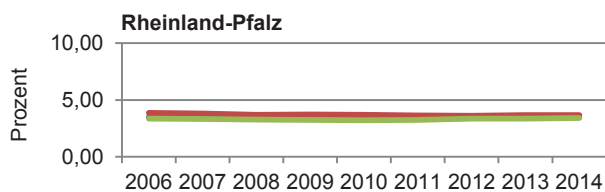
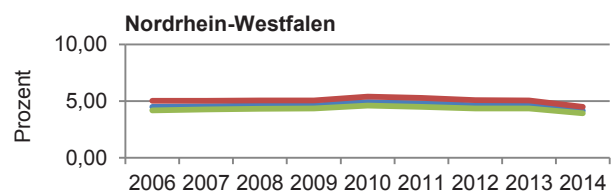
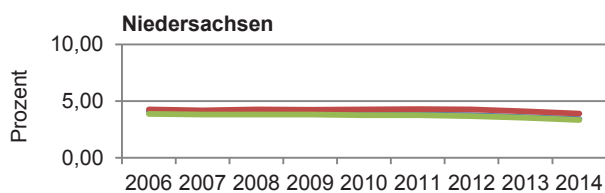
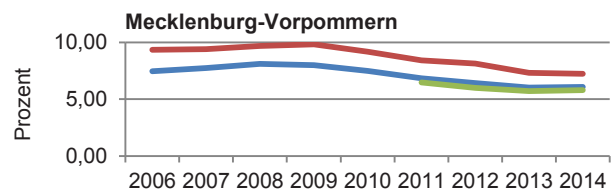
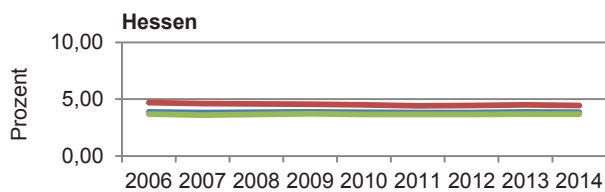
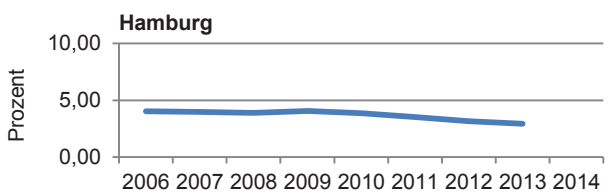
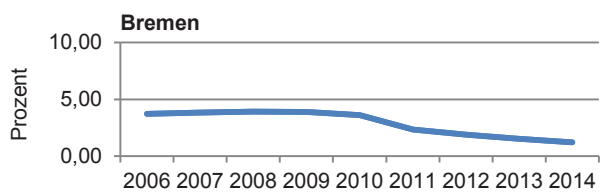
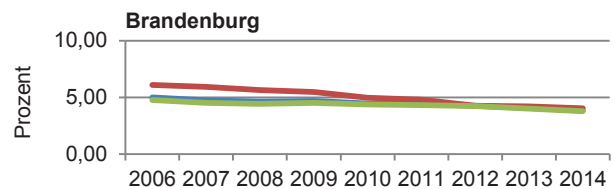
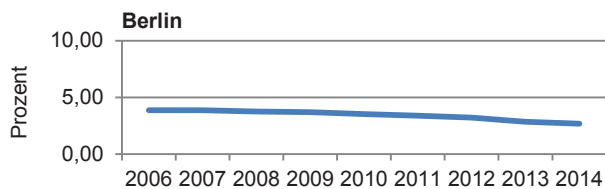
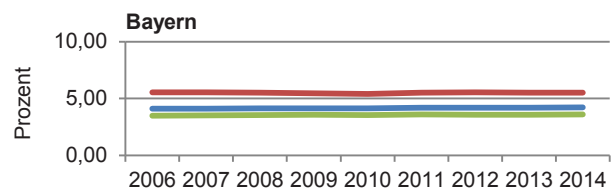
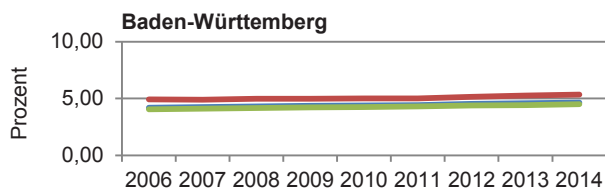
Indikator: Exklusionsquote	
Dimension	Soziales
Thema	Bildung
Ziel	Inklusion an Schulen fördern
Kernindikator	Exklusionsquote – Anteil der Schüler an Förderschulen an allen Schülern
Nachhaltigkeitsrelevanz	Inklusive Pädagogik ist ein neuer pädagogischer Ansatz, dessen wesentliches Prinzip die Wertschätzung und Anerkennung von Diversität (= Unterschiedlichkeit) in Bildung und Erziehung ist. Grundlage ist die 2009 beschlossene UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, in der sich die unterzeichnenden Staaten verpflichten, ein inklusives Bildungssystem zu errichten, in dem der gemeinsame Unterricht von Schülern mit und ohne sonderpädagogischem Förderbedarf der Regelfall ist. Der Indikator misst, inwieweit das Ziel, möglichst viele Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Regelschulen zu unterrichten, noch nicht erreicht ist, und indiziert damit einen Aspekt der intragenerationalen Gerechtigkeit.
Herkunft	Da der Indikator insgesamt neu ist, wird dieser bislang kaum in kommunalen Nachhaltigkeitsberichten oder anderen Indikatorensammlungen verwendet. Der Indikator wird jedoch im Wegweiser Kommune angeboten.
Validität	Gemessen an dem Ziel, möglichst viele Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Regelschulen zu unterrichten, ist die Validität des Indikators hoch. Allerdings ist der Ansatz der Inklusion in der Pädagogik nicht unumstritten, gerade wenn es um eine Überforderung des Lehrpersonals oder auch einzelner Schüler in den Regelschulen geht.
Datenqualität	Die interkommunale Vergleichbarkeit des Indikators ist dadurch eingeschränkt, dass der Anteil der Schüler an Förderschulen nicht zu der gesamten Zahl der Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf, sondern zu der Gesamtzahl der Schüler in Beziehung gesetzt wird.
Datenverfügbarkeit	Die Statistischen Landesämter verfügen in der Regel über die Daten, da es sich bei der Schulstatistik um eine koordinierte Länderstatistik handelt. Auf Kreisebene liegen die Daten zentral vor und können für die Jahre 1995 bis 2014 abgerufen werden. Für die Auswertung auf Gemeindeebene ist eine u. U. kostenpflichtige Sonderauswertung notwendig.
Funktion	Outcome-Indikator.
Wechselwirkungen	Der Indikator weist Zusammenhänge mit anderen Indikatoren auf, die in Wechselwirkung mit dem Anteil von Menschen mit Behinderungen in der Bevölkerung stehen – etwa Indikatoren im Bereich „Arbeit und Beschäftigung“ oder der Motorisierungsgrad.
Rahmenbedingungen	In kleinen Kommunen oder in Landkreisen mit geringen Schülerzahlen hat der Indikator nur eine geringe Aussagekraft, da individuelle Einzelfälle die Prozentzahlen stark beeinflussen können.
Berechnung	Anzahl Schüler an Förderschulen / Anzahl Schüler gesamt * 100
Quelle	Wegweiser Kommune (Statistische Ämter der Länder, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung)
Einheit	%
Abgerufen für	2006–2014



In Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Sachsen liegen die Exklusionsquoten im Jahr 2014 relativ hoch, in den Ländern Bremen, Schleswig-Holstein und Berlin dagegen vergleichsweise niedrig.



In Thüringen, Bremen und Schleswig-Holstein sind die Exklusionsquoten in den Jahren 2014 bis 2016 relativ stark gesunken. In Bayern, im Saarland und in Baden-Württemberg sind die Quoten leicht gestiegen.



Legende: Rote Linie (Kreisfreie Städte) – Grüne Linie (Kreise) – Blaue Linie (Land)

Bei der Betrachtung der länderspezifischen Zeitreihen zur Exklusionsquote ergibt sich eine Zweiteilung: in einem Teil der Länder verläuft die Entwicklung stabil bis leicht ansteigend (z. B. in Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz oder dem Saarland), in einem anderen Teil ist ein mehr oder weniger stetiger und zum Teil starker Rückgang zu beobachten (z. B. Berlin, Bremen und Hamburg sowie Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen). Dabei ist zu berücksichtigen, dass das Ausgangsniveau der Exklusionsquote in den ostdeutschen Bundesländern zum Teil deutlich über dem entsprechenden Niveau in den westdeutschen Ländern liegt. Die Gründe hierfür können in der geschichtlich und politisch bedingten Entwicklung des Integrationsgedankens bestehen, die in den neuen Bundesländern im Vergleich zu den alten erst später einsetzte.

In den meisten Bundesländern liegen die Exklusionsquoten der Kreise (z. B. Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen oder Sachsen-Anhalt) geringfügig oder recht deutlich unterhalb der Exklusionsquoten der kreisfreien Städte (z. B. in Baden-Württemberg, Bayern oder Hessen). Dies könnte u. a. auf das vorhandene Schulangebot zurückzuführen sein.

Für eine nähere Analyse ist neben der Exklusionsquote vor allem auch die Qualität inklusiv arbeitender Schulen zu betrachten (zu den Problemen und Herausforderungen auf dem Weg zu einer inklusiven Schule: siehe Klemm 2015, 34-39).

Exklusionsquote (Prozent)							
	2014						Veränderung 2006-2014
	N	Mean	Median	Min	Max	SD	
Baden-Württemberg	44,00	4,65	4,59	2,29	8,11	1,14	0,45
Kreisfreie Städte insg.	9,00	5,36	5,40	3,47	6,69	0,86	0,44
Kreise insg.	35,00	4,49	4,43	2,29	8,11	1,14	0,43
Bayern	96,00	4,22	3,91	1,01	10,80	1,59	0,11
Kreisfreie Städte insg.	25,00	5,53	5,55	2,05	10,80	1,78	-0,02
Kreise insg.	71,00	3,61	3,61	1,01	7,14	1,15	0,11
Brandenburg	18,00	3,84	4,09	2,07	6,40	1,22	-1,15
Kreisfreie Städte insg.	4,00	4,03	4,11	3,80	4,58	0,29	-2,06
Kreise insg.	14,00	3,80	4,04	2,07	6,40	1,38	-0,97
Hessen	26,00	3,86	3,68	2,19	6,60	1,12	-0,02
Kreisfreie Städte insg.	5,00	4,44	4,22	3,62	6,60	1,06	-0,26
Kreise insg.	21,00	3,69	3,62	2,19	6,00	1,08	0,01
Mecklenburg-Vorpommern	8,00	6,07	6,10	4,97	8,08	0,91	-1,39
Kreisfreie Städte insg.	2,00	7,23	7,42	6,77	8,08	0,66	-2,12
Kreise insg.	6,00	5,80	5,76	4,97	6,66	0,56	k.A.
Niedersachsen	46,00	3,42	3,56	1,11	5,63	1,11	-0,68
Kreisfreie Städte insg.	8,00	3,91	3,67	2,10	5,48	0,98	-0,35
Kreise insg.	38,00	3,34	3,49	1,11	5,63	1,13	-0,54
Nordrhein-Westfalen	53,00	4,15	4,11	2,44	6,60	0,90	-0,35
Kreisfreie Städte insg.	22,00	4,49	4,51	2,44	6,60	1,00	-0,53
Kreise insg.	31,00	3,93	3,91	2,77	6,05	0,80	-0,26
Rheinland-Pfalz	36,00	3,49	3,06	0,38	8,94	1,87	0,00
Kreisfreie Städte insg.	12,00	3,67	2,67	1,66	8,94	2,36	-0,17
Kreise insg.	24,00	3,41	3,08	0,38	8,25	1,53	0,06
Saarland	6,00	3,89	3,96	2,50	4,55	0,81	0,27
Kreisfreie Städte insg.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Kreise insg.	6,00	3,89	3,96	2,50	4,55	0,81	0,27
Sachsen	13,00	5,40	5,24	3,49	9,05	1,30	-0,79
Kreisfreie Städte insg.	3,00	5,98	5,78	4,95	9,05	1,77	-1,49
Kreise insg.	10,00	5,14	5,17	3,49	6,52	0,88	-0,55
Sachsen-Anhalt	14,00	5,73	5,57	3,15	8,47	1,35	-1,63
Kreisfreie Städte insg.	3,00	6,84	5,61	5,18	8,47	1,46	-2,01
Kreise insg.	11,00	5,36	5,52	3,15	6,95	1,21	-1,56
Schleswig-Holstein insg.	15,00	1,95	2,02	1,02	3,38	0,65	-1,76
Kreisfreie Städte insg.	4,00	2,35	2,23	1,93	3,38	0,57	-1,45
Kreise insg.	11,00	1,84	1,81	1,02	2,98	0,63	-1,84
Thüringen	23,00	3,96	3,97	0,73	7,53	1,61	-3,20
Kreisfreie Städte insg.	6,00	4,07	5,19	0,73	7,53	2,27	-3,80
Kreise insg.	17,00	3,92	3,59	2,27	7,32	1,19	-2,99

Gute Beispiele

Stadt Gießen – Eine Schule für alle

Kurzbeschreibung: Die Sophie-Scholl-Schule in Gießen ist eine Schule für alle. Sie ist inklusiv und integrativ. Hier wird gemeinsam in gegenseitiger Wertschätzung, aber in unterschiedlichem Tempo und Umfang gelernt. Für ihr modernes Schulkonzept wurde die Schule mit dem Jakob-Muth-Preis 2009 ausgezeichnet.

- <https://www.wegweiser-kommune.de/projekte/kommunal/hessen/gie-en-eine-schule-fur-alle>

Stadt Landau – Grundschule Süd

Kurzbeschreibung: Schule ist nicht nur lesen, rechnen und schreiben lernen. Schule ist mehr! Schule ist mitbestimmen und Verantwortung übernehmen von Anfang an. Die Grundschule Süd bekam 2010 den „Deutschen Schulpreis“ der Robert-Bosch-Stiftung verliehen.

- <https://www.wegweiser-kommune.de/projekte/kommunal/rheinland-pfalz/landau-grundschule-sud>

Gemeinde Steinhagen – Grundschule Amshausen

Kurzbeschreibung: Das Kollegium der Grundschule Amshausen hat unter der Leitung einer gewählten Steuergruppe seit 1998 kontinuierlich am pädagogischen Konzept gearbeitet und seine Arbeit zielgerichtet weiterentwickelt. Die Gesamtpersönlichkeit eines jeden Kindes steht im Mittelpunkt und daher steht die Individualisierung von Lernprozessen stark im Fokus.

- <https://www.wegweiser-kommune.de/projekte/kommunal/nordrhein-westfalen/steinhagen-grundschule-amshausen>

3.15 Liquiditätskredite (Euro pro Ew.)

Indikator: Liquiditätskredite	
Dimension	Governance
Thema	Haushaltsführung
Ziel	Gesunde Struktur des kommunalen Haushalts sichern
Kernindikator	Liquiditätskredite – Liquiditätskredite (Kernhaushalt) pro Einwohner (Ein Liquiditätskredit (auch: Kassenkredit, Kredit zur Liquiditätssicherung) bezeichnet einen kurzfristig aufgenommenen Kredit zur Überbrückung akuter Liquiditätsengpässe. Der Liquiditätskredit wird abgegrenzt von langfristig ausgerichteten Krediten für Investitionen, Investitionsförderungsmaßnahmen oder zur Umschuldung.)
Nachhaltigkeitsrelevanz	In der Praxis steigt die Zahl der Kommunen, die Liquiditätskredite nicht nur im ursprünglichen Sinne zur kurzfristigen Liquiditätssicherung in Anspruch nehmen, sondern zum dauerhaften Ausgleich struktureller Haushaltsdefizite, d. h., wenn die laufenden Ausgaben nicht mehr aus den Einnahmen finanziert werden können. Die Risiken von Liquiditätskrediten liegen in einer möglicherweise fehlenden Vermögensdeckung und Zinsänderungen. Hohe Liquiditätskredite können nachfolgende Generationen sowohl unmittelbar als auch mittelbar, durch nicht getätigte Investitionen, belasten. Insgesamt lassen sich Liquiditätskredite als kumulierte Defizite der Vorjahre interpretieren. Damit hat der Indikator in Hinblick auf die Generationengerechtigkeit eine hohe Nachhaltigkeitsrelevanz.
Herkunft	Dieser Indikator wird in keinem der im Monitor Nachhaltige Kommune ausgewerteten Nachhaltigkeitsberichte und Indikatorensammlungen verwendet.
Validität	Die Höhe der Liquiditätskredite pro Einwohner lässt Rückschlüsse darauf zu, in wie weit eine Kommune aktuell in der Lage ist, ihre laufenden Ausgaben aus den Einnahmen zu decken. Ursachen (z. B. dauerhaft defizitäre Haushaltsstruktur oder Defizite der Liquiditätsteuerung), Hintergründe (z. B. Vermögensdeckung oder Fähigkeit zur Schuldentilgung) und die damit verbundene Belastung nachfolgender Generationen werden nicht abgebildet.
Datenqualität	Die Daten können ohne Einschränkungen durch die Datenqualität genutzt werden.
Datenverfügbarkeit	Die Daten werden regelmäßig erhoben, sind mit hoher Aktualität und in Zeitreihen verfügbar.
Funktion	Output-Indikator.
Wechselwirkungen	Wechselwirkungen bestehen mit der Einnahme- und Ausgabesituation der Kommune und damit zusammenhängenden sozioökonomischen Strukturmerkmalen. Beispielsweise hängen die Einnahmen über die Einkommensteuer von der Anzahl der Erwerbstätigen- und der Arbeitslosenzahl sowie der demographischen Zusammensetzung in einer Kommune ab. Weitergehende Erkenntnisse lassen sich gewinnen, wenn erörtert wird, in welchem Umfang Liquiditätskredite zur Finanzierung von Investitionen genutzt werden (für die sie eigentlich nicht vorgesehen sind). Dies wäre ein Hinweis auf eine ausgeprägte Haushaltsnotlage.
Rahmenbedingungen	Neben den sozioökonomischen Rahmenbedingungen kann die Größe einer Kommune ins Gewicht fallen, da einmalige, höhere Investitionen – besonders in kleinen Kommunen – die Liquidität beeinträchtigen können. Des Weiteren muss bei einem interkommunalen Vergleich der Kommunalisierungsgrad, d. h. die Verlagerung der Aufgaben von der Landes- auf die kommunale Ebene, berücksichtigt werden. Die Kommunalisierungsgrade variieren zwischen den Bundesländern und führen zu einer landesspezifischen Aufteilung der Einnahmen und Ausgaben sowie des Schuldenstandes zwischen dem Land und den Kommunen.
Berechnung	Liquiditätskredite / Einwohner
Quelle	Wegweiser Kommune (Statistische Ämter der Länder, FORA mbH, Bertelsmann Stiftung)
Einheit	Euro/Einwohner
Abgerufen für	2006–2014

Liquiditätskredite (Euro pro Ew.)

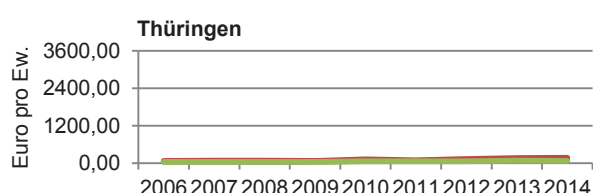
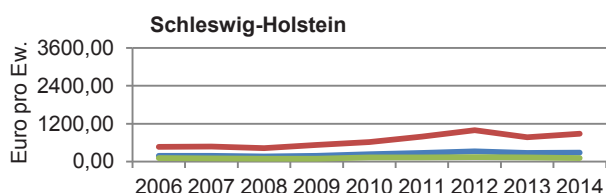
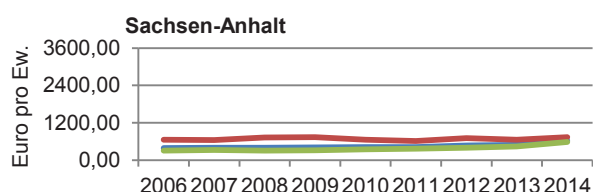
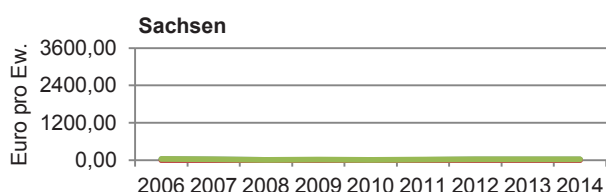
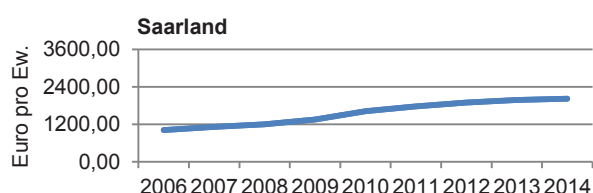
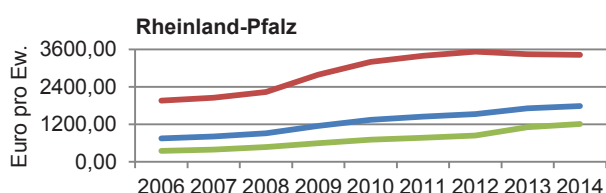
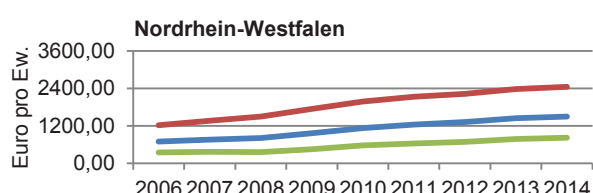
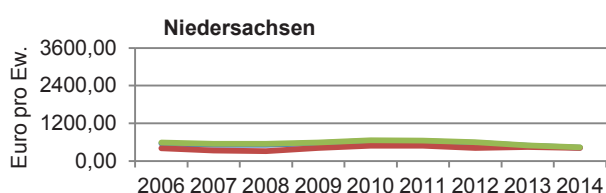
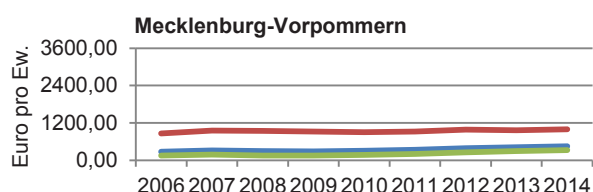
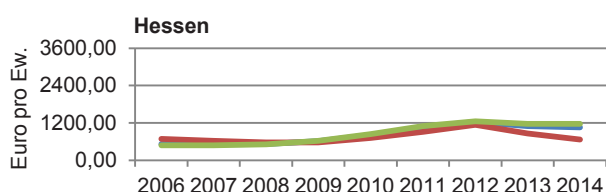
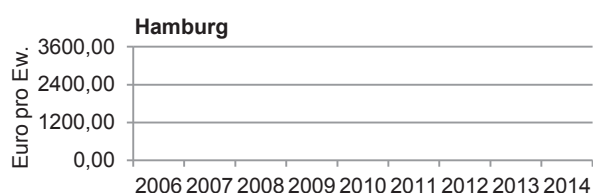
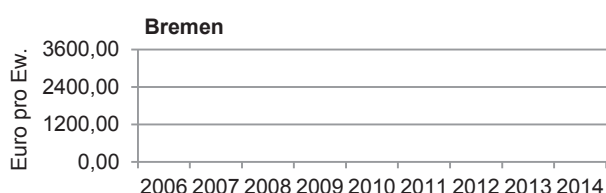
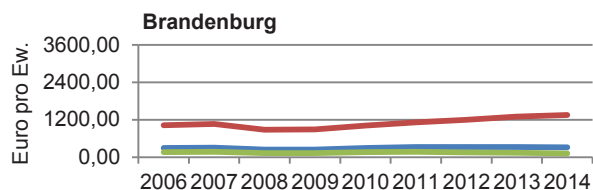
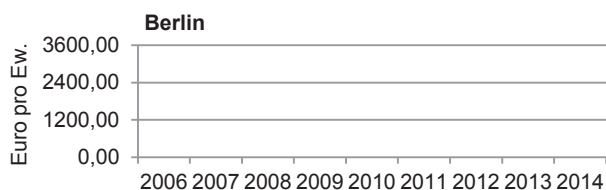
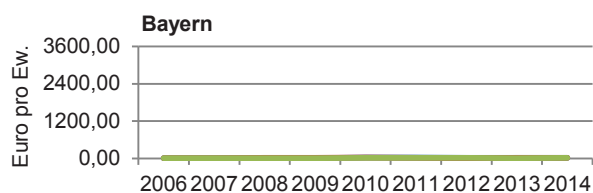
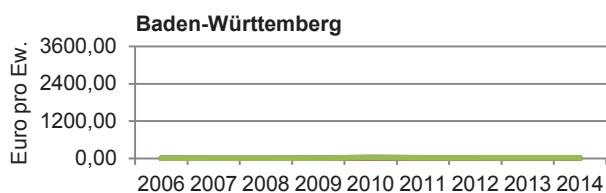


Die kommunalen Liquiditätskredite in Euro pro Kopf sind im Jahr 2014 im Saarland, in Rheinland-Pfalz und in Nordrhein-Westfalen höher als in den anderen Bundesländern. Am geringsten fallen die Kassenkredite der Kommunen in Baden-Württemberg und Bayern aus.

Liquiditätskredite (Euro pro Ew.)



In den Ländern, in denen die Liquiditätskredite 2014 am höchsten liegen, sind sie ab 2006 auch am stärksten gestiegen. In Sachsen und in Niedersachsen konnten die Kassenkredite reduziert werden.



Legende: Rote Linie (Kreisfreie Städte) – Grüne Linie (Kreise) – Blaue Linie (Land)

Bei der Betrachtung der Zeitreihendiagramme wird deutlich, dass die Länder hinsichtlich der kommunalen Liquiditäts- oder Kassenkredite in drei Gruppen eingeteilt werden können. In der ersten Gruppe (bestehend aus Baden-Württemberg und Bayern sowie auch Sachsen und Thüringen) spielen Kassenkredite keine oder kaum eine Rolle. In der zweiten Gruppe (bestehend aus Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein) sind Kassenkredite vorhanden, ihre Pro-Kopf-Höhe hält sich aber in Grenzen. In der dritten Gruppe (bestehend aus Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland) liegen die Kassenkredite in Euro pro Kopf – bundesweit betrachtet – vergleichsweise hoch.

Bei der Einteilung in Ländergruppen ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Unterschiede zwischen den Kommunen eines Landes zum Teil beträchtlich sind und offensichtlich noch weiter zunehmen: „So ist die Spannweite in zwölf von 13 Flächenländern von 2008 bis 2013 gestiegen. Die stärkere Ungleichheit wird somit wohl vor allem von den Extremen getrieben: Die am stärksten über Kassenkredite verschuldeten Kommunen in 2008 haben ihr Kassenkreditvolumen über den Beobachtungszeitraum bis 2013 noch weiter stark erhöht. Da die natürliche Untergrenze von null gleich geblieben ist, steigt die Spannweite“ (Arnold et al. 2015, 113-114).

Die Liniendiagramme zeigen, dass sich auch die Durchschnittswerte der Kreise und der kreisfreien Städte in den einzelnen Ländern zum Teil deutlich voneinander unterscheiden. So liegen die Werte der kreisfreien Städte in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein sichtbar oberhalb der Werte der Kreise. In Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein steigen zudem die Werte der kreisfreien Städte stärker an als die Werte der Kreise, so dass ein gewisses Auseinanderdriften der Werte zu beobachten ist.

Bei der näheren Beurteilung der Liquiditätskredite ist zu beachten, dass sie zwar grundsätzlich als Indikator für eine (nicht-)nachhaltige Entwicklung der kommunalen Haushalte heranzuziehen sind: Ihnen stehen keine Vermögenswerte gegenüber, und – aufgrund der immanenten Kurzfristigkeit der Kassenkredite – besteht zunächst per se ein Zinsänderungsrisiko. Genau an dieser Stelle ist aber die Entwicklung der Zinsen am Kapitalmarkt mit zu berücksichtigen: In der Zeit von Niedrigzinsen, wie im Nachgang der Wirtschafts- und Finanzkrise, ist das Risiko von Zinsänderungen – bzw. hier von Zinssteigerungen – relativ gering. Hinzu kommt, dass die Entschuldungsprogramme der Länder zum Teil auch auf die Kassenkredite der Kommunen bezogen sind (vgl. Arnold 2015 et al., 61/124 ff.).

Liquiditätskredite (Euro pro Ew.)							
	2014						Veränderung 2006-2014
	N	Mean	Median	Min	Max	SD	
Baden-Württemberg	44,00	18,42	7,43	0,00	116,92	27,23	1,90
Kreisfreie Städte insg.	9,00	9,56	0,00	0,00	53,31	16,77	2,43
Kreise insg.	35,00	20,45	8,22	0,00	116,92	28,59	1,83
Bayern	96,00	21,38	3,50	0,00	247,15	43,49	4,49
Kreisfreie Städte insg.	25,00	23,44	0,00	0,00	247,15	66,18	6,39
Kreise insg.	71,00	20,53	7,48	0,00	186,26	31,74	4,04
Brandenburg	18,00	317,38	122,19	0,00	2.464,96	827,25	24,26
Kreisfreie Städte insg.	4,00	1.347,30	2.235,45	0,00	2.464,96	1.005,48	325,00
Kreise insg.	14,00	122,14	84,83	0,00	461,12	145,26	-39,52
Hessen	26,00	1.055,41	1.047,10	0,00	3.692,89	829,86	527,55
Kreisfreie Städte insg.	5,00	667,34	1.015,84	0,00	3.692,89	1.358,52	-18,97
Kreise insg.	21,00	1.177,05	1.078,35	92,76	2.676,97	638,86	695,53
Mecklenburg-Vorpommern	8,00	110,46	334,13	89,80	1.522,27	480,03	4,39
Kreisfreie Städte insg.	2,00	995,32	1.139,72	757,16	1.522,27	382,56	134,07
Kreise insg.	6,00	331,59	123,93	89,80	854,70	290,27	173,52
Niedersachsen	46,00	428,93	341,09	0,00	2.953,65	662,24	-133,19
Kreisfreie Städte insg.	8,00	416,52	182,14	0,00	1.773,93	619,05	10,38
Kreise insg.	38,00	430,72	343,34	0,00	2.953,65	670,89	-153,84
Nordrhein-Westfalen	53,00	1.500,65	886,41	0,00	7.486,74	1.676,47	805,43
Kreisfreie Städte insg.	22,00	2.451,59	2.758,83	41,56	7.486,74	1.832,30	1.233,70
Kreise insg.	31,00	823,32	677,04	0,00	2.927,78	668,21	472,15
Rheinland-Pfalz	36,00	1.783,78	1.355,58	126,06	7.515,57	1.791,40	1.029,57
Kreisfreie Städte insg.	12,00	3.424,12	3.305,30	437,44	7.515,57	2.084,82	1.460,33
Kreise insg.	24,00	1.213,77	1.105,94	126,06	4.068,01	1.063,74	864,54
Saarland	6,00	2.026,22	1.471,45	1.100,40	3.334,75	783,17	1.013,29
Kreisfreie Städte insg.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Kreise insg.	6,00	2.026,22	1.471,45	1.100,40	3.334,75	783,17	1.013,29
Sachsen	13,00	23,57	14,21	0,00	118,86	35,55	-8,54
Kreisfreie Städte insg.	3,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Kreise insg.	10,00	34,86	21,24	9,22	118,86	36,27	-10,59
Sachsen-Anhalt	14,00	623,41	464,14	111,79	1.290,14	392,35	233,35
Kreisfreie Städte insg.	3,00	743,66	391,63	201,45	1.290,14	474,78	83,48
Kreise insg.	11,00	584,64	536,64	111,79	1.097,24	364,88	273,95
Schleswig-Holstein insg.	15,00	278,87	119,96	0,00	1.134,30	366,11	94,74
Kreisfreie Städte insg.	4,00	882,43	897,56	473,18	1.134,30	267,73	413,73
Kreise insg.	8,00	110,46	334,13	89,80	1.522,27	480,03	4,39
Thüringen	23,00	98,10	23,35	0,00	500,06	142,52	54,10
Kreisfreie Städte insg.	6,00	175,17	141,37	0,00	500,06	180,98	110,80
Kreise insg.	17,00	71,86	19,99	0,26	391,82	112,59	34,30

Gute Beispiele

Landkreis Teltow-Fläming – Nachhaltigkeitssatzung

Kurzbeschreibung: Die Nachhaltigkeitssatzung des Landkreises Teltow-Fläming vom 26.02.2014 strebt eine strikte Ausgabendisziplin sowie eine ökonomische Haushaltsführung an. Diese umfasst z. B. den Abbau von Fehlbeträgen, eine Verringerung des beschlossenen Kassenkreditrahmens und einen zweckgebundenen Einsatz der Kassenkredite (d. h. eine Deckung des Liquiditätsbedarfs im Haushaltsjahr).

- www.teltow-flaeming.de/de/dateien/pdf/9-4-nachhaltigkeitssatzung.pdf

Städte Chemnitz, Dresden und Leipzig – Kassenkreditbestände

Kurzbeschreibung: Trotz des relativ geringen Bruttoinlandsprodukts pro Kopf sind in den sächsischen Städten Chemnitz, Dresden und Leipzig nahezu keine Kassenkreditbestände festzustellen.

- <http://www.haushaltssteuerung.de/weblog-kassenkreditschulden-der-staedte-und-gemeinden-in-sachsen.html>

3.16 Schuldendeckungsquote (Prozent)

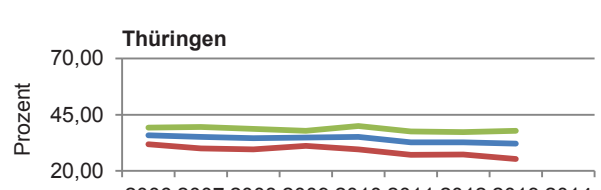
Indikator: Schuldendeckungsquote	
Dimension	Governance
Thema	Haushaltsführung
Ziel	Gesunde Struktur des kommunalen Haushalts sichern
Kernindikator	Schuldendeckungsquote – Schulden im Verhältnis zum Anlagevermögen (Auslagerungen) (Die Schuldendeckungsquote setzt die Schulden einer Kommune in den Auslagerungen ins Verhältnis zum entsprechenden Anlagevermögen, d. h. die Schuldendeckungsquote zeigt, wie hoch das Anlagevermögen durch Kreditverbindlichkeiten belastet ist. Ist die Deckungsquote gering, sind die Schulden als weniger problematisch zu erachten, da sie über das Anlagevermögen gedeckt sind.)
Nachhaltigkeitsrelevanz	Schulden und die damit verbundene Zinsbelastung schränken den Handlungsspielraum der ausgelagerten Bereiche zunehmend ein und führen i. d. R. zu einem Rückgang der Investitionen. Darüber hinaus stellen die Schulden der Auslagerungen ggf. ein Risiko für den kommunalen Haushalt insgesamt dar. Dieses Risiko ist u. a. abhängig von der Branchenstruktur und lokalen Gegebenheiten. Nachfolgende Generationen sind von der Schuldenlast in besonderem Maße betroffen, wenn sie nicht durch ein entsprechendes Anlagevermögen gedeckt sind. Eine Kommune lebt in diesem Fall „über ihre Verhältnisse“, ihre Substanz wird aufgezehrt. Das Risiko einer Überschuldung wird den nachfolgenden Generationen angelastet, ihre Chance auf gleichwertige Lebensverhältnisse sinkt.
Herkunft	Dieser Indikator wird in keinem der im Monitor Nachhaltige Kommune ausgewerteten Nachhaltigkeitsberichte und Indikatorensammlungen verwendet.
Validität	Das Verhältnis der Schulden zum Anlagevermögen greift einen wesentlichen Zusammenhang in der Haushalts- bzw. Vermögensstruktur der Kommune auf (hier mit Bezug auf die Auslagerungen), der für nachfolgende Generationen im Sinne einer „gesunden Haushaltsstruktur“ besonders relevant ist. Der Indikator besitzt damit eine hohe Validität.
Datenqualität	Seit dem Berichtsjahr 2010 bilden die Kernhaushalte der Gemeinden / Gemeindeverbände sowie ab 2015 auch die jeweiligen Extrahaushalte den Berichtskreis der jährlichen Schuldenstatistik des Statistischen Bundesamtes (inkl. aller öffentlich bestimmten Holdinggesellschaften). Mit der Einbeziehung aller Extrahaushalte wird dem zunehmenden Ausgliederungsprozess in der öffentlichen Verwaltung Rechnung getragen. Damit sind die Grundlagen für eine vollständige Abbildung des Schuldenstandes gelegt. Um einen Eindruck von der realen Entwicklung der Schuldendeckungsquote zu bekommen, sollten Zeitreihen preisbereinigt werden.
Datenverfügbarkeit	Die Daten werden im Rahmen der amtlichen Schuldenstatistik jährlich erhoben und sind mit hoher Aktualität (sieben Monate Verzögerung) in Zeitreihen verfügbar.
Funktion	Output-Indikator.
Wechselwirkungen	Wechselwirkungen bestehen mit allen Einflussgrößen auf die Einnahmen sowie die Ausgaben der Auslagerungen. Weitergehende Erkenntnisse lassen sich gewinnen, wenn die Schuldendeckungsquote in Bezug zur Investitionstätigkeit gesetzt wird: Eine geringe Schuldendeckungsquote und das Ausbleiben notwendiger Investitionen weisen auf längerfristige Probleme hin.
Rahmenbedingungen	Neben den sozioökonomischen Strukturmerkmalen müssen bei einem interkommunalen Vergleich Art, Umfang und Gesamtstruktur der Auslagerungen – auch im Verhältnis zur Kernverwaltung – berücksichtigt werden.
Berechnung	$\text{Schulden} / \text{Anlagevermögen} * 100$
Quelle	Wegweiser Kommune (Statistische Ämter der Länder, FORA mbH, Bertelsmann Stiftung)
Einheit	Prozent
Abgerufen für	2006–2014



In den Ländern Baden-Württemberg und Mecklenburg-Vorpommern sowie im Saarland sind die Schuldendeckungsquoten relativ hoch, d. h. das Anlagevermögen der Auslagerungen ist vergleichsweise stark durch Kreditverbindlichkeiten belastet. In den Ländern Sachsen-Anhalt und Thüringen liegen die Schuldendeckungsquoten bei den Auslagerungen relativ niedrig. Bei einem Ländervergleich ist jedoch zu berücksichtigen, dass – neben den Stadtstaaten – auch für Hessen und Sachsen keine Werte vorliegen.



Gestiegen sind die Schuldendeckungsquoten in der Zeit von 2006 bis 2013 im Saarland sowie in Niedersachsen und in Baden-Württemberg, gesunken sind sie in Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Rheinland-Pfalz und Bayern sowie in Nordrhein-Westfalen. Für die übrigen Länder liegen insgesamt bzw. im Ausgangsjahr 2006 keine Werte vor.



In der Zeitreihe entwickeln sich die durchschnittlichen Schuldendeckungsquoten bei Auslagerungen in den einzelnen Bundesländern uneinheitlich. Zum Teil verläuft die Entwicklung relativ stabil (siehe z. B. Bayern und Thüringen), zum Teil ist sie relativ stetig gesunken (siehe z. B. Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern) und zum Teil ist sie eher schwankend (siehe z. B. Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und das Saarland). Darüber hinaus bewegen sich die Durchschnittswerte der Länder teilweise auf unterschiedlichen Niveaus.

Beim Vergleich der Durchschnittswerte von Kreisen und kreisfreien Städte sind zum Teil relativ große Unterschiede festzustellen (siehe z. B. Schleswig-Holstein, für den Zeitraum von 2007 bis 2013). Auch in Thüringen sind die Unterschiede zwischen den durchschnittlichen Werten der Kreise und der kreisfreien Städte noch vergleichsweise gut erkennbar; allerdings liegen die Werte der kreisfreien Städte hier systematisch unterhalb der Werte der Kreise, wo hingegen es sich in Schleswig-Holstein umgekehrt verhält.

Für eine genauere Analyse der Schuldendeckungsquote bei Auslagerungen sollte auch die Verschuldungssituation im Kernhaushalt sowie der Grad an Auslagerungen mit in den Blick genommen werden.

Schuldendeckungsquote (in %)							
	2013						Veränderung 2006-2013
	N	Mean	Median	Min	Max	SD	
Baden-Württemberg	44,00	49,10	48,35	29,80	88,80	11,36	3,00
Kreisfreie Städte insg.	9,00	46,80	48,10	30,00	70,10	11,60	0,50
Kreise insg.	35,00	50,90	48,60	29,80	88,80	11,25	4,80
Bayern	96,00	37,60	37,85	9,40	103,00	15,58	-1,80
Kreisfreie Städte insg.	25,00	39,90	39,30	11,10	103,00	18,85	-1,30
Kreise insg.	71,00	35,80	36,10	9,40	84,80	13,95	-4,50
Brandenburg	18,00	42,20	42,35	22,60	63,00	9,77	-8,60
Kreisfreie Städte insg.	4,00	35,00	36,80	22,60	39,70	6,67	-9,40
Kreise insg.	14,00	46,50	47,60	33,00	63,00	8,55	-7,40
Hessen	26,00	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Kreisfreie Städte insg.	5,00	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Kreise insg.	21,00	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Mecklenburg-Vorpommern	8,00	34,20	49,70	36,10	52,90	5,29	3,10
Kreisfreie Städte insg.	2,00	50,40	51,25	49,70	52,80	1,55	-4,80
Kreise insg.	6,00	46,40	47,75	36,10	52,90	5,54	-5,90
Niedersachsen	46,00	39,70	42,30	13,60	333,10	44,39	3,60
Kreisfreie Städte insg.	8,00	41,70	42,30	34,20	51,20	5,47	-1,10
Kreise insg.	38,00	39,00	42,40	13,60	333,10	48,72	4,80
Nordrhein-Westfalen	53,00	36,40	41,90	4,40	67,80	12,07	-0,40
Kreisfreie Städte insg.	22,00	39,30	42,70	28,60	67,80	10,72	-1,00
Kreise insg.	31,00	38,80	41,40	4,40	63,60	12,29	-0,10
Rheinland-Pfalz	36,00	42,50	43,30	9,60	59,70	12,52	-2,30
Kreisfreie Städte insg.	12,00	41,40	38,15	9,60	59,70	16,56	-8,00
Kreise insg.	24,00	44,90	44,40	23,50	57,60	8,69	1,30
Saarland	6,00	45,80	46,55	38,80	47,50	3,18	9,70
Kreisfreie Städte insg.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Kreise insg.	6,00	45,80	46,55	38,80	47,50	3,18	9,70
Sachsen	13,00	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Kreisfreie Städte insg.	3,00	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Kreise insg.	10,00	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Sachsen-Anhalt	14,00	31,30	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Kreisfreie Städte insg.	3,00	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Kreise insg.	11,00	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Schleswig-Holstein insg.	15,00	41,50	33,10	15,80	63,00	12,10	3,80
Kreisfreie Städte insg.	4,00	49,90	49,75	43,70	53,70	3,68	5,30
Kreise insg.	8,00	34,20	49,70	36,10	52,90	5,29	3,10
Thüringen	23,00	32,10	40,80	12,00	57,90	10,77	-3,70
Kreisfreie Städte insg.	6,00	25,30	41,00	12,00	51,90	14,00	-6,50
Kreise insg.	17,00	37,80	40,80	21,70	57,90	9,03	-1,40

Gute Beispiele

Zurzeit konnten noch keine guten Beispiele identifiziert werden.

3.17 Verschuldung (Euro pro Ew.)

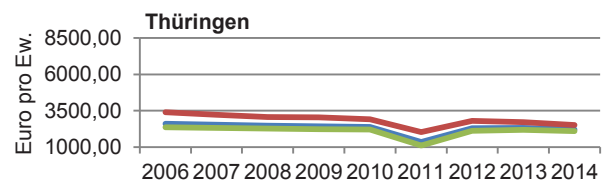
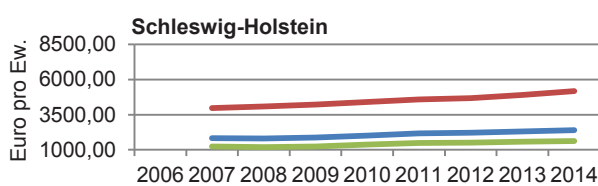
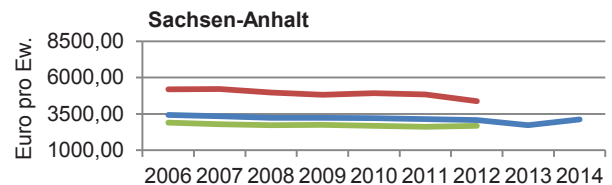
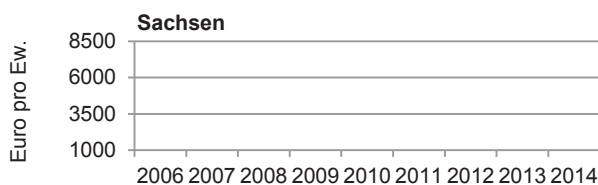
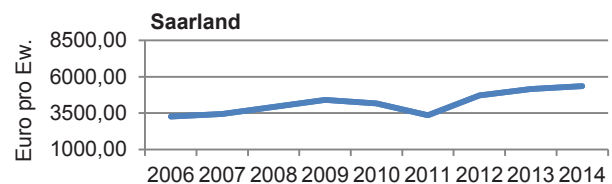
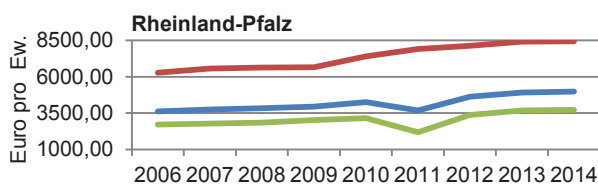
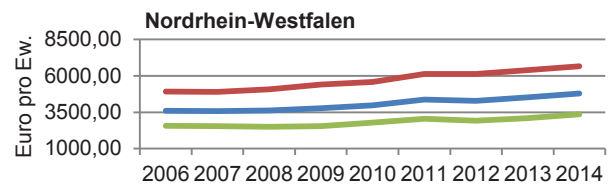
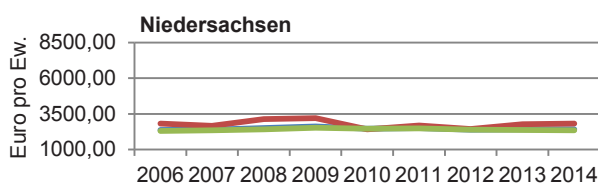
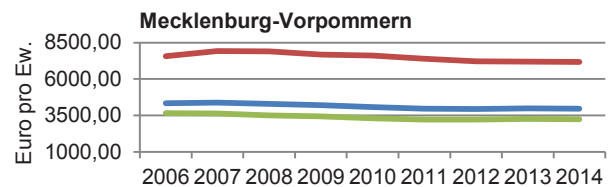
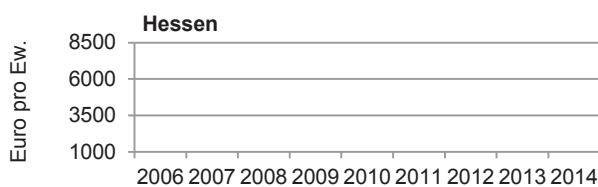
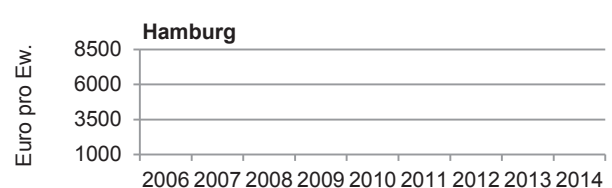
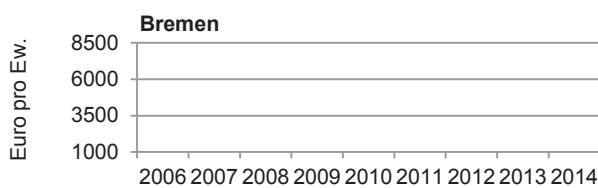
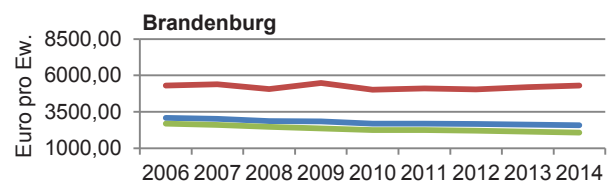
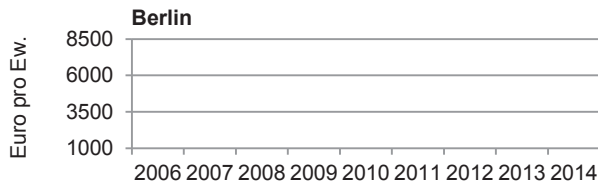
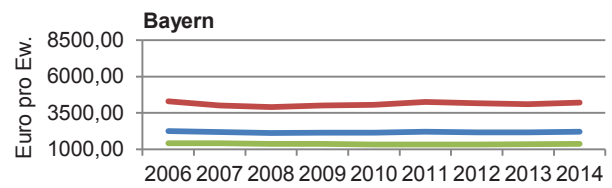
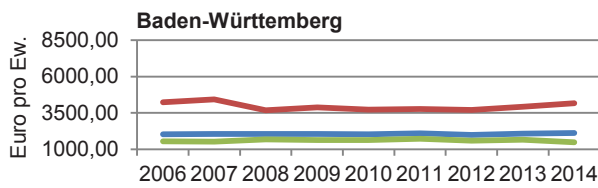
Indikator: Verschuldung	
Dimension	Governance
Thema	Haushaltsführung
Ziel	Gesunde Struktur des kommunalen Haushalts sichern
Kernindikator	Verschuldung – Gesamtverschuldung (Konzern Kommune) pro Einwohner (Die Gesamtverschuldung der Kommune pro EinwohnerIn bezieht sich auf die Schulden der Kernhaushalte und Extrahaushalte einer Kommune. Berücksichtigt werden Investitionskredite, Liquiditätskredite und kreditähnliche Rechtsgeschäfte zzgl. Investitionskredite der Eigenbetriebe, Kreditschulden der Unternehmen (abzüglich interne Schulden bei Eignern / Einwohnern).)
Nachhaltigkeitsrelevanz	Die Haushaltsführung einer Kommune hat unmittelbare Auswirkungen auf die Lebensbedingungen nachfolgender Generationen. Eine hohe Verschuldung, die nicht abgebaut werden kann und zu Investitionsrückständen führt, beeinträchtigt ökonomische, soziale und auch ökologische Rahmenbedingungen (z. B. Ausbau der Infrastruktur, soziale Leistungen, Wasserqualität etc.), d. h. für nachfolgende Generationen können gleichwertige Lebensbedingungen nicht gesichert werden.
Herkunft	Der Indikator wird in wenigen Nachhaltigkeitsberichten (z. B. Kronberg im Taunus 2012) und Indikatorensammlungen (z. B. Statistisches Bundesamt 2014) verwendet.
Validität	Sofern sowohl die Kernhaushalte (einschließlich weitergeleitete Kredite an Auslagerungen) als auch die Extrahaushalte (seit 2015 inkl. alle öffentlich bestimmten Holdinggesellschaften) berücksichtigt sind, wird der kommunale Haushalt vollständig abgebildet. Der Indikator lässt jedoch keine Schlüsse darauf zu, inwieweit der Schuldenlast Investitionen gegenüber stehen und er gibt keinen Hinweis auf die Fähigkeit der Kommune zur Schuldentilgung (z. B. die Höhe der Einnahmen oder des Anlagevermögens). Schulden können für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit von Bedeutung sein; reiche Kommunen können höhere Schulden auf sich nehmen als arme. D. h., die absolute Höhe der Schulden pro Kopf bildet das Ziel einer „gesunden Struktur“ nur mit Einschränkungen ab.
Datenqualität	Die Daten werden regelmäßig erhoben, sind mit hoher Aktualität und in Zeitreihen verfügbar. Um einen Eindruck von der realen Entwicklung des kommunalen Schuldenstandes zu bekommen, sollten Zeitreihen preisbereinigt werden.
Datenverfügbarkeit	Der kommunale Schuldenstand ist öffentlich bekannt und wird in der Regel von den Statistischen Landesämtern erfasst. Der Kämmerer der Kommunen liegen die Daten zur Verschuldung in der Kommune und den kommunalen Betrieben vor.
Funktion	Output-Indikator.
Wechselwirkungen	Wechselwirkungen bestehen mit der Einnahme- und Ausgabesituation der Kommunen und damit zusammenhängenden sozioökonomischen Strukturmerkmalen. Die Verschuldung wirkt sich wiederum auf die Investitionstätigkeit der Kommunen aus, was sich auf die Qualität der Daseinsvorsorge niederschlagen kann (Versorgung mit öffentlichem Nahverkehr, Zustand der öffentlichen Gebäude, Entwässerungsanlagen etc.) und im weiteren Wirkungsgefüge mit der Umweltqualität (Energieverbrauch, Wasserqualität etc.), Unternehmensansiedlungen etc. steht. Weitergehende Erkenntnisse lassen sich gewinnen, wenn die Gesamtverschuldung mit der Investitionstätigkeit verglichen wird: wenn beide gering sind, ist dies wenig nachhaltig.
Rahmenbedingungen	Neben den sozioökonomischen Strukturmerkmalen muss bei einem interkommunalen Vergleich der jeweilige Kommunalisierungsgrad, d. h. die landesspezifische Aufteilung der Einnahmen und Ausgaben und des Schuldenstandes zwischen Land und Kommunen berücksichtigt werden.
Berechnung	Kernhaushalte (Investitionskredite + Liquiditätskredite + kreditähnliche Rechtsgeschäfte) + Investitionskredite Eigenbetriebe + Kreditschulden Unternehmen – interne Schulden bei Eignern/Einwohnern (Stichtag Einwohner: 30.06.)
Quelle	Wegweiser Kommune (Statistische Ämter der Länder, FORA mbH, Bertelsmann Stiftung)
Einheit	Euro/Einwohner
Abgerufen für	2006–2014



Bei der Gesamtverschuldung (Konzern Kommune) pro Einwohner ist sowohl ein West-Ost-, als auch ein Nord-Süd-Gefälle zu beobachten. Besonders hoch ist die Pro-Kopf-Verschuldung des Konzerns Kommune 2014 im Saarland, in Rheinland-Pfalz sowie in Nordrhein-Westfalen. Relativ gering fällt die Gesamtverschuldung dagegen in Baden-Württemberg und Thüringen aus. Dabei ist zu berücksichtigen, dass – neben den Stadtstaaten – auch für Hessen und Sachsen keine Werte vorliegen.



In der Zeit von 2006 bis 2014 hat sich die Pro-Kopf-Verschuldung des Konzerns Kommune im Saarland, in Rheinland-Pfalz und in Nordrhein-Westfalen am stärksten erhöht. Gestiegen ist die Gesamtverschuldung zudem in Schleswig-Holstein sowie – allerdings weniger stark – in Baden-Württemberg und Niedersachsen. Gesunken ist die Schuldenquote in Bayern sowie in den ostdeutschen Flächenländern Brandenburg, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt (für Sachsen bzw. Hessen und die Stadtstaaten liegen keine Werte vor; siehe oben).



Legende: Rote Linie (Kreisfreie Städte) – Grüne Linie (Kreise) – Blaue Linie (Land)

Bei der Betrachtung der Zeitreihe können drei verschiedene Verlaufsarten der Gesamtverschuldung unterschieden werden. In einem Teil der Länder entwickelt sich die Pro-Kopf-Verschuldung stabil und noch dazu auf einem relativ niedrigen Niveau (siehe z. B. Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen). In anderen Ländern ist die Verschuldung des Konzerns Kommune ansteigend, wobei die Entwicklung eher stetig (siehe z. B. Nordrhein-Westfalen) oder mit Schwankungen (siehe z. B. Rheinland-Pfalz und das Saarland) verläuft. Schließlich gibt es Länder, in denen die Entwicklung rückläufig ist, wiederum eher stetig (siehe z. B. Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern) oder mit Schwankungen (siehe z. B. Sachsen-Anhalt oder Thüringen).

Die Gesamtverschuldung pro Einwohner liegt in den kreisfreien Städten i. d. R. oberhalb der Pro-Kopf-Verschuldung der Kreise (nur in Niedersachsen und in Thüringen sind die Unterschiede relativ gering ausgeprägt). In den kreisfreien Städten liegt die Verschuldung tendenziell höher als in den Kreisen, da zum einen die Anforderungen an die Infrastruktur in den Ballungsräumen größer sind als in den ländlichen Gebieten und zum anderen der Aufgabenkatalog der Kommunen mit der Größe der Kommune zunimmt (vgl. Arnold et al. 2015, 104-105).

Für eine nähere Analyse der Gesamtverschuldung sollte auch die Verteilung der Schulden auf den Kernhaushalt und die ausgelagerten Bereiche berücksichtigt werden. Der Anteil der ausgelagerten Schulden an den Gesamtschulden liegt in den ostdeutschen Flächenländern relativ hoch; insofern wäre der Unterschied in der Pro-Kopf-Verschuldung zwischen Ost und West noch größer, wenn nur die Kernhaushalte betrachtet werden würden (vgl. Arnold et al. 2015, 25/104).

Verschuldung (Euro pro Ew.)							
	2014						Veränderung 2006-2014
	N	Mean	Median	Min	Max	SD	
Baden-Württemberg	44,00	2.123,53	1.609,91	600,21	7.208,13	1.432,04	84,67
Kreisfreie Städte insg.	9,00	4.157,91	3.965,24	2.221,50	7.208,13	1.521,59	-64,76
Kreise insg.	35,00	1.485,66	1.430,32	600,21	2.585,51	490,71	-63,77
Bayern	96,00	2.217,70	1.549,44	293,15	5.571,55	1.294,85	-36,08
Kreisfreie Städte insg.	25,00	4.212,30	3.758,83	1.052,31	5.513,59	1.261,00	-92,07
Kreise insg.	71,00	1.373,96	1.371,77	293,15	5.571,55	771,75	-39,89
Brandenburg	18,00	2.575,74	2.177,57	1.519,21	5.959,92	1.446,33	-503,41
Kreisfreie Städte insg.	4,00	5.299,81	5.247,27	4.956,48	5.959,92	406,42	-1,23
Kreise insg.	14,00	2.059,35	1.829,18	1.519,21	3.195,42	575,15	-619,23
Hessen	26,00	k.A.	4.503,18	2.381,19	13.664,30	2.414,52	k.A.
Kreisfreie Städte insg.	5,00	k.A.	7.494,75	5.219,69	13.664,30	3.072,72	k.A.
Kreise insg.	21,00	k.A.	3.898,32	2.381,19	5.900,97	1.078,64	k.A.
Mecklenburg-Vorpommern	8,00	1.624,06	3.770,36	2.043,54	7.420,69	1.813,88	395,91
Kreisfreie Städte insg.	2,00	7.171,62	7.020,63	6.620,57	7.420,69	400,06	-400,90
Kreise insg.	6,00	3.247,06	3.416,85	2.043,54	4.184,61	823,18	-400,56
Niedersachsen	46,00	2.407,43	2.258,55	488,96	5.524,30	1.196,45	40,40
Kreisfreie Städte insg.	8,00	2.815,44	2.954,63	1.523,83	5.524,30	1.399,85	-5,29
Kreise insg.	38,00	2.348,65	2.213,12	488,96	4.612,93	1.076,36	46,90
Nordrhein-Westfalen	53,00	4.789,60	4.384,40	1.120,86	9.881,77	2.450,15	1.177,77
Kreisfreie Städte insg.	22,00	6.661,57	7.218,95	1.463,10	9.881,77	2.199,15	1.730,19
Kreise insg.	31,00	3.353,44	3.266,29	1.120,86	5.377,43	1.277,71	785,53
Rheinland-Pfalz	36,00	4.981,83	4.573,90	1.566,92	11.991,68	2.724,35	1.360,59
Kreisfreie Städte insg.	12,00	8.441,77	7.353,30	2.673,96	11.991,68	3.101,88	2.161,58
Kreise insg.	24,00	3.735,15	3.985,51	1.566,92	7.999,00	1.557,73	1.016,81
Saarland	6,00	5.347,30	4.066,20	3.211,39	8.430,99	1.796,78	2.081,98
Kreisfreie Städte insg.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Kreise insg.	6,00	5.347,30	4.066,20	3.211,39	8.430,99	1.796,78	2.081,98
Sachsen	13,00	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Kreisfreie Städte insg.	3,00	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Kreise insg.	10,00	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Sachsen-Anhalt	14,00	3.124,06	3.004,45	1.316,93	5.599,48	1.099,11	-295,46
Kreisfreie Städte insg.	3,00	4.300,76	4.210,41	3.031,23	5.599,48	1.049,65	-881,42 ⁶
Kreise insg.	11,00	2.744,66	2.747,86	1.316,93	3.818,24	811,81	-156,89 ⁶
Schleswig-Holstein insg.	15,00	2.398,88	1.740,46	751,72	6.364,49	1.776,20	580,83 ⁷
Kreisfreie Städte insg.	4,00	5.175,59	5.678,90	3.791,61	6.364,49	958,63	1.212,61 ⁷
Kreise insg.	8,00	1.624,06	3.770,36	2.043,54	7.420,69	1.813,88	395,91 ⁷
Thüringen	23,00	2.211,94	2.243,18	1.286,43	3.801,46	587,62	-396,09
Kreisfreie Städte insg.	6,00	2.527,60	2.567,01	1.286,43	3.801,46	797,14	-873,24
Kreise insg.	17,00	2.104,47	2.129,49	1.424,62	2.924,47	409,07	-252,47

⁶ Veränderung 2006-2012⁷ Veränderung 2007-2014

Gute Beispiele

Kreis Borken / Stadt Borken (u. a.) - Schuldenfreiheit

Kurzbeschreibung: Obwohl Nordrhein-Westfalen in Deutschland zu den Krisenländern im Bereich der Kommunalfinanzen zählt, gibt es hier eine Reihe von Städten und Kreisen, die ohne Schulden auskommen. Hierzu gehören beispielsweise der Kreis und die Stadt Borken. Relativ gute soziale Rahmenbedingungen erleichtern den betreffenden Kommunen eine solide Finanzpolitik.

- <http://www.haushaltssteuerung.de/weblog-kommunen-in-nordrhein-westfalen-ohne-schulden.html#schuldenfreie-kreise>

Stadt Bietigheim-Bissingen – Ausgeglichener Haushalt

Kurzbeschreibung: Seit 2004 ist die Stadt Bietigheim-Bissingen aus eigenen Anstrengungen schuldenfrei, allerdings gilt dies nicht für ihre Betriebe und Beteiligungen. Die Schuldenfreiheit erreichte die Stadt bereits vor vier Jahren; zwischenzeitlich hat sich die finanzielle Situation durch einen Rückgang der Kreisumlage sowie starke Gewerbesteuererinnahmen weiter verbessert.

- <https://www.wegweiser-kommune.de/projekte/kommunal/baden-wuerttemberg/bietigheim-bissingen-ausgeglichener-haushalt>

Stadt Pirna – Freiwillige Haushaltssicherung

Kurzbeschreibung: Pirna bei Dresden musste sich mit den typischen Finanzproblemen der Kommunen in Sachsen auseinandersetzen. Zusätzlich wurde die Stadt im Jahr 2002 besonders hart vom Elbhochwasser getroffen. Um wieder einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen zu können, unterzog sich Pirna erfolgreich einer freiwilligen Haushaltssicherung.

- <https://www.wegweiser-kommune.de/projekte/kommunal/sachsen/pirna-freiwillige-haushalts-sicherung>

Stadt Ulm – Haushaltskonsolidierung in der Finanzkrise

Kurzbeschreibung: Wie viele andere Kommunen wurde auch die Stadt Ulm von der Finanzkrise getroffen. Während die Ausgaben weiter stiegen, brachen vor allem die Gewerbesteuererinnahmen ein. Nur durch die schnelle Reaktion konnte eine langfristige finanzielle Schieflage vermieden werden. Dabei konnte die Stadt auch auf Leitlinien und Maßnahmen früherer Finanzkrisen zurückgreifen.

- <https://www.wegweiser-kommune.de/projekte/kommunal/baden-wuerttemberg/ulm-haushaltskonsolidierung-in-der-finanzkrise>

3.18 Bruttoinvestitionen (Euro pro Ew.)

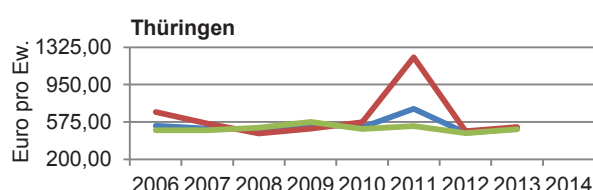
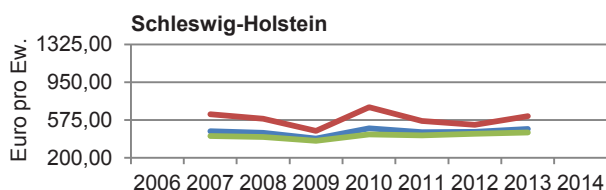
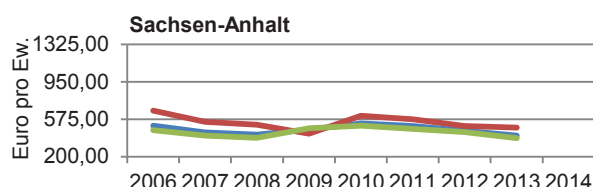
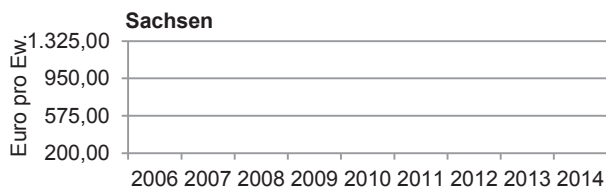
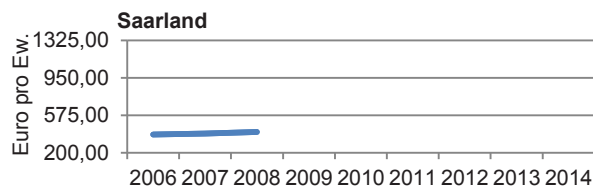
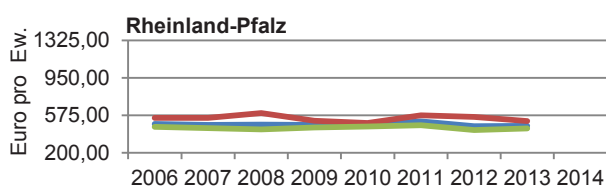
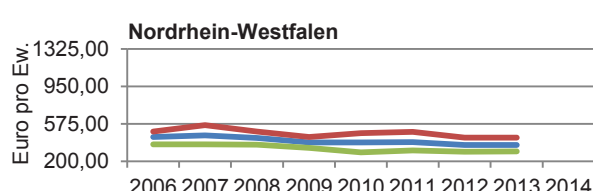
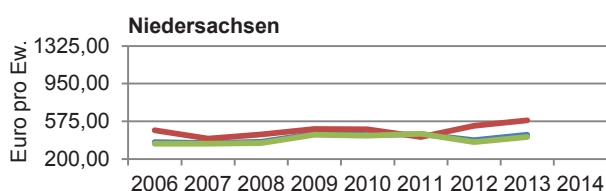
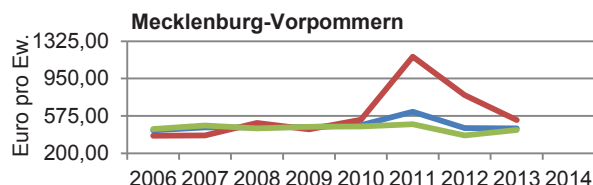
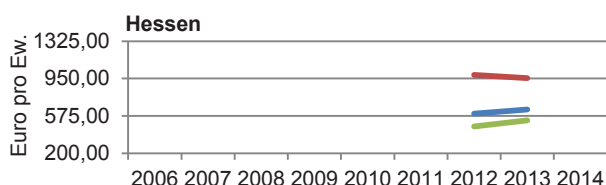
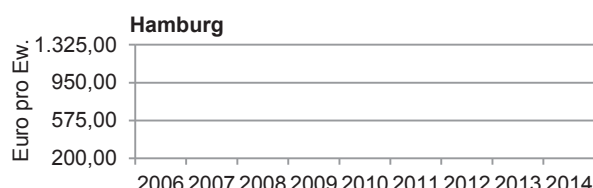
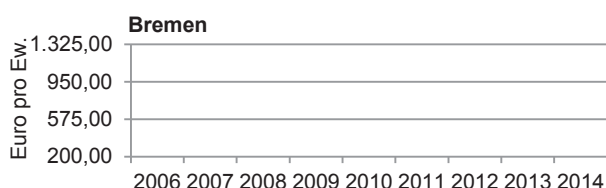
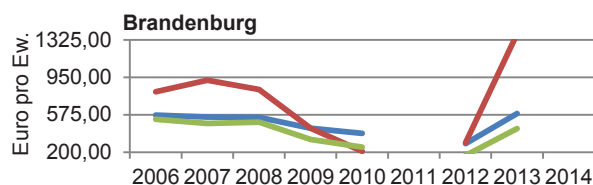
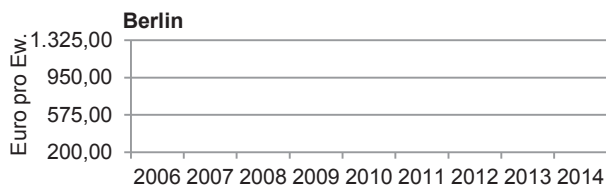
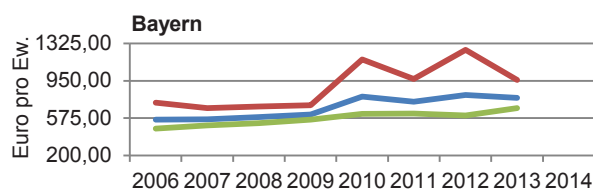
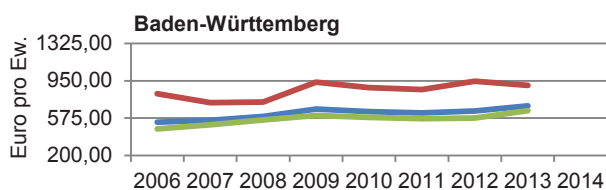
Indikator: Bruttoinvestitionen	
Dimension	Governance
Thema	Haushaltsführung
Ziel	Ausreichende Investitionen der Kommune sichern
Kernindikator	Bruttoinvestitionen – Bruttoinvestitionen (Konzern Kommune) pro Einwohner (Bruttoinvestitionen bezeichnen die absolute Höhe der tatsächlich getätigten Investitionen, d. h. vor Abzug der Abschreibungen.)
Nachhaltigkeitsrelevanz	Kommunale Investitionen, wie beispielsweise in die Verkehrsinfrastruktur, Bildung, sozialen Wohnungsbau etc., sind ausschlaggebend für die Zukunftsfähigkeit des Gemeinwesens. Dabei sollten die Bruttoinvestitionen die Abschreibungen ausgleichen, da ansonsten die Substanz einer Kommune aufgezehrt wird. In vielen Kommunen stellen rückläufige Investitionen eine problematische Entwicklung dar. Aufgrund sinkender Einnahmen und/oder steigender Ausgaben ist der Ausgleich zwischen Investitionen und Abschreibungen nicht mehr möglich. Desinvestitionen sind kein bewusster Abbau einer hohen Substanz (z. B. aufgrund hoher Investitionen in vorangegangenen Jahren), sondern Resultat struktureller Haushaltsdefizite, die den nachfolgenden Generationen keine gleichwertigen Lebensbedingungen mehr zusichern können. In Hinblick auf die Generationengerechtigkeit besitzt dieser Indikator eine hohe Nachhaltigkeitsrelevanz.
Herkunft	Dieser Indikator wird in keinem der im Monitor Nachhaltige Kommune ausgewerteten Nachhaltigkeitsberichte und Indikatorensammlungen verwendet.
Validität	Die Bruttoinvestitionen zeigen die absolute Investitionstätigkeit einer Kommune. Inwieweit diese im Sinne des Ziels „Ausreichende Investitionen der Kommune sichern“ tatsächlich „ausreichend“ ist, speziell in Hinblick auf den notwendigen Ausgleich der Abschreibungen durch die Bruttoinvestitionen, lässt sich mit diesem Wert jedoch nicht abbilden.
Datenqualität	Die Daten können ohne Einschränkungen durch die Datenqualität genutzt werden.
Datenverfügbarkeit	Die Daten werden regelmäßig erhoben und sind mit hoher Aktualität und in Zeitreihen verfügbar.
Funktion	Output-Indikator.
Wechselwirkungen	Wechselwirkungen bestehen mit der Einnahme- und Ausgabesituation der Kommunen und damit zusammenhängenden Strukturmerkmalen. Einnahmen durch Gewerbesteuer und Einkommensteuer sind – wie die Höhe der Sozialausgaben – durch die demographische Entwicklung und die Arbeitsmarktstruktur bedingt. Die Investitionstätigkeit einer Kommune wirkt sich auf die Qualität der Daseinsvorsorge aus (Versorgung mit dem öffentlichen Nahverkehr, Zustand der öffentlichen Gebäude, Entwässerungsanlagen etc.) und steht im weiteren Wirkungsgefüge mit der Umweltqualität (Energieverbrauch, Wasserqualität etc.), dem Verkehrsaufkommen, Unternehmensansiedlungen etc. Weitergehende Erkenntnisse lassen sich gewinnen, wenn die Investitionstätigkeit mit der Gesamtverschuldung verglichen wird: wenn beide gering sind, ist dies wenig nachhaltig.
Rahmenbedingungen	Der Kommunalisierungsgrad, d. h. die Verlagerung der Aufgaben von der Landes- auf die kommunale Ebene, variiert zwischen den Bundesländern (landesspezifische Aufteilung der Einnahmen und Ausgaben und des Schuldenstandes zwischen Land und Kommunen).
Berechnung	Bruttoinvestitionen / Einwohner
Quelle	Statistisches Bundesamt (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung)
Einheit	Euro/Einwohner
Abgerufen für	2006–2014

Bruttoinvestitionen (Euro pro Ew.)
2013

Im Jahr 2014 fallen die Bruttoinvestitionen pro Kopf (Kernhaushalt und Auslagerungen, ohne Investitionszuschüsse der Kernhaushalte an die Auslagerungen) in Bayern, Baden-Württemberg und Brandenburg relativ hoch aus. In Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt sind die Pro-Kopf-Investitionen des Konzerns Kommune vergleichsweise gering. Zu beachten ist hierbei, dass für die Stadtstaaten sowie für Hessen und Sachsen keine Werte verfügbar sind.

Bruttoinvestitionen (Euro pro Ew.)
Veränderung von 2006 bis 2013

Die Bruttoinvestitionen pro Kopf sind von 2006 bis 2014 in Bayern, Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg am stärksten gestiegen. Demgegenüber sind die Pro-Kopf-Investitionen in Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen am stärksten gesunken. Im Ergebnis bedeutet dies, dass sich die Unterschiede zwischen den Ländern mit besonders hohen Investitionen (vor allem Bayern und Baden-Württemberg) sowie den Ländern mit besonders niedrigen Investitionen (vor allem Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt) im Zeitverlauf weiter vergrößert haben.



Legende: Rote Linie (Kreisfreie Städte) – Grüne Linie (Kreise) – Blaue Linie (Land)

Von 2006 bis 2014 haben sich die Bruttoinvestitionen pro Kopf für den Konzern Kommune in Baden-Württemberg und Bayern relativ stark erhöht. Die positive Entwicklung der Pro-Kopf-Investitionen hat sich dabei in Baden-Württemberg weitgehend stetig, in Bayern dagegen stärker schwankend vollzogen. Im Gegensatz zu den beiden süddeutschen Ländern sind die Bruttoinvestitionen in Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt tendenziell rückläufig. In Sachsen-Anhalt war der Rückgang dabei von 2006 bis 2014 mit etwas größeren Schwankungen verbunden als in Nordrhein-Westfalen.

Die Bruttoinvestitionen der kreisfreien Städte liegen in mehreren Bundesländern oberhalb der Bruttoinvestitionen der Kreise. Deutlich wird dies vor allem in Baden-Württemberg, Bayern und Schleswig-Holstein. In Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz liegen die Werte der kreisfreien Städte i. d. R. knapp über den Werten der Kreise. In den übrigen Ländern ist das Bild – auch aufgrund zum Teil fehlender Daten und starker Ausschläge – uneinheitlich. Höhere Pro-Kopf-Investitionen in den kreisfreien Städten als in den Kreisen erklären sich insbesondere durch den höheren Infrastrukturbedarf in den Ballungsräumen im Vergleich zu den ländlichen Gebieten.

Bei der näheren Analyse der Bruttoinvestitionen sind verschiedene Faktoren zu berücksichtigen. Hierzu zählen u. a. die Aufteilung der Investitionsausgaben zwischen dem Kernhaushalt und den Auslagerungen, die Deckung der Investitionsausgaben durch das jeweilige Anlagevermögen, die Zusammensetzung der Investitionsausgaben (z. B. Ausgaben für Beteiligungen, Baumaßnahmen oder Grundstücke) sowie die Zusammensetzung der kommunalen Ausgaben insgesamt (Personalausgaben, Sachausgaben, Zinsausgaben, Investitionsausgaben, etc.). Hierbei ist zu bedenken, dass die einzelnen Ausgabearten häufig in einem wechselseitigen Verhältnis zueinander stehen (vgl. Arnold 2015, 47). Beispielsweise führt die Entscheidung, ein eigenes Verwaltungsgebäude zu errichten, zu einer Erhöhung der Investitionsausgaben. Entschließt sich die Kommune hingegen, eine fremde Immobilie anzumieten, steigen die Sachausgaben.

Bruttoinvestitionen (Euro pro Ew.)							
	2013						Veränderung 2006-2013
	N	Mean	Median	Min	Max	SD	
Baden-Württemberg	44,00	698,85	644,69	434,38	1.265,85	198,21	162,98
Kreisfreie Städte insg.	9,00	904,31	865,69	565,53	1.265,85	242,87	83,42
Kreise insg.	35,00	650,88	622,74	434,38	1.213,41	144,02	181,94
Bayern	96,00	777,97	662,59	356,40	3.546,02	356,55	218,44
Kreisfreie Städte insg.	25,00	957,29	709,94	356,40	3.546,02	593,57	227,52
Kreise insg.	71,00	677,13	629,07	373,88	1.880,67	199,60	205,56
Brandenburg	18,00	587,21	460,14	342,04	4.056,56	828,75	16,24
Kreisfreie Städte insg.	4,00	1.384,20	795,46	582,29	4.056,56	1.449,78	580,97
Kreise insg.	14,00	436,61	421,72	342,04	598,30	73,27	-92,49
Hessen	26,00	640,55	467,10	188,51	1.249,85	289,64	640,55
Kreisfreie Städte insg.	5,00	956,14	886,53	468,27	1.240,44	280,59	956,14
Kreise insg.	21,00	529,75	464,07	188,51	1.249,85	266,35	529,75
Mecklenburg-Vorpommern	8,00	450,66	413,94	388,35	581,80	71,40	33,43
Kreisfreie Städte insg.	2,00	533,40	522,83	494,84	550,81	27,99	154,74
Kreise insg.	6,00	433,60	409,34	388,35	581,80	67,21	-10,04
Niedersachsen	46,00	440,94	390,67	215,09	873,16	136,11	73,01
Kreisfreie Städte insg.	8,00	586,00	572,33	240,42	873,16	198,71	100,78
Kreise insg.	38,00	419,92	378,90	215,09	579,74	92,06	68,88
Nordrhein-Westfalen	53,00	363,30	330,23	126,56	656,04	102,96	-78,44
Kreisfreie Städte insg.	22,00	435,50	410,08	126,56	656,04	122,58	-61,13
Kreise insg.	31,00	298,59	301,75	169,79	443,66	61,60	-71,02
Rheinland-Pfalz	36,00	468,01	457,44	294,89	914,20	126,30	-21,74
Kreisfreie Städte insg.	12,00	516,20	492,15	297,99	914,20	175,75	-34,83
Kreise insg.	24,00	442,63	443,97	294,89	621,00	85,99	-16,36
Saarland	6,00	412,65	378,76	287,03	508,26	66,71	31,30 ⁸
Kreisfreie Städte insg.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Kreise insg.	6,00	412,65	378,76	287,03	508,26	66,71	31,30 ⁸
Sachsen	13,00	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Kreisfreie Städte insg.	3,00	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Kreise insg.	10,00	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Sachsen-Anhalt	14,00	k.A.	383,78	231,24	619,37	99,13	-98,20
Kreisfreie Städte insg.	3,00	k.A.	396,22	393,53	619,37	105,83	-171,42
Kreise insg.	11,00	k.A.	346,36	231,24	497,70	87,10	-78,71
Schleswig-Holstein insg.	15,00	486,32	429,02	346,18	987,79	194,65	22,54 ⁹
Kreisfreie Städte insg.	4,00	614,22	757,94	376,11	987,79	234,16	-18,80 ⁹
Kreise insg.	8,00	450,66	413,94	388,35	581,80	71,40	33,43 ⁹
Thüringen	23,00	509,03	444,09	312,55	752,33	128,16	-27,92
Kreisfreie Städte insg.	6,00	525,37	490,21	332,23	610,93	122,92	-149,68
Kreise insg.	17,00	503,51	444,09	312,55	752,33	129,81	10,30

⁸ Veränderung 2006-2008⁹ Veränderung 2007-2013

Gute Beispiele

Landeshauptstadt Potsdam – Zukunftsprogramm 2019: Prüfung von Entlastungseffekten durch die Einbeziehung freier Träger beim Bau und Betrieb von Schulen (u. a.)

Kurzbeschreibung: Der Schulentwicklungsplan 2014-2020 der Landeshauptstadt Potsdam umfasst ein Investitionsvolumen in Höhe von rund 160 Mio. EUR. Im Rahmen des Zukunftsprogramms sollen Entlastungseffekte durch die Einbeziehung freier Träger beim Bau und Betrieb von Schulen geprüft werden. Die Maßnahme bezieht sich zunächst auf die Erstellung eines juristischen Gutachtens über die rechtliche Zulässigkeit einer Übertragung öffentlicher Schulträgeraufgaben auf freie Träger sowie die grundsätzlich zu erwartenden Entlastungspotenziale.

- https://www.potsdam.de/sites/default/files/documents/lhp_zp_2019_netz.pdf

Stadt Ingelheim a. R. – Demografiefeste Investitionen

Kurzbeschreibung: Im Vordergrund der Nachhaltigkeitssatzung der Stadt Ingelheim a. R. steht ein regelmäßiger Haushaltsausgleich sowie eine generationengerechte Haushaltswirtschaft. Bei Investitionen soll außerdem die demographische Entwicklung berücksichtigt werden (d. h. „demografiefeste“ Investitionen).

- [http://www.ingelheim.de/fileadmin/Content/Rathaus Politik/Satzungen Richtlinien/Satzungen/9_12 Nachhaltige Haushaltswirtschaft.pdf](http://www.ingelheim.de/fileadmin/Content/Rathaus_Politik/Satzungen_Richtlinien/Satzungen/9_12_Nachhaltige_Haushaltswirtschaft.pdf)

Stadt Verl – Zukunftsgerichtete (Finanz-)Politik

Kurzbeschreibung: Durch eine günstige Lage und den vernünftigen Umgang mit kommunalen Finanzmitteln ist Verl seit Jahrzehnten weitgehend schuldenfrei. Anstatt das Geld für Zinsen und Kredittilgungen auszugeben, kann Verl wertvolle Investitionen für seine Bürger tätigen. Dabei entstehen einzigartige Projekte für die Bürger und Unternehmen.

- <https://www.wegweiser-kommune.de/projekte/kommunal/nordrhein-westfalen/verl-zukunftsgerichtete-finanz-politik>

4 Darstellung von Kernindikatoren am Beispiel der Stadt Freiburg i. Brsg.

4.1 Einführung und Überblick

Die Stadt Freiburg i. Brsg. hat 226.393 Einwohner (Stand: 31.12.2015), ist eine kreisfreie Stadt und liegt in Baden-Württemberg. Sie zählt zu den Vorreiter-Kommunen für nachhaltige Entwicklung in Deutschland. 2012 ist die Stadt Freiburg i. Brsg. mit dem Deutschen Nachhaltigkeitspreis für Großstädte ausgezeichnet worden. Dabei hat die nachhaltige Entwicklung in Freiburg eine lange Tradition: Nach der Verabschiedung der Freiburger Agenda 21 im Jahr 1999 folgte 2006 die Unterzeichnung der Aalborg Commitments. Im Anschluss an die Bildung des Nachhaltigkeitsrates wurden 2009 städtische Nachhaltigkeitsziele verabschiedet. Seit 2011 koordiniert eine Stabsstelle, die direkt beim Oberbürgermeister angesiedelt ist, das Nachhaltigkeitsmanagement auf kommunaler Ebene. 2014 ist der erste Nachhaltigkeitsbericht – als Instrument einer integrierten, d. h. mit dem doppelten Haushalts- und Rechnungswesen verknüpften Nachhaltigkeitssteuerung – veröffentlicht worden.

Um die aktuellen Entwicklungen – insbesondere die Verabschiedung der Agenda 2030 bzw. der Sustainable Development Goals durch die Vereinten Nationen im September 2015 – aufzugreifen, plant die Stadt Freiburg i. Brsg. eine Weiterentwicklung der 2009 verabschiedeten, städtischen Nachhaltigkeitsziele sowie eine Operationalisierung dieser Ziele mit Hilfe geeigneter Indikatoren. Im Frühjahr 2016 wurde ein erster Entwurf für überarbeitete Nachhaltigkeitsziele vorgelegt (Stand: 20.04.2016). Um Indikatoren zu identifizieren, die für eine Untersetzung der modifizierten Nachhaltigkeitsziele geeignet sind, ist ein Teilprojekt im Rahmen des Projekts „Monitor Nachhaltige Kommune“ der Bertelsmann Stiftung aufgesetzt und durchgeführt worden. Wesentliche Schritte des Teilprojekts waren eine Zuordnung von Kernindikatoren aus dem Monitor zu den modifizierten Nachhaltigkeitszielen sowie die exemplarische Aufbereitung der Daten.

Im Folgenden wird zunächst der Entwurf der modifizierten Nachhaltigkeitsziele – kurz – vorgestellt. Anschließend wird geschildert, welche Kernindikatoren des Monitors Nachhaltige Kommune einem beispielhaften Handlungsfeld („Wirtschaft und Wissenschaft“) zuordnet werden konnten. Schließlich werden ausgewählte Kernindikatoren graphisch aufbereitet und beschrieben. Die Auswahl der Kernindikatoren stützt sich dabei – wie der zweite Teil des Monitorberichts insgesamt – auf das Angebot des Wegweisers Kommune der Bertelsmann Stiftung.

Mit der Darstellung von Kernindikatoren am Beispiel der Stadt Freiburg i. Brsg. werden drei Ziele verfolgt:

- Erstens wird die Stadt Freiburg i. Brsg. durch die Aufbereitung von ausgewählten Daten bei der Suche nach geeigneten Indikatoren zur Abbildung der modifizierten Nachhaltigkeitsziele unterstützt (= Ziel des Teilprojekts).
- Zweitens wird beispielhaft gezeigt, wie der Monitor Nachhaltige Kommune (insbesondere der Indikatorenkatalog) praktisch eingesetzt werden kann, um das Nachhaltigkeitsmanagement (hier: die Weiterentwicklung von Nachhaltigkeitszielen) in einer Kommune zu befördern.
- Drittens wird geschildert, welches Angebot an Daten und Visualisierungsmöglichkeiten durch den Wegweiser Kommune bereitgestellt und wie dieses Angebot für einen konkreten Anwendungszweck genutzt werden kann.

4.2 Nachhaltigkeitsziele der Stadt Freiburg i. Brsg.

Die modifizierten Freiburger Nachhaltigkeitsziele (Entwurf) gliedern sich in zwölf Handlungsfelder, für die jeweils eine übergreifende „Verpflichtung“ und ein übergreifendes „Postulat“ formuliert worden ist. Darüber hinaus sind für jedes Handlungsfeld Ziele (= Nachhaltigkeitsziele) definiert worden. Die folgende Tabelle enthält eine Übersicht über die Handlungsfelder sowie die Verpflichtungen und Postulate:

Nr.	Handlungsfeld	Verpflichtung	Postulat
1	Teilhabe	Wir verpflichten uns, eine umfassende, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe aller am politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben sicherzustellen.	Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben sicherstellen
2	Lokales Management etablieren	Wir verpflichten uns zu effektiven Managementabläufen.	Lokales Management etablieren
3	Natürliche Gemeinschaftsgüter	Wir verpflichten uns, die Erhaltung, Sicherung, Wiederherstellung und nachhaltige Gestaltung der Nutzung von naturnahen Ökosystemen zu gewährleisten.	Ökosysteme und Biodiversität erhalten durch eine nachhaltige Forst- und Landwirtschaft
4	Konsum und Lebensweise	Wir verpflichten uns zur Sensibilisierung für und Förderung von klimafreundliches/-m, ressourcenschonendes/-m Konsumverhalten und nachhaltige/-n Lebensweisen.	Verantwortungsbewusster Konsum und Lebensweise fördern und nachhaltige Verfahren in der Beschaffung sicherstellen
5	Stadtentwicklung	Wir verpflichten uns, der Stadtplanung eine strategische Rolle im Hinblick auf eine zukunftsfähige, resiliente und integrierte Stadtentwicklung zum Nutzen aller einzuräumen und auf die Herausforderung der wachsenden Stadt Freiburg – auch im regionalen Kontext – angemessen zu reagieren.	Stadtentwicklung inklusiv, sicher, langfristig und nachhaltig gestalten
6	Mobilität	Wir verpflichten uns zur Verbesserung der Wechselbeziehungen zwischen Mobilität, Gesundheit und Umwelt.	Stadtverträgliche Mobilität fördern, weniger Verkehrsbelastungen produzieren
7	Resiliente Gesellschaft	Wir verpflichten uns, dem Schutz und Wohlbefinden unserer Bürgerschaft nachzukommen.	Eine widerstandsfähige Gesellschaft fördern
8	Wirtschaft und Wissenschaft	Wir verpflichten uns zur Weiterentwicklung der Stadt hin zu einem dynamischen Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort.	Den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Freiburg fördern
9	Soziale Gerechtigkeit	Wir verpflichten uns zur Sicherung eines integrativen und unterstützend wirkenden Gemeinwesens.	Soziale Gerechtigkeit gewährleisten
10	Lebenslanges Lernen	Wir verpflichten uns zur Förderung der Bildung und des Lernens und Lehrens im Sinne der Bildung für nachhaltige Entwicklung.	Lebenslanges Lernen und gelingende Bildungsbiographien fördern
11	Klima und Energie	Wir verpflichten uns, der Verantwortung für Klimaschutz, Energieeinsparung und der nachhaltigen Energieerzeugung nachzukommen.	Energieeinsparung und -versorgung sicherstellen
12	Kultur und Sport	Wir verpflichten uns, Kultur und Bewegungsaktivitäten in ihrer Vielfalt zu stärken.	Kultur und Sport in seiner Vielfalt fördern

Für das ausgewählte Handlungsfeld Nr. 8 („Wirtschaft und Wissenschaft“) sind nun sechs Ziele definiert bzw. entworfen worden:

Nr.	(Nachhaltigkeits-)Ziele
8.1	bis 2030 sind menschenwürdige, existenzsichernde Arbeitsplätze und Beschäftigungsmöglichkeiten in allen wirtschaftlichen Bereichen für unterschiedlichste Qualifikationen geschaffen
8.2	bis 2030 ist die Chancengleichheit bei der Stelleneinstufung und in der gleichwertigen Bezahlung sichergestellt
8.3	bis 2030 ist nachhaltiges Wirtschaften umgesetzt unter Berücksichtigung und Unterstützung von Unternehmen mit hohen Wertschöpfungskreisläufen, Kleinst-, Klein- und mittelständischen Unternehmen, sowie Start-ups
8.4	bis 2030 ist der Wissenschaftsstandort Freiburg zu gelebter Wissenschaft ausgebaut und der kooperative und qualitative Transfer von Wissen zwischen Bürgerschaft und Forschung (Citizen Science) gefördert
8.5	bis 2030 ist die nachhaltige Landwirtschaft ausgebaut und Anreize für eine lokale und widerstandsfähige Nahrungsmittelproduktion geschaffen
8.6	bis 2030 ist der nachhaltige, regionale Tourismus weiterentwickelt, der Arbeitsplätze schafft und die lokale Kultur sowie lokale Produkte fördert

Dem weiterhin ausgewählten Ziel 8.1 („bis 2030 sind menschenwürdige, existenzsichernde Arbeitsplätze und Beschäftigungsmöglichkeiten in allen wirtschaftlichen Bereichen für unterschiedlichste Qualifikationen geschaffen“) konnten insgesamt sechs der 37 Kernindikatoren aus dem Monitor zugeordnet werden:

- Arbeitslosenquote – Anteil der Arbeitslosen an der Summe aus den SvB am Wohnort und den Arbeitslosen
- Langzeitarbeitslosigkeit – Langzeitarbeitslosenanteil an allen Arbeitslosen
- Beschäftigungsquote – Anteil der 15- bis 64-jährigen SvB am Wohnort an allen 15- bis 64-jährigen Einwohnern
- Erwerbstätige ALG II-Bezieher („Aufstocker“) – Anteil der erwerbstätigen ALG II-Bezieher an allen erwerbsfähigen Leistungsbeziehern
- Arbeitsplatzzentralität – Anteil der SvB am Arbeitsort an SvB am Wohnort
- Auszubildende – Anteil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Auszubildenden an den SvB am Arbeitsort

Von den sechs o. g. Kernindikatoren, die für eine Abbildung des Ziels 8.1 grundsätzlich geeignet erscheinen, sind nun folgende Indikatoren, die auch im Wegweiser Kommune enthalten sind, exemplarisch aufbereitet worden (siehe Kapitel 4.3):

- Arbeitslosenquote
- Beschäftigungsquote
- Erwerbstätige ALG II-Bezieher („Aufstocker“)
- Arbeitsplatzzentralität
- Auszubildende

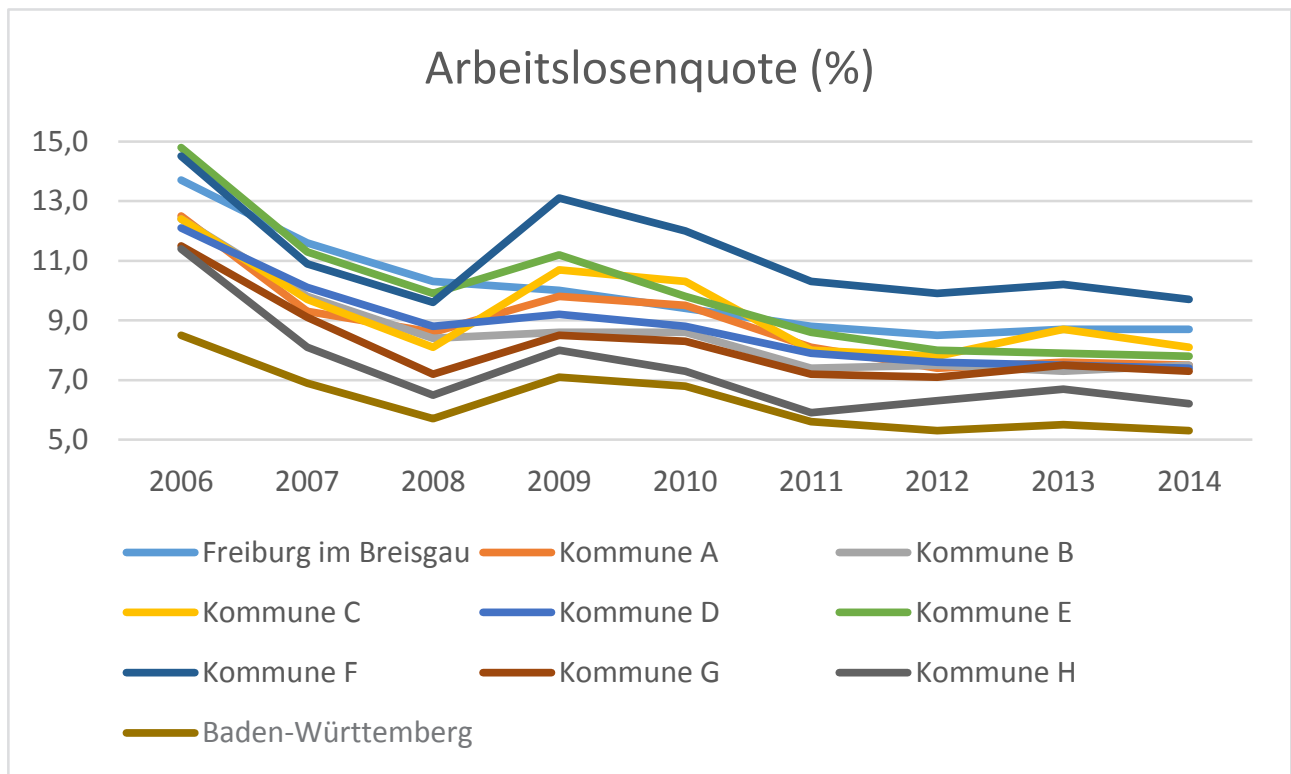
4.3 Exemplarische Aufbereitung ausgewählter Kernindikatoren

Die fünf ausgewählten Kernindikatoren (Arbeitslosenquote, Beschäftigungsquote, Aufstockerquote, Arbeitsplatzzentralität und Ausbildungsquote) werden in der Form von Liniendiagrammen dargestellt. Die Liniendiagramme bilden dabei – orientiert an dem Datenangebot des Wegweisers Kommune – grundsätzlich den Zeitraum von 2006 bis 2014 ab (für die Aufstockerquote sind allerdings nur Daten ab 2007 und für die Auszubildungsquote nur Daten ab 2008 verfügbar).

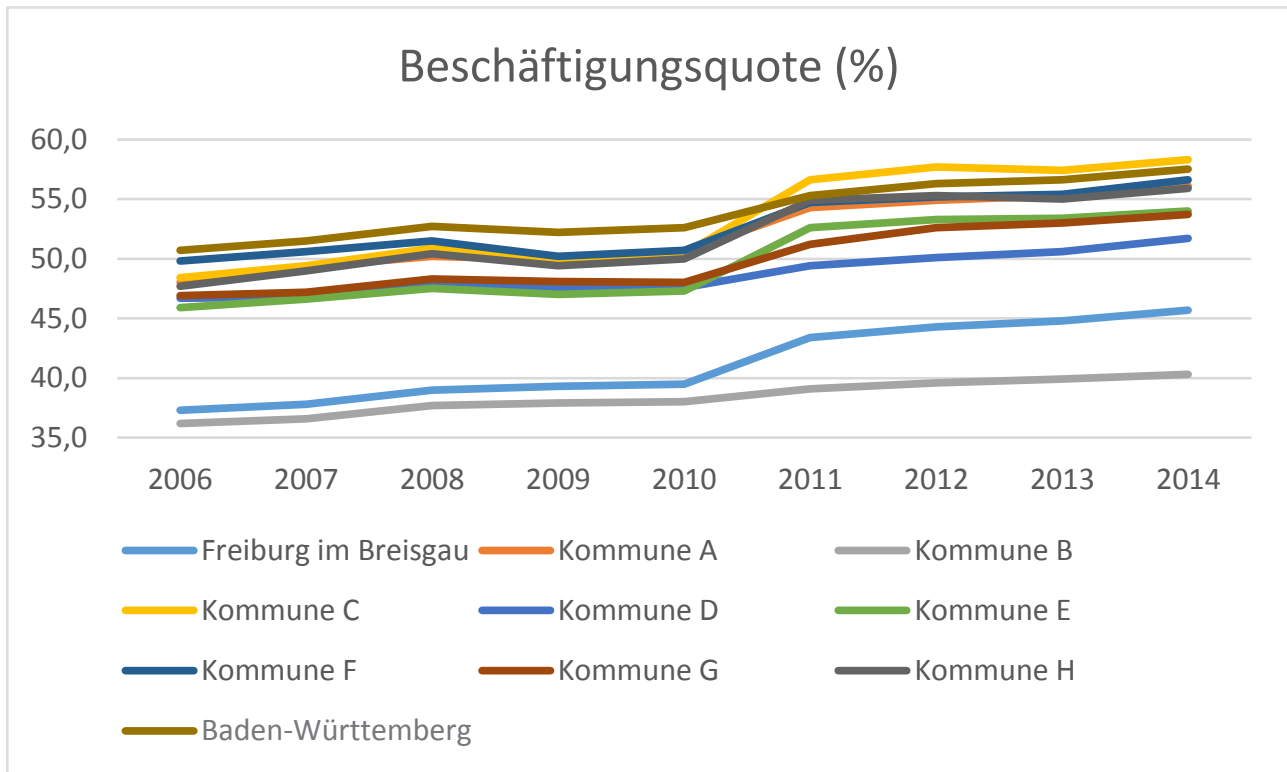
Abgebildet werden die Indikatorenwerte für die Stadt Freiburg i. Brsg. sowie die aus Sicht der Stadt relevanten Vergleichsmaßstäbe, die durch den Wegweiser Kommune bereitgestellt werden. Konkret handelt es sich dabei um die Landeswerte sowie die Werte der übrigen acht kreisfreien Städte in Baden-Württemberg. Durchschnittswerte für einzelne Kommunaltypen (hier: Durchschnittswerte für alle kreisfreien Städte) werden durch den Wegweiser Kommune weder für einzelne Länder noch für das Bundesgebiet insgesamt zur Verfügung gestellt. Die Werte der Vergleichsstädte werden in diesem Bericht anonymisiert.

Die Beschreibung der Kennzahlenverläufe ist primär deskriptiv, d. h. es wird beschrieben, wie sich die Indikatorenwerte für die Stadt Freiburg i. Brsg. im Zeitverlauf sowie im Vergleich mit dem Land und den übrigen, kreisfreien Städten entwickeln. Eine detaillierte Analyse der Ursachen bzw. der Rahmenbedingungen für bestimmte Entwicklungen und Unterschiede erfolgt nicht. Grundsätzlich ist es jedoch zu empfehlen, eine detaillierte Analyse der Indikatorenwerte vorzunehmen, bevor Stärken und Schwächen bzw. Chancen und Risiken für die Stadt Freiburg i. Brsg. benannt werden. Dies gilt insbesondere für interkommunale Vergleiche bzw. für Vergleiche mit aggregierten Durchschnittswerten.

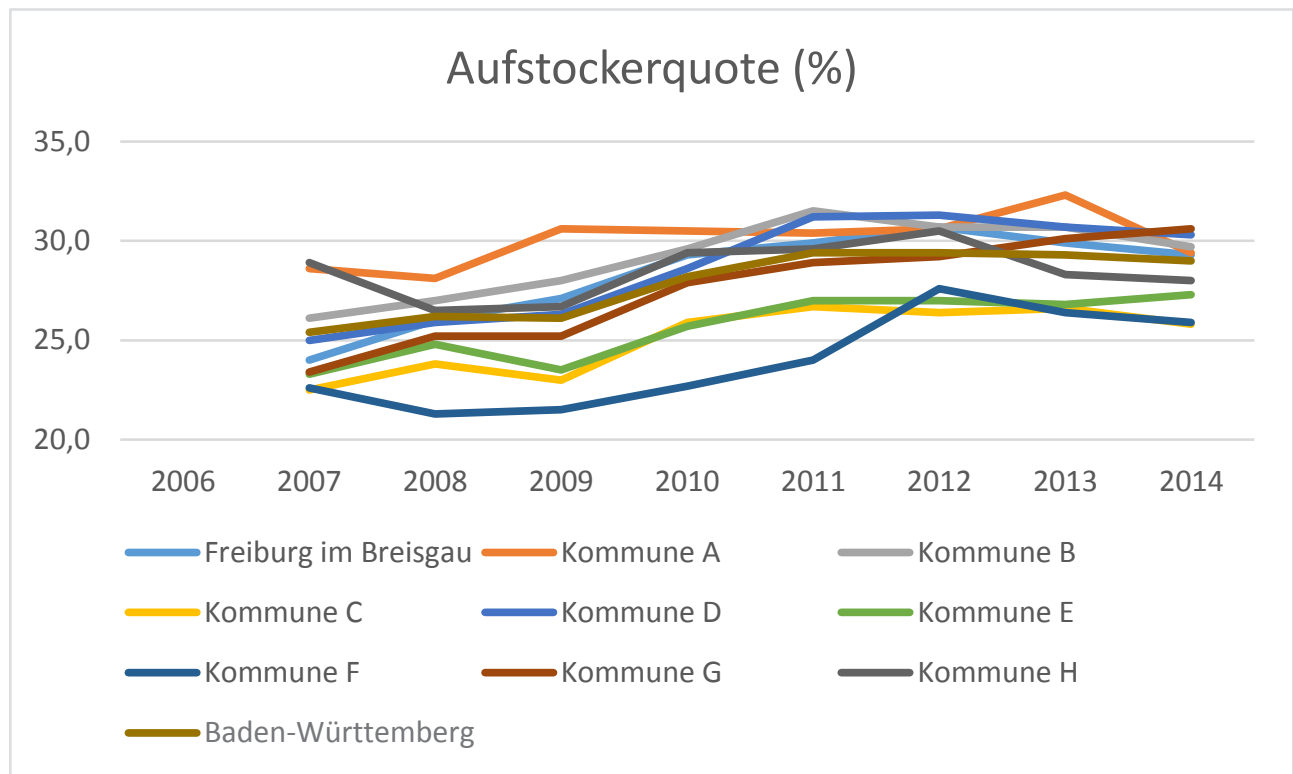
Die exemplarische Aufbereitung der ausgewählten Kernindikatoren vermittelt insofern (nur) einen ersten Eindruck über die Ausprägungen der Indikatorenwerte im Zeitverlauf sowie im Hinblick auf bestimmte Vergleichsmaßstäbe.



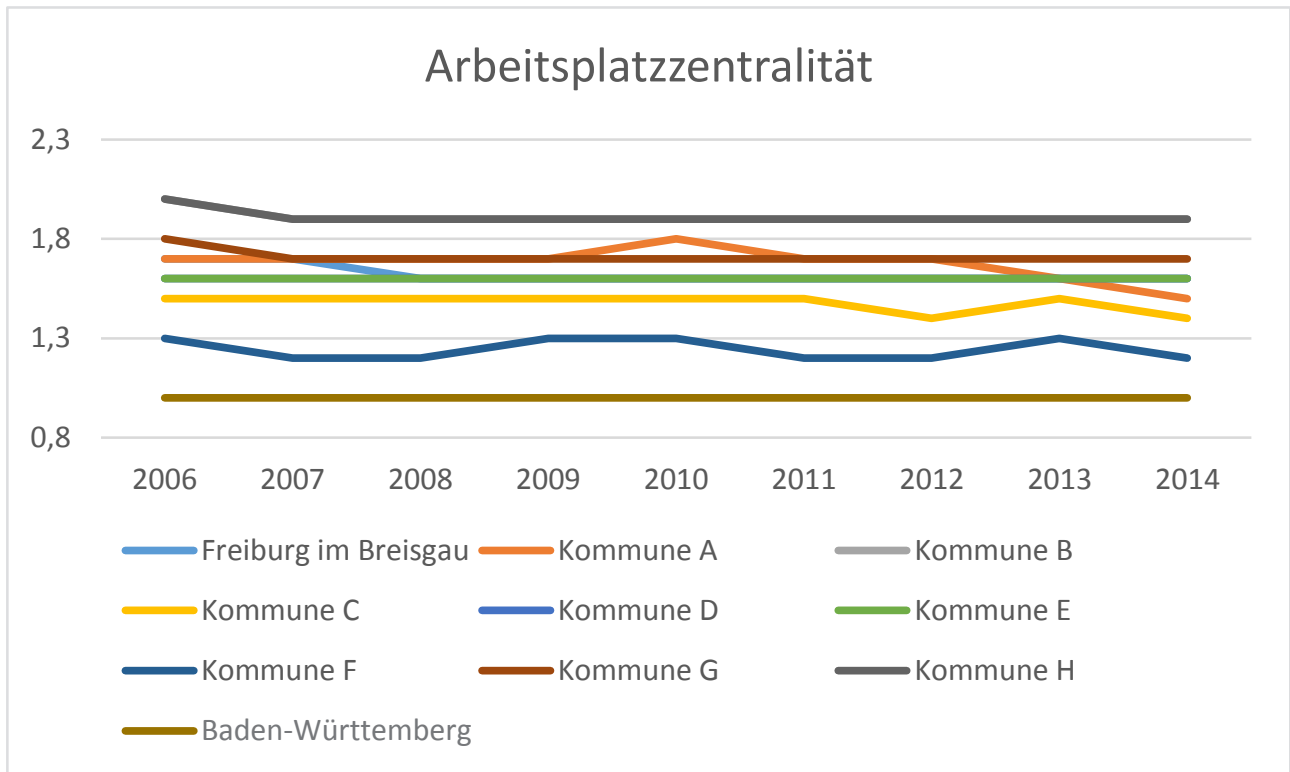
Die Arbeitslosenquote (= Anteil der Arbeitslosen an der Summe aus den SvB am Wohnort und den Arbeitslosen) ist in der Stadt Freiburg i. Brsg. von 13,7 % im Jahr 2006 auf 8,7 % im Jahr 2014 gesunken. Die Freiburger Arbeitslosenquoten liegen damit – im gesamten Betrachtungszeitraum – deutlich oberhalb der Landesdurchschnittswerte, welche von 8,5 % im Jahr 2006 auf 5,3 % im Jahr 2014 zurückgegangen sind. Auch im Vergleich mit den Werten der anderen kreisfreien Städte bewegen sich die Arbeitslosenquoten in der Stadt Freiburg i. Brsg. auf einem relativ hohen Niveau. Der Vergleich mit den übrigen kreisfreien Städten zeigt allerdings auch, dass die Arbeitslosenanteile in den Großstädten durchgängig höher sind als die Landesdurchschnittswerte und damit auch systematisch über den Durchschnittswerten der eher ländlich geprägten Kreise angesiedelt sind.



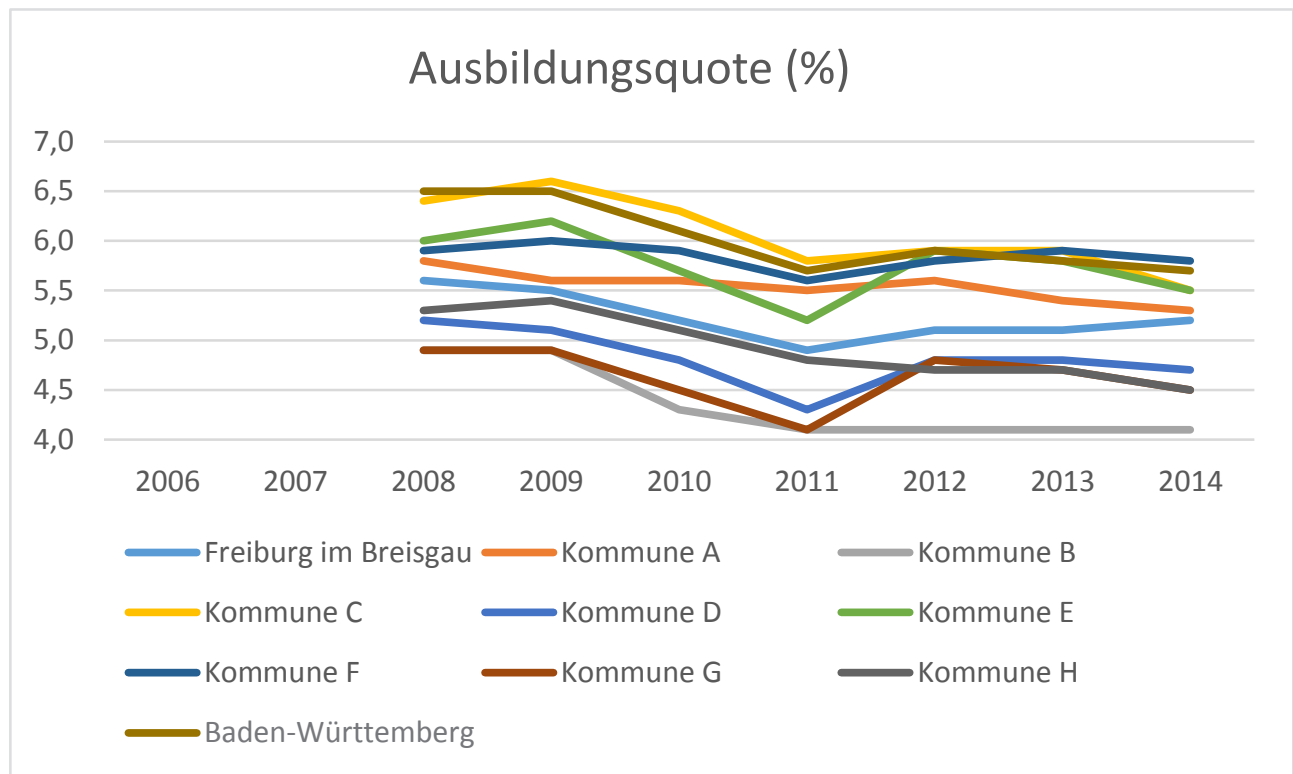
Die Beschäftigungsquote (= Anteil der 15- bis 64-jährigen SvB am Wohnort an allen 15- bis 64-jährigen Einwohnern) der Stadt Freiburg i. Brsg. hat sich in den letzten Jahren positiv entwickelt: Die Quote steigt von 37,3 % im Jahr 2006 auf 45,7 % im Jahr 2014. Der relativ geringe Anstieg in den Jahren 2009 und 2010 ist vermutlich weitgehend auf die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise zurückzuführen. Im Vergleich mit dem Land ist zu beobachten, dass die Beschäftigungsquoten der Stadt Freiburg i. Brsg. bis 2010 nur knapp oberhalb der Beschäftigungsquoten für ganz Baden-Württemberg liegen – ab 2011 liegen sie allerdings deutlich darüber. Dieser vergleichsweise sprunghafte Anstieg ist auch in anderen, kreisfreien Städten festzustellen (in einigen Vergleichskommunen fällt er allerdings deutlich geringer aus). Insgesamt zeigt sich, dass die Beschäftigungsquoten in allen anderen kreisfreien Städten – und zwar im gesamten Zeitraum und mit größerem Abstand – höher sind als die entsprechenden Quoten der Stadt Freiburg i. Brsg.. Das heißt zusammengefasst: Die Freiburger Beschäftigungsquote hat sich im Zeitverlauf erhöht, der „Vorsprung“ der anderen kreisfreien Städte konnte jedoch (noch) nicht aufgeholt werden.



Die Aufstockerquote (= Anteil der erwerbstätigen ALG II-Bezieher an allen erwerbsfähigen Leistungsbeziehern) ist in der Stadt Freiburg i. Brsg. von 24,0 % im Jahr 2007 auf 29,3 % im Jahr 2014 gestiegen. Der Landeswert lag 2007 mit 25,4 % knapp über und 2014 mit 29,0 % knapp unter den Freiburger Werten. (Auch) Im Vergleich mit den anderen kreisfreien Städten liegen die Werte der Stadt Freiburg i. Brsg. ungefähr im mittleren Bereich und sind daher wenig auffällig – zumal sie, wie auch in einigen anderen, kreisfreien Städten, seit 2012 wieder leicht rückläufig sind.



Die Arbeitsplatzzentralität (= Anteil der SvB am Arbeitsort an SvB am Wohnort) der Stadt Freiburg i. Brsg. ist im Betrachtungszeitraum weitgehend konstant geblieben: 2006 und 2007 lagen die Werte bei 1,7, von 2008 bis 2014 durchgehend bei 1,6. Die Stadt Freiburg i. Brsg. hatte also während des gesamten Zeitraums eine größere Bedeutung als Arbeitsort denn als Wohnort. Dies gilt auch für die anderen, kreisfreien Städte; die Werte von Freiburg liegen hier in etwa im mittleren Bereich. Der Landeswert für Baden-Württemberg hat von 2006 bis 2014 jedes Jahr einen Betrag von 1,0 – die Zahlen der Ein- und Auspendler waren daher immer ausgeglichen.



Die Ausbildungsquote (= Anteil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Auszubildenden an den SvB am Arbeitsort) ist von 5,6 % im Jahr 2008 auf 5,2 % im Jahr 2014 zurückgegangen. Allerdings ist zu vermerken, dass die Ausbildungsquote zwischenzeitlich auf 4,9 % im Jahr 2011 gesunken ist und sich dann bis 2014 wieder „erholt“ hat. Ähnliche Kurvenverläufe sind auch in den meisten anderen kreisfreien Städten sowie auf Landesebene zu beobachten. Der „Einbruch“ der Ausbildungsquote im Jahr 2011 ist voraussichtlich noch auf die Wirtschafts- und Finanzkrise und die daraus folgende Zurückhaltung der Unternehmen bei dem Abschluss von Ausbildungsverträgen zurückzuführen. Im Vergleich mit dem Land (2008: 6,5 %; 2014: 5,7 %) bewegen sich die Quoten in Freiburg auf einem niedrigeren Niveau; im Vergleich mit den anderen kreisfreien Städten liegen sie in etwa im mittleren Bereich.

5 Anhang

Arnold, Felix, Florian Boettcher, Ronny Freier, René Geißler und Benjamin Holler. *Kommunaler Finanzreport 2015*. Gütersloh 2015.

Baethge, Martin, Kai Maaz, Susan Seeber, Daniela Jäger, Stefan Kühne, Beatrice Lenz, Christian Michaelis, Markus Wieck und Sebastian Wurster. *Ländermonitor berufliche Bildung 2015. Chancengerechtigkeit und Leistungsfähigkeit im Vergleich der Bundesländer*. Gütersloh 2016.

Berkemeyer, Nils, Wilfried Bos, Veronika Manitus, Björn Hermstein, Melanie Bonitz und Ina Semper. *Chancenspiegel 2014. Regionale Disparitäten in der Chancengerechtigkeit und Leistungsfähigkeit der deutschen Schulsysteme*. Gütersloh 2014.

Bock-Famulla, Kathrin, Jens Lange und Eva Strunz. *Länderreport Frühkindliche Bildungssysteme 2015*. Gütersloh 2015.

Geißler, René, und Florian Boettcher. „Disparitäten in der Entwicklung der Gemeindesteuern“. *Wirtschaftsdienst* 96 (3) 2016. 212-219.

Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg, Geschäftsstelle Nachhaltigkeitsstrategie. *Indikatorenbericht 2014. Statusindikatoren einer nachhaltigen Entwicklung in Baden-Württemberg*. Stuttgart 2014.

Klemm, Klaus. *Inklusion in Deutschland. Daten und Fakten*. Gütersloh 2015.

Lisakowski, Annika, Marc Neu, Annett Schultz und Klaus Peter Strohmeier. *Lebenswerte Kommune – Bevölkerungsentwicklung und Lebensqualität vor Ort. Zusammenhangsanalysen mit Städte- und Gemeindedaten des Portals Wegweiser Kommune*. Gütersloh 2015.

Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (MKULNV). *Nachhaltigkeitsindikatoren Nordrhein-Westfalen. Bericht 2016*. Düsseldorf 2016.

Plazek, Michael, und Mortitz Schnitger. *Demographie konkret – Pflege kommunale gestalten*. Gütersloh 2016.

Statistisches Bundesamt. *Nachhaltige Entwicklung in Deutschland. Indikatorenbericht 2014*. Wiesbaden 2014.



Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0

Henrik Riedel
Project Manager
Programm LebensWerte Kommune
Telefon +49 5241 81-81266
Fax +49 5241 81-681266
henrik.riedel@bertelsmann-stiftung.de

DOI 10.11586/2016005

www.bertelsmann-stiftung.de